



12 | 2004

57. Jg., 26.–27. KW, 30. Juni 2004

ifo Schnelldienst

ifo Jahresversammlung

- 55. Jahresversammlung des ifo Instituts

Friedrich Merz, Wolfgang Wiegand, Paul Kirchhof

- Große Steuerreform für Deutschland – Expertengespräch

Daten und Prognosen

Gebhard Flaig, Wolfgang Nierhaus, Oscar-Erich Kuntze et al.

- ifo Konjunkturprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt an Fahrt

Joachim Gürtler

- DV-Dienstleister: Maßvolle Erholung

Oskar-Erich Kuntze

- Italien: Weiter langsam voran

Im Blickpunkt

- Unternehmensgründungen 2004

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest Juni 2004

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

ifo Jahresversammlung 2004

55. Jahresversammlung des ifo Instituts

3

Am 22. Juni 2004 lud das ifo Institut zu seiner 55. Jahresversammlung ein. Während die Mitgliederversammlung, wie auch die Kuratoriumssitzung, am Vormittag im Haus der bayerischen Wirtschaft stattfand, musste der öffentliche Teil der ifo Jahresversammlung aufgrund des außerordentlich großen Interesses in die Aula der Ludwig-Maximilians-Universität verlegt werden. Den über 800 Teilnehmern, darunter zahlreiche Vertreter von Mitgliedsfirmen des ifo Instituts und von Landes- und Bundesministerien, wurde ein besonders interessantes und dicht gedrängtes Programm geboten. Nach den Begrüßungsworten von Prof. Sinn und dem Rektor der Universität, Prof. Dr. Bernd Huber, sprach der Präsident der Tschechischen Republik, Prof. Ing. Václav Klaus, über die EU-Erweiterung. Nach den Grußworten von Minister Eberhard Sinner stellte Prof. Sinn die neue ifo Konjunkturprognose vor. Einen weiteren Höhepunkt und zugleich den Abschluss der Veranstaltung bot das Expertengespräch über eine Steuerreform in Deutschland. Unter der Moderation von Nikolaus Piper, Ressortleiter Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung, diskutierten Prof. Dr. Paul Kirchhof, Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg, Friedrich Merz, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Wolfgang Wiegand, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Prof. Hans-Werner Sinn. Die ifo Prognose und die Statements der Podiumsteilnehmer sind hier veröffentlicht, die Rede von Václav Klaus wird im ifo Schnelldienst 13/2004 dokumentiert.

Daten und Prognosen

ifo Konjunkturprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt an Fahrt

10

G. Flaig, W. Nierhaus, O.-E. Kuntze et al.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist im Frühsommer 2004 aufwärts gerichtet. Die USA, Südostasien, Japan und – wenn auch deutlich schwächer – die europäischen Volkswirtschaften sind gemeinsam im konjunkturellen Aufwind. Im weiteren Verlauf dieses Jahres und 2005 wird sich die Dynamik allmählich abschwächen, mitbedingt durch den jüngsten Preisschub bei Öl- und Rohstoffpreisen. Auch lassen die stimulierenden Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik nach. Die deutsche Konjunktur allerdings zeigt sich zur Jahresmitte 2004 immer noch nicht durchgreifend gefestigt. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Produktion seit der zweiten Jahreshälfte 2003 wieder aufwärts gerichtet, die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dabei aber weiterhin verschlechtert. Nach wie vor ist in Deutschland das Trendwachstum – im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EWU – relativ niedrig. Insgesamt ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nach Schätzungen des ifo Instituts um 1,6% gestiegen; das konjunkturelle Wachstumstempo im zweiten Quartal dürfte wohl aufgrund der höheren Ölpreise etwas geringer als im ersten Quartal gewesen sein. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1,7% betragen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass rund 0,5 Prozentpunkte der Mehrproduktion auf die ungewöhnlich große Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird im Prognosezeitraum desolat bleiben. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte zunächst noch weiter abnehmen, erst ab Ende dieses Jahres zeichnet sich eine leichte Besserung ab. Die Arbeitslosenquote wird 2004 und auch 2005 durchschnittlich 10,3% betragen.

DV-Dienstleister: Maßvolle Erholung

37

Joachim Gürtler

Nach der 37. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen, die schwerpunktmäßig im April und Mai 2004 stattfand, hat sich das Geschäftsklima auf vergleichsweise hohem Niveau gefestigt. Im Einzelnen bezeichneten 25% der Unternehmen den Geschäftsverlauf in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 als günstig, 51% als befriedigend, aber immer noch 24% empfanden ihre derzeitige Situation als schlecht.

Italien: Weiter langsam voran – konjunkturell und strukturell

43

Oscar-Erich Kuntze

Mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,3% blieb die konjunkturelle Entwicklung in Italien 2003 beträchtlich hinter den Erwartungen zurück. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt auf 8,7%. Die Teuerungsrate erreichte 2,8%. 2004 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1% wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt bei 8¹/₂% liegen, und die Konsumentenpreise dürften das Niveau des Vorjahres um knapp 2¹/₂% übertreffen. 2005 wird sich das BIP um rund 2% erhöhen. Die Arbeitslosenquote wird auf 8¹/₄% zurückgehen, und die Preise werden um 2¹/₂% steigen.

Im Blickpunkt

Unternehmensgründungen 2004

53

Die Unternehmensdatenbank der Weltbank stellt Indikatoren bereit, anhand derer sich unternehmensbezogene Regulierungen von mehr als 130 Ländern vergleichen lassen, unter anderem auch Daten und Informationen zur Gründung von Unternehmen. Danach können kleine und mittelgroße Unternehmen in Kanada, Neuseeland, Australien und in den Vereinigten Staaten besonders schnell und mit geringen Kosten gegründet werden, während sich Unternehmensneugründungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern relativ langwierig und teuer gestalten. Deutschland nimmt eine mittlere Position ein. Anfang 2004 waren neun Genehmigungen, für die insgesamt 45 Tage erforderlich waren, bei einer Neugründung einzuholen.

ifo Konjunkturtest Juni 2004 in Kürze

55

Hans G. Russ

In der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands hat sich das Geschäftsklima in Juni nach der Stabilisierung im Vormonat leicht eingetrübt. Dabei tendierten sowohl die Urteile zur aktuellen Situation als auch die Erwartungen nach unten. Im Gegensatz zum Vormonat ist diesmal die Klimaverschlechterung nahezu ausschließlich auf die ungünstige Entwicklung in Westdeutschland zurückzuführen.

Am 22. Juni 2004 lud das ifo Institut zu seiner 55. Jahresversammlung ein. Während der Mitgliederversammlung, die, wie auch die Kuratoriumssitzung, am Vormittag im Haus der bayerischen Wirtschaft stattfand, legte Prof. Dr. Wilhelm Simson, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der E.ON AG und Vorsitzender des Kuratoriums und des Verwaltungsrates des ifo Instituts, den Jahresabschluss vor. Dieser wurde einstimmig beschlossen und der Vorstand einstimmig entlastet. Im Anschluss an die Wahl der Kuratoriums- und Verwaltungsratsmitglieder berichtete Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, über die Aktivitäten des Instituts im Jahr 2003. Ab 11.15 Uhr fand die Preisverleihung, die von Dr. Ferdinand Graf von Ballestrem, Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde, Prof. Dr. Karlhans Sauerheimer, stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates, und Prof. Sinn vorgenommen wurde, für ausgewählte Mitarbeiter statt. Der Preis für besondere Leistungen in der Drittmittelforschung wurde auch dieses Jahr zweimal vergeben und ging an Mitarbeiter, die dem Institut schon lange die Treue gehalten haben. Als erster Preisträger wurde Prof. Dr. Rolf-Ulrich Sprenger für das im Auftrag des Nomura Research Institute durchgeführte Projekt »Integrating Environmental and Employment Policies: Assessment of the EU Experience to Date« prämiert. Den zweiten Preis erhielt Dr. Robert Koll, der neben seiner Tätigkeit im Vorstandsbüro noch Projekte für verschiedene Auftraggeber bearbeiten konnte. Der Wissenschaftspreis der Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (Freunde des ifo Instituts) e.V. wurde Dr. Ludger Wößmann verliehen für den Beitrag »Schooling Resources, Educational Institutions and Student Performance: The International Evidence«, der im Oxford Bulletin of Economics and Statistics veröffentlicht wurde. Im Anschluss an die Preisverleihung hatten die Gäste Gelegenheit, sich im Foyer im Gespräch mit Mitarbeitern des ifo Instituts über die Forschungsprojekte und Serviceleistungen zu informieren.



Der öffentliche Teil der ifo Jahresversammlung, der um 14.00 Uhr begann, musste aufgrund des außerordentlich großen Interesses in die Aula der Ludwig-Maximilians-Universität verlegt werden. Den über 800 Teilnehmern, darunter zahlreiche Vertreter von Mitgliedsfirmen des ifo Instituts und von Landes- und Bundesministerien, wurde ein besonders interessantes und dicht gedrängtes Programm geboten. Nach den Begrüßungsworten von Prof. Sinn und dem Rektor der Universität, Prof. Dr. Bernd Huber, sprach der Präsident der Tschechischen Republik, Prof. Ing. Václav Klaus, über die EU-Erweiterung, von der er weder für die alten Mitgliedsländer noch für die neuen »große und messbare Effekte« erwartet. Allerdings sieht er Zielkonflikte zwischen der Anzahl der EU-Mitglieder, den Aktivitäten der EU und den Entscheidungsmechanismen der europäischen Institutionen.¹ Im Anschluss an die Ausführungen von Václav Klaus unterstrich der Staatsminister für Europaangelegenheiten und Regionale Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei, Eberhard Sinner, in seinem Grußwort die friedensstiftende Wirkung der europäischen Einigung. Die mit großer Spannung er-



¹ Die Rede wird im ifo Schnelldienst 13/2004 im Wortlaut dokumentiert.

wartete neue ifo Konjunkturprognose wurde von Prof. Sinn vorgestellt. Er berichtete zunächst über die Weltkonjunktur: Die USA, Südostasien, Japan und auch die europäischen Volkswirtschaften seien gemeinsam im konjunkturellen Aufwind, während sich die deutsche Konjunktur immer noch nicht durchgreifend gefestigt zeige. In seinem Vortrag ging Prof. Sinn ausführlich auf die Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten ein.²

Einen weiteren Höhepunkt und zugleich den Abschluss der Veranstaltung stellte das Expertengespräch über eine Steuerreform in Deutschland dar. Unter der Moderation von Nikolaus Piper, Ressortleiter Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung, diskutierten Prof. Dr. Paul Kirchhof, Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg, Friedrich Merz, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Prof. Hans-Werner Sinn. Einig war sich das Podium darin, dass das gegenwärtige Steuersystem dringend reformbedürftig ist, die Vorschläge über ein zukünftiges unterschieden sich aber deutlich. Während Prof. Kirchhof für ein »Konzept der Freiheit« plädierte, bei dem es keinerlei Ausnahmetatbestände mehr gibt und alle Einkommensarten gleich behandelt werden, sprach sich Prof. Wiegard für eine duale Einkommensteuer aus. Nach Ansicht von Friedrich Merz sollte eine synthetische Einkommensteuer beibehalten werden, nach der alle Einkünfte gleich besteuert werden. Statt der bestehenden sieben sollte es aber künftig nur noch vier Einkunftsarten geben. Prof. Sinn plädierte dagegen ebenfalls für eine duale Einkommensteuer. Die Statements der Podiumsteilnehmer sind hier im Anschluss veröffentlicht.

² Die Konjunkturprognose ist in dieser Ausgabe des ifo Schnelldienstes auf den Seiten 10–36 zu finden.

Friedrich Merz MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland

Nach wie vor befindet sich die deutsche Volkswirtschaft in einer schweren strukturellen Krise. Um unser Land aus dieser tiefen Krise herauszuführen, brauchen wir eine tief greifende Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Erneuerung muss im Rahmen eines klaren, ordnungspolitisch fundierten Sanierungskonzepts zusammengefasst werden. Ein Sanierungskonzept mit diesen Zielen setzt zuerst grundlegende Reformen der Arbeitsmarktordnung, der sozialen Transfersysteme und der sozialen Sicherungssysteme voraus.

Die Steuerpolitik kann zu diesen notwendigen Reformen ihrerseits einen wichtigen Beitrag leisten. Eine grundlegende Reform des Einkommensteuerrechts wird dabei neben der radikalen Vereinfachung des Systems vor allem dafür sorgen, dass die Bürger, die ein ausreichendes Einkommen haben, um für sich selbst und ihre Familien zu sorgen, die finanziellen Spielräume zurückgewinnen, die ihnen auch die notwendige Vorsorge für die Risiken des Lebens ermöglicht.

Die Erneuerung des Steuerrechts war noch nie so drängend wie heute. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Steuerstruktur. Die im Amt befindliche Bundesregierung hat hierfür bislang kein schlüssiges Konzept vorgelegt. Es besteht auch keine Hoffnung mehr, dass in dieser Legislaturperiode noch eine Kurskorrektur erfolgt. Die Botschaft der SPD ist leider unmissverständlich und steht in der sozialdemokratischen Tradition: Die SPD will weiter »mit Steuern steuern«.

Für CDU und CSU dienen Steuern zuerst und vor allem der Sicherung des allgemeinen Finanzbedarfs des Staates. Deshalb legen CDU und CSU ein gemeinsames steuerpolitisches Gesamtkonzept vor, das auf einem freiheitlichen Staatsverständnis basiert und das Steuersystem nicht länger zur staatlichen Verhaltenslenkung missbraucht:

Vorrangiges Ziel ist ein **einfacheres und transparenteres** Steuersystem. Der Steuerpflichtige muss wieder selbst erkennen können, warum und in welcher Höhe er Steuern zahlen muss. Deshalb steht im Zentrum unseres Konzepts ein neu formuliertes Einkommensteuergesetz, dessen Belastungsgrund und dessen Belastungshöhe die Bürger wieder verstehen und das für jedermann einfach und verständlich nachzuvollziehen ist. Es wird stärker an die Quellenbesteuerung anknüpfen und das Lohnsteuerverfahren entscheidend vereinfachen. Es wird in einer verständlichen Sprache verfasst sein und zur Wahrung der Rechtskontinuität die Systematik und Terminologie des bestehenden Einkommensteuerrechts fortführen. Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit der Besteuerung muss wieder hergestellt werden. Rechts- und Planungssicherheit müssen folgen.

Tragendes Prinzip der Vereinfachung heißt weitgehender **Abbau von Subventionen und Vergünstigungen** für Einzelgruppen verbunden mit klarer **Senkung der Tarifsätze**. Beides gehört untrennbar zusammen. Wenn der Abbau von Steuervergünstigungen nicht Hand in Hand geht mit einer Reduktion der Steuersätze, verkommt eine Steuervereinfachung zur bloßen Steuererhöhung mit entsprechend negativen Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Deshalb sieht der neue Einkommensteuertarif mit einem Eingangsteuersatz von 12% und einem Spitzensteuersatz von 36% deutlich niedrigere Sätze als im bestehenden System vor.

Neben Vereinfachung und Entlastung im Einkommensteuerrecht sind weitere Korrekturen zwingend erforderlich. Hierzu zählt eine **Reform der Gemeindesteuern** mit einer Nachfolgeregelung für die Gewerbesteuer und einer Vereinfachung der Grundsteuer. So erhalten Städte und Gemeinden wieder dauerhaft verlässlich planbare Einnahmen und ihre kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten zurück.

Nicht zuletzt ist auch eine Neuausrichtung der **Unternehmensbesteuerung** erforderlich. Zur Sicherung eines flexiblen und anpassungsfähigen Steuersystems ist eine Beibehaltung des Dualismus von Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerrecht erforderlich. Dabei ist die international sich durchsetzende Systementscheidung zur Abmilderung einer Doppelbesteuerung durch eine Korrektur des Halbeinkünfteverfahrens weiterzuentwickeln.



Zehn Leitsätze für ein Regierungsprogramm zur Steuerpolitik

Erster Leitsatz: Neufassung des Einkommensteuergesetzbuches

Das gegenwärtige Einkommensteuergesetz ist nicht mehr reformfähig. Es wird durch ein vollständig neu formuliertes Einkommensteuergesetz ersetzt, das sich am Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und der Verständlichkeit ausrichtet und zur Wahrung der Rechtskontinuität die bekannte Systematik und Terminologie beibehält. Gegenstand der Besteuerung ist das realisierte Markteinkommen; nicht am Markt erzielte Einkünfte, wie z.B. Lotteriegewinne oder staatliche Sozialtransferleistung, sind nicht steuerbar.

Zweiter Leitsatz: Radikale Vereinfachung der Steuererklärung und der Steuerveranlagung

Die elektronische Datenübermittlung und -verarbeitung wird konsequent ausgebaut und der Steuererklärungs- und Steuerveranlagungsaufwand drastisch gesenkt. Arbeitnehmer erhalten in der Regel unmittelbar nach Ablauf des Kalenderjahres einen elektronischen Steuererklärungsentwurf des Finanzamtes auf der Grundlage der Daten des Lohnsteuerverfahrens und der abgeführten Quellensteuer auf Kapitalerträge.

Dritter Leitsatz: Einkunftsarten und Einkunftsermittlung

Leitbild bleibt eine synthetische Einkommensteuer, nach der alle Einkünfte gleich besteuert werden. Statt der bestehenden sieben gibt es künftig nur noch vier Einkunftsarten:

- Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit und aus Vermietung und Verpachtung),
- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
- Einkünfte aus Kapitalvermögen,
- Alterseinkünfte und sonstige Einkünfte.

Einführung eines Wahlrechtes zwischen Steuerbilanzierung und Einnahmen-Überschuss-Rechnung. Verselbständigung der steuerlichen Bilanzierung unter Lösung der Maßgeblichkeit von der Handelsbilanz.

Vierter Leitsatz: Vereinfachung der Besteuerungsgrundlagen und Beseitigung von Steuervergünstigungen

Die bestehenden Steuerbefreiungen, Freibeträge, Abzugsbeträge und Ermäßigungen werden weitgehend aufgehoben. Sonderausgaben und außergewöhnliche Be-

lastungen werden zusammengefasst und reduziert. Die Steuerbegünstigungen für mildtätige, kirchliche und besonders förderungswürdige gemeinnützige Zwecke sowie für politische Parteien bleiben grundsätzlich erhalten. Ein Spendenabzug zur Förderung der Freizeitgestaltung entfällt.

Fünfter Leitsatz: Entlastung durch einen einheitlichen Grundfreibetrag und durch eine Senkung der Steuertarife

Jede Person erhält einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8 000 €. Zieltarif ist nach dem linear-progressiven Tarif des Sofortprogramms ein einfacher Stufentarif mit einem Eingangssteuersatz von 12% und einem Spitzensteuersatz von 36% ab einem Einkommen von 45 000 € (Ledige). Tarifföhe und Tarifverlauf werden zur Vermeidung einer »kalten Progression« jedes zweite Jahr inflationsbereinigt.

Sechster Leitsatz: Die steuerliche Behandlung von Ehe und Familie

Die Herstellung der Gerechtigkeit und die Förderung von Ehe und Familie erfolgt durch die Fortgeltung des Ehegattensplittings und die Gewährung eines einheitlichen Grundfreibetrags auch für Kinder in Höhe von 8 000 €. Zur weiteren Verbesserung des Familienleistungsausgleichs wird das Kindergeld adäquat zum Kinderfreibetrag angehoben. Notwendige Aufwendungen zur Versorgung, Betreuung und Erziehung von Unterhaltsberechtigten sind grundsätzlich steuerlich abzugsfähig.

Siebter Leitsatz: Die nachgelagerte Besteuerung der Alterseinkünfte

Die Besteuerung der Altersbezüge erfolgt mit einer Übergangsregelung zur Vermeidung von Doppelbesteuerung nachgelagert und im Wege des Quellenabzugs. Vorsorgeaufwendungen für solche Vorsorgesysteme, die ausschließlich der Alterssicherung dienen (Leibrenten) sind abzugsfähig.

Achter Leitsatz: Besteuerung der Veräußerungsgewinne

Gewinne aus der Veräußerung von Wirtschaftsgütern, die der Einkünfteerzielung dienen (vermietete Immobilien, Wertpapiere), unterliegen der Steuerpflicht. Gewinne aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Privatsphäre zuzuordnen sind – z.B. selbst genutzte Immobilien oder private Sammlungen –, sind nicht steuerpflichtig. Aus Gründen des Vertrauensschutzes und der Praktikabilität wird die Besteuerung grundsätzlich auf die ab Inkrafttreten des Gesetzes neu entstehenden Wertsteigerungen begrenzt.

Neunter Leitsatz: Besteuerung der Unternehmen

Der Dualismus von progressiver Einkommensteuer und proportionaler Körperschaftsteuer wird grundsätzlich beibehalten. Einkommensteuerrecht und Körperschaftsteuerrecht werden mit dem grundsätzlichen Ziel der Besteuerungs-, Rechtsform- und Finanzierungsneutralität unter Berücksichtigung der europäischen und internationalen Entwicklung aufeinander abgestimmt.

Einführung eines Wahlrechts für Personengesellschaften zur Besteuerung nach dem Körperschaftsteuergesetz.

Zehnter Leitsatz: Gemeindefinanzreform

Die Gewerbesteuer wird in Abstimmung mit den Kommunen durch ein Beteiligungsmodell der Kommunen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ersetzt. Durch die Beibehaltung der kommunalen Hebesätze und durch Einführung eines direkten und transparenten Ausweises des kommunalen Steueranteils kann wieder der Bezug der Einwohner zu ihrer Gemeinde und die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung der Kommunen unmittelbar gestärkt werden.

In diesem Sinne ist das steuerpolitische Programm von CDU und CSU für ein modernes Steuerrecht Bestandteil eines klaren, ordnungspolitisch fundierten und sofort durchführbaren Sanierungskonzeptes, das die marktwirtschaftlichen Kräfte unserer Volkswirtschaft erneuert und zusammen – und nur zusammen! – mit den weiter notwendigen strukturellen Reformen der Arbeitsmarktverfassung und der Sozialsysteme die Basis für mehr Wachstum und Beschäftigung schafft.

Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Universität Regensburg, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Große Steuerreform für Deutschland

Die deutsche Einkommens- und Unternehmensbesteuerung ist kompliziert, sie ist im internationalen Vergleich – jedenfalls soweit sie die Unternehmen betrifft – zu hoch, und sie führt zu Verzerrungen bei den Investitions- und Finanzierungsentscheidungen sowie der Rechtsformwahl. Die wichtigsten Ziele einer grundlegenden Steuerreform bestehen demnach in einer Steuersenkung, insbesondere im Bereich der international besonders mobilen Kapitaleinkommen, sowie einem möglichst entscheidungsneutralen und damit zugleich einfachen Steuersystem. Die Körperschaftsteuer ist dazu in die Einkommensbesteuerung zu integrieren; erhebliche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Besteuerung grenzüberschreitender Investitionen zu. Alle Steuerreformvorschläge, die die Unternehmensbesteuerung ausklammern oder nur oberflächlich behandeln, gehen an den wesentlichen Problemen der Besteuerung vorbei. Die Steuerreformkonzepte von CDU/CSU und FDP – und ebenso einige andere Vorschläge – weisen speziell im Bereich der Unternehmensbesteuerung erhebliche Unklarheiten und Defizite auf. Ihr Beitrag zur Lösung der aus meiner Sicht wichtigsten Besteuerungsprobleme ist deshalb begrenzt.

Wenn man an einer synthetischen Einkommensteuer festhalten will, und dafür sprechen überzeugende Gründe, würde eine »Flat Tax« – also ein Tarif mit einheitlichem (Grenz-) Steuersatz –, kombiniert mit einer umfassenden Bemessungsgrundlage und relativ hohen Freibeträgen, den Zielen einer großen Steuerreform am ehesten entsprechen. Damit der Standort Deutschland steuerlich attraktiv wird, sollte der Steuersatz einer Flat Tax 30% nicht überschreiten; besser wäre ein einheitlicher Steuersatz von 25%. Vermutlich müsste im Gegenzug die Umsatzsteuer erhöht werden, um Steuermindereinnahmen zu begrenzen. Ich selbst bin überzeugt, dass sich die politischen Parteien in den nächsten Jahren nicht zu einer solch mutigen Steuerreformkonzeption durchringen werden. Auf der anderen Seite besteht dringender Handlungsbedarf; der Steuerwettbewerb wird ständig intensiver. Als pragmatischer Kompromiss bietet sich deshalb eine duale Einkommensteuer an, wie sie in Norwegen, Schweden und Finnland zu Beginn der neunziger Jahre eingeführt wurde. Eine duale Einkommensteuer unterwirft Arbeitseinkommen und umfassend definierten Kapitaleinkommen unterschiedlichen Tarifen. Sie ist vor allem unter Effizienzgesichtspunkten attraktiv. Die »Achillesferse« der dualen Einkommensteuer besteht in der Abgrenzung von Arbeitseinkommen in Form kalkulatorischer Unternehmerlöhne und Kapitaleinkommen in personengebundenen Unternehmen.

Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D., Universität Heidelberg,

Perspektiven einer Steuerreform

Das geltende Steuerrecht leidet an einer Überfülle von Lenkungsstatbeständen, Ausnahmen und Privilegien. Bei insgesamt 163 Sondertatbeständen im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht glaubt jeder Steuerpflichtige, privilegiert zu sein, sucht deshalb verschwiegen diesen Vorzug zu verteidigen und möglichst unauffällig weitere Privilegien zu erreichen. Der Politiker hat für diese Steuergeschenke Beifall erhalten und hofft auf weiteren Applaus. Kaum jemand macht sich bewusst, dass das Privileg des einen Steuerpflichtigen vom anderen bezahlt werden muss, dass der Wegfall aller Privilegien viele Steuerpflichtige finanziell besser stellen, ihnen aber vor allem mehr Freiheit gewähren würde, weil sie sich dann in ihrem Unternehmens-, Investitions- und Finanzierungsverhalten nicht mehr vor dem modernen Geßlerhut des Steuerrechts verbiegen und verbeugen müssten, sie sich vielmehr uneingeschränkt ihrem Markt, ihrem Produkt, ihren Kunden widmen könnten.

Wenn der Gesetzgeber die Kraft haben wird, alle Ausnahme- und Privilegientatbestände aus dem Steuerrecht zu entfernen und das dadurch bedingte Steuer Mehraufkommen durch Absenken der Steuersätze an die Allgemeinheit der Steuerpflichtigen zurückzugeben, so kommt er mit einem generellen Spitzensteuersatz von 25% aus. Der Freiheitserfolg ist ein dreifacher: Der Steuerpflichtige bleibt in seinem wirtschaftlichen Verhalten frei von jeder steuerrechtlichen Bevormundung, er darf durch Absenkung der Steuersätze mehr von seinem selbsterworbenen Einkommen behalten, und er kann das Steuerrecht selbst verstehen und dementsprechend seine Erklärung selbst abgeben, wird also der gegenwärtigen Unsicherheit des Planens und Vorsorgens enttrinnen.

Wenn das Steuerrecht auf sieben Einkunftsarten verzichtet und nur noch eine Einkunftsart der gewinn- oder überschusserbringenden Nutzung einer Erwerbsgrundlage kennt, ist die Gleichheit der Steuerlast schon im Ausgangstatbestand angelegt: Wenn es keinen Tatbestand »Gewerbebetrieb« mehr gibt, kann daran auch keine besondere Gewerbesteuer mehr geknüpft werden. Wenn nicht mehr zwischen Einkünften aus Kapital und Einkünften aus Arbeit unterschieden wird, entfällt die Gefahr, dass Kapitalerträge steuerlich entlastet, Arbeitserträge dafür höher belastet werden.

Auch auf die Unterscheidung zwischen Einkommen- und Körperschaftsteuer und dabei insbesondere zwischen der Besteuerung von Personengesellschaften und von Kapi-

talgesellschaften sollte verzichtet werden, weil allein die Wahl der Rechts- und Organisationsform steuerliche Belastungsunterschiede nicht rechtfertigt. Jeder Einkommenserwerb in einer Erwerbsgemeinschaft – von der BGB-Gesellschaft bis zur anonymen Kapitalgesellschaft – ist in einer steuerjuristischen Person zu erfassen, für die die Steuer erklärt, ermittelt, festgesetzt, bezahlt und vollstreckt wird. Die Weitergabe des in der steuerjuristischen Person besteuerten Gewinns an Gesellschafter oder Aktionäre ist dann eine Weitergabe von schon versteuertem Einkommen, also von Vermögen, deshalb steuerlich unerheblich. Dadurch wird der Kapitalmarkt wesentlich entlastet.

Wenn der freiheitliche Verfassungsstaat die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit in privater Hand belässt, also auf das Staatsunternehmertum strukturell verzichtet, muss er seinen gegenwärtigen Finanzbedarf durch gegenwärtige Teilhabe am Erfolg privaten Wirtschaftens finanzieren. Deshalb ist eine gegenwartsnahe – auf ein oder zwei Veranlagungsjahre bezogene – Besteuerung ein Gebot materieller Gerechtigkeit. Wer heute die staatliche Rechtsordnung, das Währungssystem, die gut ausgebildeten Arbeitskräfte und die Nachfragekraft dieser Rechtsgemeinschaft zum Einkommenserwerb genutzt hat, muss diese Gemeinschaft auch heute mitfinanzieren. Eine Stundung der Einkommensteuer bis zum Einkommenskonsum oder bis zum Lebensende ist deshalb nicht vertretbar. Der Steuerpflichtige kann nicht einwenden, er wolle über den Steuerbetrag jetzt noch verfügen, um Kapitalerträge zu erzielen; diese stehen dem Staat zu. Würde jeder Schuldner eine solche Stundung fordern, wäre der wirtschaftliche Leistungsaustausch strukturell behindert. Im Übrigen wirkt die periodische Wertabgabe auch für den Steuerpflichtigen schonender, weil das Einkommen nach Steuern für ihn unbeschränkte Verfügungsfreiheit begründet, während eine Besteuerung am Lebensende den Steuerpflichtigen zur Bewahrung des Vermögens für die Besteuerung verpflichtete, zudem ein Steuerzugriff von 25% Einkommensteuer und vielleicht noch 25% Erbschaftssteuer jede privatwirtschaftlich gewachsene Vermögensstruktur – einen Gewerbebetrieb, eine Praxiseinrichtung oder einen Kapitalfonds – in seiner Substanz zerstörte, damit die Garantie des Privateigentums verletzt.

Das geltende Steuerrecht behindert in seiner Komplizierung und Widersprüchlichkeit die freie Entfaltung der wirtschaftenden Menschen, begründet damit einen gewichtigen Standortnachteil für Deutschland. Wenn hingegen die Steuerlast unausweichlich gleichmäßig auf alle Einkommensbezieher verteilt ist, wird die Freiheit der Steuerpflichtigen wesentlich besser entfaltet: Investitions-, Organisations- und Anbieterentscheidungen werden nicht mehr steuerrechtlich verfremdet; das Steuerrecht bleibt entscheidungsneutral. Das wichtigste Freiheitsinstrument

des Wirtschaftens, der zivilrechtliche Vertrag, dient nicht mehr der Begründung steuerlicher Ungleichheiten, sondern erfüllt seine Funktion der einvernehmlichen, rechtsverbindlichen Verfügung über Eigenes und bewahrt den Vertrag damit von diskreditierender Zweckentfremdung. Vor allem aber stellt die unausweichliche, deshalb maßvolle Steuerlast sicher, dass jedes Einkommen zu mindestens 75% privatnützig verwendet, zu bis zu 25% aber in den allgemeinen Staatshaushalt eingebracht wird. Dadurch ist der Erwerbsanreiz für den Einkommensbezieher gesichert, zugleich aber die Teilhabe der Allgemeinheit an diesem individuellen Einkommenserfolg gewährleistet. Darin liegt ein doppelter Beitrag zur Freiheitskultur: Ein Ansporn zur individuellen Erwerbsanstrengung und eine Freude der steuerlich Mitbegünstigten am Erfolg des anderen.

G. Flaig, W. Nierhaus, O.-E. Kuntze, A. Gebauer, S. Henzel, O. Hülsewig, A. Kaltschütz, E. Langmantel, W. Meister, M. Ruschinski, B. Schimpfermann und T. Wollmershäuser

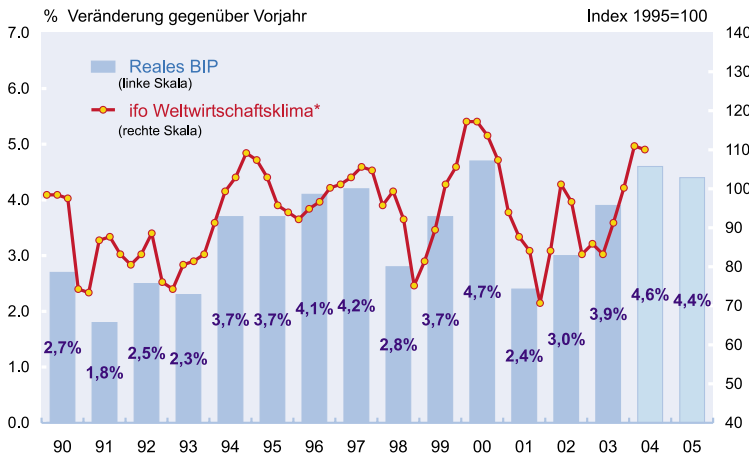
Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist im Frühsommer 2004 aufwärts gerichtet. Die USA, Südostasien, Japan und – wenn auch deutlich schwächer – die europäischen Volkswirtschaften sind gemeinsam im konjunkturellen Aufwind. Im weiteren Verlauf dieses Jahres und 2005 wird sich die Dynamik allmählich abschwächen, mitbedingt durch den jüngsten Preisschub bei Öl- und Rohstoffpreisen. Auch lassen die stimulierenden Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik nach. Die deutsche Konjunktur allerdings zeigt sich zur Jahresmitte 2004 immer noch nicht durchgreifend gefestigt. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Produktion seit der zweiten Jahreshälfte 2003 wieder aufwärts gerichtet, die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dabei aber weiterhin verschlechtert. Nach wie vor ist in Deutschland das Trendwachstum – im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EWU – relativ niedrig. Insgesamt ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nach Schätzungen des ifo Instituts um 1,6% gestiegen; das konjunkturelle Wachstumstempo im zweiten Quartal dürfte wohl aufgrund der höheren Ölpreise etwas geringer als im ersten Quartal gewesen sein. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1,7% betragen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass rund 0,5 Prozentpunkte der Mehrproduktion auf die ungewöhnlich große Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind. Im kommenden Jahr wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt erneut um 1,7% erhöhen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt im Prognosezeitraum desolat. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte zunächst noch weiter abnehmen, erst ab Ende dieses Jahres zeichnet sich eine leichte Besserung ab. Die Arbeitslosenquote wird 2004 und auch 2005 durchschnittlich 10,3% betragen.

Überblick: Weltweiter Aufschwung

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist im Frühsommer 2004 aufwärts gerichtet. Die USA, Südostasien, Japan und – wenn auch deutlich schwächer – die europäischen Volkswirtschaften sind gemeinsam im konjunkturellen Aufwind. Nach den Ergebnissen des ifo World Economic Survey (WES) bewegt sich das Weltwirtschaftsklima seit Jahresanfang auf hohem Niveau (vgl. Abb. 1). Der Klimaindikator lag im April mit 110,1 (1995=100) deutlich über dem langfristigen Durchschnitt (1990–2003: 93,0). Anders als im Januar 2004 verbesserten sich im April allerdings nur die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage, die Erwartungen für die nächsten sechs Monate dagegen fielen weniger optimistisch aus. Nur ein kleines Risiko für die Weltkonjunktur geht vom gegenwärtigen Höhenflug der Ölpreise aus, der zum überwiegenden Teil das Ergebnis der weltweit steigenden Nachfrage nach Mineralölprodukten ist.

In den USA ist es zu einem selbsttragenden Konjunkturaufschwung gekommen. Die monetären Rahmenbedingungen waren bis zuletzt expansiv. Zudem gingen von der Finanzpolitik anhaltend kräftige Impulse aus. Im ersten Quartal betrug das Wachstumstempo der US-Wirtschaft im Vergleich zum Vorquartal 4,5% (laufende Jahresrate), befördert vom privaten und auch öffentlichen Konsum, den privaten Investitionen und dem Export. In Japan hat sich die konjunkturelle Erholung fortgesetzt, die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte zuletzt mit 5,6% kaum langsamer als zuvor. Zur konjunkturellen Dynamik trugen zum einen die Exporte insbesondere in die asiatischen Schwellenländer bei, zum anderen die Binnennachfrage und hier insbesondere die privaten Investitionen und der Konsum. Auch in der europäischen Währungsunion (EWU) ist die Konjunktur inzwischen in Gang gekommen. Nach ersten Schätzungen von Eurostat belief sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2004 auf 2,4%. Haupttriebfeder war die Auslandsnachfrage, die sich im Gefolge

Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



*) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook April 2004; Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2004.

des weltweiten Aufschwungs trotz der Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner merklich beschleunigte. Auch der private Konsum zog etwas an, nahezu unverändert blieben hingegen die Investitionen. Die Arbeitslosigkeit in der EWU nahm, bis zuletzt saisonbereinigt zu, die Arbeitslosenquote betrug im April 9,0%.

In Deutschland hat sich demgegenüber die Konjunktur schwächer belebt; in den ersten Monaten des Jahres 2004 ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Jahresendquartal 2003 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts um 0,4% (laufende Jahresrate: 1,8%) gestiegen. Nach der Entstehungsrechnung konnte der Anstieg der Industrieproduktion den kräftigen Rückgang der Bauproduktion überkompensieren. Von den Dienstleistungsbereichen gingen per saldo keine nennenswerten konjunkturellen Impulse aus. Auf der Verwendungsseite ist für die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion der positive Impuls des Exportüberschusses maßgeblich (+ 0,8%); die Exporte expandierten doppelt so stark wie die Importe. Der negative Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage in Höhe von 0,4 Prozentpunkten wurde dadurch mehr als ausgeglichen. Von den Komponenten der Binnennachfrage nahmen lediglich die Investitionen in Sonstige Anlagen zu, alle anderen Investitionssparten waren rückläufig. Der private Konsum, der als Konjunkturmotor seit Mitte 2001 ausfällt, kam wiederum nicht in Schwung. Zwar wurde zum Jahresanfang die Lohn- und Einkommensteuer erneut gesenkt, zugleich kam es aber im Gefolge der Gesundheitsreform und durch die Anhebung von indirekten Steuern zu merklichen Kaufkrafteinbußen. Auch ist die Sparquote im Gefolge der steuerlichen Entlastungen saisonbereinigt etwas gestiegen.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage weiter verschlechtert. Seit dem letzten Beschäftigungshöhepunkt im Mai 2001 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 850 000 oder um 2,2% verringert. Die Zahl der Arbeitslosen, die seit dem vergangenen Frühjahr als Folge von Statistikbereinigungen und einer geänderten Abgrenzung im amtlichen Rechenwerk tendenziell gesunken war, ist ab Februar wieder beträchtlich gestiegen. Im Mai 2004 belief sie sich saisonbereinigt auf 4,37 Mill.; die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen; nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit) betrug zuletzt 10,5%.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich in den ersten Monaten des Jahres 2004 deutlich beschleunigt. Im Mai erreichte die Inflationsrate zum ersten Mal seit März 2002

wieder die 2-Prozentmarke. Ausschlaggebend hierfür war zum einen, dass die Preise für Mineralölzerzeugnisse stark gestiegen sind. Zum anderen haben sich Gesundheitsdienstleistungen im Zuge der Gesundheitsreform spürbar verteuert.

Weltwirtschaftlicher Aufschwung 2005 immer noch kräftig

Die Weltwirtschaft hat sich auch im ersten Halbjahr 2004 kräftig entwickelt. Im weiteren Verlauf dieses Jahres und 2005 wird sich die Dynamik allmählich abschwächen, mit bedingt durch den jüngsten Preisschub bei Öl- und Rohstoffpreisen. Der Preisanstieg ist wesentlich das Ergebnis des weltweiten Konjunkturaufschwungs, in geringerem Ausmaß gibt es exogene Einflüsse (z.B. politische Unsicherheiten in wichtigen Ölexportländern). Er kann deshalb zwar den Konjunkturaufschwung abschwächen, doch kann er ihn nicht umkehren. Wegen des Höhenflugs der Öl- und Rohstoffnotierungen erhöhen sich die Verbraucherpreise etwas stärker als noch vor kurzem erwartet. Die stimulierenden Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik lassen nach. Am stärksten expandieren weiterhin die Volkswirtschaften Ostasiens, gefolgt von Nordamerika, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika, während die konjunkturelle Erholung in Westeuropa erst spät eingesetzt hat und erst langsam an Dynamik gewinnt. Das Volumen des Welthandels dürfte im Jahr 2004 in einer Größenordnung von 9³/₄% und 2005 von 8% expandieren. Für den Rohölpreis wurde für den Jahresdurchschnitt 2004 ein Barrel-Preis von ca. 34 US-Dollar unterstellt, für das kommende Jahr dürfte er nur wenig niedriger liegen.

USA: Weiter hohes Doppeldefizit bei konjunktureller Verlangsamung

Der im Winterhalbjahr 2001/2002 begonnene Aufschwung hat sich im zweiten Halbjahr 2003 deutlich verstärkt und ist anschließend kräftig geblieben. Seine Dynamik wird nur allmählich von dem mit dem jüngsten Ölpreisschub verbundenen Kaufkraftentzug gedämpft. Stimulierend wirken eine ausgesprochen expansive Geld- und Finanzpolitik. Zudem ist der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro und dem Yen erheblich gesunken.

Die Finanzpolitik gibt der Konjunktur auch im laufenden Jahr durch Steuersenkungen und stark steigende Ausgaben (wesentlich bedingt durch das amerikanische Engagement im Irak) kräftige Anregungen. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte mit $4\frac{3}{4}\%$ des Bruttoinlandsprodukts annähernd jenem von 2003 entsprechen. Im Jahr 2005 lassen die Impulse erheblich nach. Im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen im kommenden November dürfte ein Konsolidierungskurs eingeschlagen werden. Weitere Senkungen der Einkommensteuer sind nicht abzusehen, und der Ausgabenanstieg wird gedämpft. Die gesamtstaatliche Finanzierungslücke dürfte sich auf eine Größenordnung von 4% des Bruttoinlandsprodukts verringern. Die Geldpolitik war und ist ebenfalls sehr expansiv. Die Federal Funds Rate liegt seit Mitte 2003 bei 1%, was negative kurzfristige Realzinsen impliziert.

Mit Blick auf den sehr lebhaften und breit basierten Wirtschaftsaufschwung einerseits, und die zunehmenden Inflationsgefahren andererseits, wird die Zentralbank in der zweiten Jahreshälfte mit einer Straffung der monetären Zügel beginnen. Sowohl die Höhe der Inflationsrate als auch

ihre starke Beschleunigung hätte bereits jetzt eine Leitzinsanhebung erfordert. Gleichwohl bleibt die Geldpolitik noch bis in das nächste Jahr hinein expansiv, wiewohl mit allmählich abnehmender Intensität.

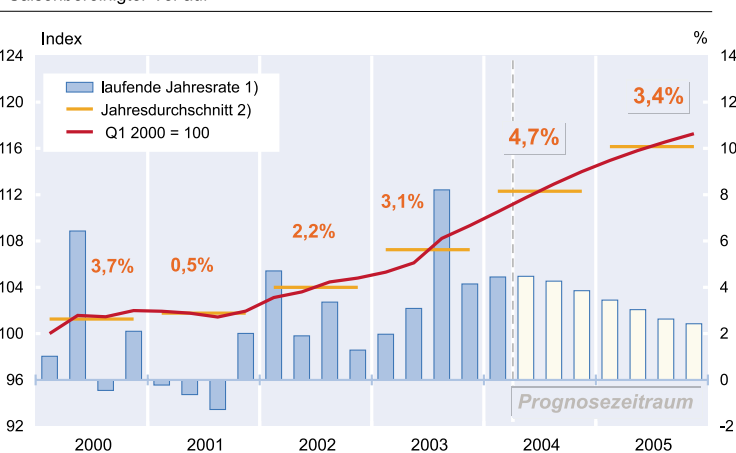
Im Jahr 2004 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um $4\frac{3}{4}\%$ (nach 3,1% im Jahr 2003) und 2005 um $3\frac{1}{2}\%$ expandieren, bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum im Verlauf. Dabei bleiben die Defizite in den öffentlichen Haushalten sowie in der Leistungsbilanz (sog. Doppeldefizit) hoch. Das stärkste Wachstum werden die Exporte aufweisen, angeregt vor allem von der nach wie vor sehr lebhaften Konjunktur in Ostasien (dorthin gingen 2003 52% der Warenlieferungen) und dem niedriger bewerteten US-Dollar. Aber auch die Einfuhr zieht stark an, so dass die Leistungsbilanz in beiden Jahren in einer Größenordnung von $4\frac{3}{4}\%$ des BIP passiv bleiben wird.

Kräftig nehmen in diesem Jahr auch die Bruttoanlageinvestitionen zu. Das gilt besonders für die Ausrüstungsinvestitionen, da sich die Auslastung der Kapazitäten weiter erhöht, Absatz- und Ertragsperspektiven günstig und die Zinsen noch niedrig sind. Auch laufen Ende 2004 Steuerergünstigungen aus, was zu Vorzieheffekten führt. Diese und die weniger dynamische Nachfrage lassen im Jahr 2005 eine langsamere Zunahme erwarten. Gleiches gilt für die Bauinvestitionen, zumal der Wohnungsbau im kommenden Jahr von den steigenden Zinsen gebremst wird. Beim öffentlichen Bau macht sich allmählich die konsolidierungsorientierte Finanzpolitik bemerkbar.

Der private Konsum expandiert in diesem Jahr kräftig, zumal Beschäftigung und Reallöhne steigen und es im Frühjahr zu Steuerrückzahlungen kam. Da letztere im kommenden Jahr entfallen, die Zinsen weiter steigen und die Beschäftigung konjunkturbedingt langsamer ausgeweitet wird, verliert der private Verbrauch allmählich an Schwung. Die Arbeitslosenquote sinkt im Schnitt dieses Jahres auf $5\frac{1}{2}\%$ und wird 2005 nicht viel niedriger sein. Die Verbraucherpreise dürften 2004 um $2\frac{1}{2}\%$ und 2005 um $2\frac{3}{4}\%$ über dem Niveau des jeweiligen Vorjahres liegen.

Abb. 2

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

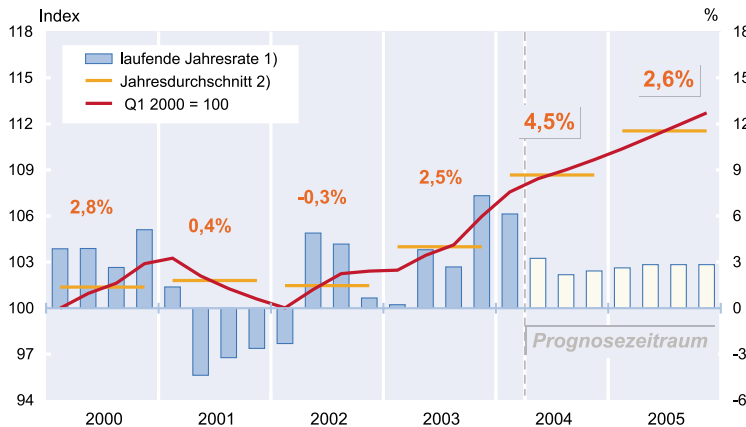
Quelle: BEA; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Japan: Konjunkturelles Tal der Tränen allmählich durchschritten

Beginnend im Frühjahr 2003 hat die Volkswirtschaft Japans zur Überwindung der langjährigen Durststrecke angesetzt, wenn auch zahlreiche Strukturprobleme noch der Lösung harren. Das Wirtschaftswachstum (2,5%) wird zwar vermutlich überhöht aus-

Abb. 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

gewiesen, aber die aufwärts gerichtete Tendenz von Nachfrage und Produktion dürfte anhalten. Dabei wirkt die Geldpolitik bis ins Jahr 2005 hinein expansiv, da die Zentralbank den Diskontsatz bei 0,1% belassen und so lange für eine sehr reichliche Liquidität der Banken (u.a. durch den Aufkauf von Staatsanleihen, Aktien und verbrieften Verbindlichkeiten von Unternehmen) sorgen will, bis das bisher noch ungenügende Durchwirken monetärer Impulse auf die Wirtschaft spürbar ist. Denn die weitere Konsolidierung der Bank- und Unternehmensbilanzen, bei der bereits deutliche Erfolge zu verzeichnen sind, soll von dieser Seite nicht gestört werden.

Die seit 2000 zu verzeichnende Abwertung des realen effektiven Wechselkurses des Yen hat zur Belebung der japanischen Konjunktur beigetragen. Allerdings stimuliert die Finanzpolitik angesichts eines diesjährigen öffentlichen Finanzierungsdefizits in der Größenordnung von 7 1/2% des Bruttoinlandsprodukts, und einer Staatsverschuldung von etwa 160% des Bruttoinlandsprodukts kaum noch.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt 2004 mit 4 1/2% (sehr hoher Überhang zu Jahresbeginn, vgl. Abb. 3) breit basiert, im Verlauf jedoch etwas schwächer zunehmen als im Vorjahr.

Weit überdurchschnittlich steigt nach wie vor die Ausfuhr, stark angeregt vom Wirtschaftswachstum in Ostasien und in den USA. Damit erweist sich einmal mehr, dass die Exportentwicklung stärker vom Wachstum des Welthandels als vom Wechselkurs abhängt. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften sich etwa im vorjährigen Tempo erhöhen. Die Investitionskonjunktur bleibt gespalten. Ei-

nerseits werden die öffentlichen Investitionen nochmals stark eingeschränkt. Andererseits findet der Wohnungsbau allmählich aus der Rezession heraus, und die Unternehmensinvestitionen nehmen bei verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen deutlich zu, auch weil die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie bereits stärker als im langfristigen Durchschnitt ausgelastet sind. Der öffentliche Verbrauch dürfte sich mit Blick auf die Wahlen zum Oberhaus verstärkt erhöhen. Auch der private Konsum nimmt allmählich rascher zu, stimuliert von höheren Arbeits-einkommen und zunehmender Beschäftigung.

Die seit Mitte vorigen Jahres gestiegenen langfristigen Zinsen sind ein Indikator für den laufenden Aufschwung, auch weil sie das allmähliche Verlassen der Liquiditätsfalle reflektieren. Damit hat die fünfjährige Phase der Deflation ein Ende. Die Konsumentenpreise liegen im Jahresdurchschnitt 2004 etwas über dem Niveau des Jahres 2003, wesentlich bedingt durch die kräftige Verteuerung von Mineralölzeugnissen.

Im Jahre 2005 werden die Impulse seitens der Außenwirtschaft bei langsamer steigender Ausfuhr und rascher expandierendem Import schwächer, vor allem infolge des etwas weniger starken Wirtschaftswachstums im übrigen Ostasien (dem Hauptabsatzmarkt) sowie in den USA, dem zweitwichtigsten Abnehmer. Die Inlandsnachfrage expandiert in wenig verändertem Tempo. So nimmt der private Konsum bei allmählicher Besserung der Arbeitsmarktlage und schwach steigenden Reallöhnen etwa im derzeitigen Tempo zu. Die weniger günstigen Ausfuhrperspektiven dürften zu einem verlangsamten Anstieg der Unternehmensinvestitionen führen, obwohl die Kapazitäten gut ausgelastet bleiben und die Zinsen noch niedrig sind. Günstige Finanzierungsmöglichkeiten sowie die günstigeren Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte stützen den Wohnungsbau. Nach zweijährigem ausgeprägtem Rückgang werden die öffentlichen Investitionen vermutlich weniger stark eingeschränkt als bisher. Die Konsumentenpreise steigen nur sehr verhalten. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 2 1/2%.

Ostasiatische Schwellenländer: Weiter starkes Wirtschaftswachstum

Die Konjunktur hatte im zweiten Halbjahr 2003 sprunghaft Tritt gefasst, vor allem in Folge der sich gegenseitig verstärkenden Dynamik in diesen Ländern, wo die Wirt-

schaftspolitik fast überall weiter kräftig stimulierte. Zudem entfielen nun jene Faktoren (SARS, Irak-Konflikt, Ölpreisanstieg), die im ersten Semester stark dämpfend auf die Konjunktur gewirkt hatten.

Einzig die chinesische Volkswirtschaft war mit so hohem Tempo das gesamte Jahr hindurch gewachsen, dass sich vielfach Symptome konjunktureller Überhitzung – kräftiger Preisanstieg, Probleme bei der Energieversorgung etc. – zeigten. Mit Maßnahmen zur Dämpfung der Kreditexpansion hatte die Zentralbank bereits vorigen Sommer reagiert und diesen Kurs während der letzten Monate noch verschärft, da er ohne Wirkung geblieben war. Zusätzlich werden jetzt die großen Investitionsvorhaben überprüft, und für die Monate Mai/Juli gelten Preiskontrollen. Bisher ist allerdings noch keine Abschwächung des Booms erkennbar. Vielmehr scheinen die Provinzregierungen die Maßgaben der Zentralverwaltung zu ignorieren. Dieser kann an einer verschiedentlich bereits befürchteten »harten Landung« auch gar nicht gelegen sein angesichts der vielen, beträchtlichen und nur durch dynamisches Wirtschaftswachstum lösbaren Probleme des Landes einschließlich der mit faulen Krediten überlasteten Kreditinstitute und maroden Staatsbetriebe; tatsächlich wird amtlicherseits ein jährliches Wirtschaftswachstum von 8% bereits als zu niedrig angesehen.

Die Konjunktur dürfte sich im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht abschwächen. Damit bleibt die Sogwirkung auf die Exporte der anderen ostasiatischen Länder sowie auf Lateinamerika, Nordamerika und Europa bestehen. Das gibt dem interregionalen Handel umso mehr Auftrieb, als die anderen ostasiatischen Volkswirtschaften hohe Zuwachsraten bei Ausfuhr und (dank expansiver Wirtschaftspolitik) Inlandsnachfrage ausweisen. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Region dürfte um rund 8% zunehmen, vom jüngsten Ölpreisschub nur wenig gedämpft.

Im Jahr 2005 ist mit einer langsamen konjunkturellen Abschwächung zu rechnen. Neben China expandiert nun auch der Absatzmarkt USA weniger lebhaft. Das nimmt den Ausfuhren der anderen südostasiatischen Schwellenländer einiges an Schwung und bremst damit auch deren Inlandsnachfrage etwas, zumal die expansive Wirtschaftspolitik dort nicht weiter verstärkt wird. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Region dürfte um ca. 7¹/₂% ausgeweitet werden, womit sie ihr weltwirtschaftliches Gewicht auf deutlich mehr als das Doppelte Lateinamerikas erhöht und nach wie vor die wesentliche Stütze der Weltkonjunktur bleibt. Der Preisauftrieb wird insgesamt moderat sein, schwächt sich aber kaum ab, da die sehr starke Verteuerung der Rohstoffpreise noch auf die Lebenshaltungskosten durchwirkt.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage weiter. An den derzeitigen Wechselkursregimen, d.h. an der mehr oder

minder engen Bindung verschiedener Währungen an den US-Dollar dürfte sich wenig ändern. Das gilt auch für den Wechselkurs des Yuan, welcher angesichts der mit den Bemühungen um eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verbundenen Unwägbarkeiten vermutlich zunächst noch fest an den US-Dollar gebunden bleibt.

Lateinamerika: Im Exportsog Flaute überwunden

Mit der konjunkturellen Belebung im zweiten Halbjahr 2003, von der fast alle Länder erfasst wurden, fand eine mehr als dreijährige Phase der Stagnation ihr Ende. Im Jahr 2004 gewinnt die Entwicklung an Schwung und an Breite. Wesentliche Stütze bleibt die sehr kräftig expandierende Ausfuhr im Zuge des weltweiten Wirtschaftsaufschwungs, wobei besonders die Lieferungen von Industrierohstoffen und Agrargütern nach China sprunghaft ausgeweitet werden.

Hiervon erhält auch die Inlandsnachfrage zunehmend Impulse; privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen erhöhen sich allmählich. Denn die in vielen Ländern von vertrauensbildenden Maßnahmen geprägte Wirtschaftspolitik, der verlangsamte Preisauftrieb sowie die Schwäche des US-Dollar erlaubten spürbare Zinssenkungen, die zunehmend wirken. Auch sind die Absatz- und Ertragsersparungen der Unternehmen günstiger geworden.

Entscheidend ist die weitere Expansion von Nachfrage und Produktion in Brasilien, wo die im Laufe des Jahres 2003 erfolgten monetären Lockerungen stimulieren, während die Finanzpolitik auf konsolidierungsorientierter Linie bleibt; allerdings schwankt das Vertrauen ausländischer Anleger in die wirtschaftspolitische Linie stark, was sich in Wechselkurs- und Zinsentwicklung niederschlägt. Mexiko profitiert vom Aufschwung in den USA, wohin etwa 90% der Exporte gehen. Allerdings macht sich die Konkurrenz aus China und anderen südostasiatischen Schwellenländern trotz tendenzieller Peso-Abwertung immer mehr bemerkbar. Argentinien, belastet mit großen Schuldenproblemen und Energieknappheit, kann das hohe Wirtschaftswachstum des Vorjahres nicht halten. In Venezuela mildert der hohe Ölpreis die krisenhafte Situation. Bei langsamer als der Export steigenden Importen und dank zunächst noch haussierender Rohstoffpreise errechnet sich wieder ein Überschuss der zusammengefassten Leistungsbilanz. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Region dürfte um 3³/₄% expandieren, nach 1³/₄% im Jahr 2003. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt beginnt sich zu bessern.

Für das kommende Jahr ist im Verlauf eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu erwarten, bedingt durch die nachlassende Dynamik der Weltwirtschaft im Allgemeinen

und der USA (was besonders die Ausfuhr Mexikos tangiert) sowie Chinas im Besonderen; das reale Bruttoinlandsprodukt expandiert etwa in der Größenordnung des Vorjahres.

Die Inlandsnachfrage nimmt nicht schnell genug zu, um den abflauenden Schwung der Exporte auszugleichen. Da außerdem die Hausse der Rohstoffpreise nachlässt, die Einfuhren beschleunigt ausgeweitet werden und die Zinsen weltweit steigen, geht der Überschuss der zusammengefassten Leistungsbilanz Lateinamerikas gegenüber der übrigen Welt stark zurück. Die Wechselkurse schwanken wieder stärker, auch weil das Vertrauen in die brasilianische Wirtschaftspolitik schwächer wird. Die Konsumentenpreise dürften sich stärker als im Jahr 2004 (rund 6%) erhöhen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich allmählich weiter.

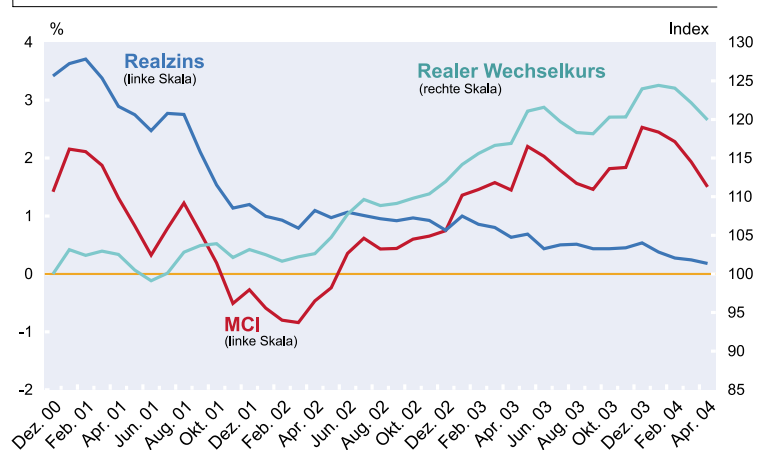
Europäische Union

Euroraum: Langsame Festigung der Inlandsnachfrage

Im Euroraum haben Nachfrage und Produktion im zweiten Halbjahr 2003 die seit Herbst 2002 zu beobachtende Stagnation im Schleppe der lebhaft angesprungenen Weltkonjunktur überwunden; gegenüber 2002 erhöhte sich das reale BIP um 0,4%. Dabei blieb die Finanzpolitik etwa konjunkturneutral, und die Geldpolitik wirkte deutlich expansiver, während die starke Aufwertung des Euro gegenüber den Valuten des Dollarraumes spürbar gebremst hat. Die konjunkturelle Erholung hatte sich infolge des flauen weltwirtschaftlichen Umfelds, der Rohölverteuerung, des Konflikts im Irak sowie der in Asien ausgebrochenen Lungenkrankheit SARS verzögert.

Die Erholung war vom Export getragen, weniger durch Lieferungen in die USA, als infolge des erheblich gestiegenen Absatzes in Ostasien, in Mittel- und Osteuropa sowie in anderen Regionen. Da der Import früher und kräftiger ansprang als die Ausfuhr, verzeichnete die zusammengefasste Leistungsbilanz ein auf 0,5% des BIP verringertes Aktivum. Die Inlandsnachfrage entwickelte erst im Herbst etwas Dynamik. Das galt allerdings trotz weiter gestiegener Reallöhne nicht für den privaten Konsum (+ 1,1% gegenüber 2002) als Folge verschlechterter Arbeitsmarktlage (gegenüber 2002 blieb die Beschäftigung unverändert, die Arbeitslosenquote stieg im Jahresdurchschnitt auf 8,8%) und der Diskussion über Einschnitte bei den Sozialleistungen.

Abb. 4
Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum



Der MCI (Monetary Conditions Index) wurde gemäß folgender Formel berechnet: $MCI_t = (r_t - 2\%) + 1/6 (q_t - q_0)$. r_t bezeichnet den Realzins auf Basis der Kerninflation, q_t den realen effektiven Wechselkurs des Euro (weiterer Länderkreis) und q_0 den realen effektiven Wechselkurs im Dezember 2000, der auf 100 gesetzt wurde. Die Gewichtung des realen effektiven Wechselkurses mit 1/6 wurde in Analogie zum OECD Economic Outlook vorgenommen.

Quelle: Europäische Zentralbank, Eurostat und Berechnungen des ifo Instituts.

Die Rezession bei den Bruttoanlageinvestitionen (- 1%) wurde erst im Herbst überwunden. Während der Rückgang der Bauinvestitionen nur noch gering war, verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen nochmals ein deutliches Minus. Denn die Absatz- und Ertragserwartungen hatten sich nur allmählich aufgehellt, und in der verarbeitenden Industrie war die Auslastung der Kapazitäten auch im Sommerhalbjahr weiter gesunken. Lediglich der öffentliche Verbrauch (+ 2%) nahm weiter ziemlich stetig zu. Nach zunächst raschem Anstieg beruhigte sich die Teuerung. Die Konsumentenpreise (HVPI) lagen um 2,1% über dem Niveau von 2002.

Die Finanzpolitik im Euroraum im vergangenen Jahr war weitgehend geprägt durch das deutliche Überschreiten des 3-Prozent-Kriteriums des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die beiden größten Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich und die damit verbundene Diskussion um seine Neuausgestaltung. Im Durchschnitt erhöhte sich das Haushaltsdefizit im Euroraum von 2,3% im Jahr 2002 auf 2,7% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2003. Im Gegensatz dazu reduzierte sich das strukturelle Defizit, das den Einfluss der konjunkturabhängigen automatischen Stabilisatoren aus dem Budgetdefizit herausrechnet und somit als Maß für diskretionäre Politikentscheidungen zu interpretieren ist, von 2,5% in 2002 auf 2,2% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2003.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen seit Mitte vergangenen Jahres unverändert belassen. Der Dreimonatsgeldmarktsatz liegt seitdem bei wenig mehr als 2%, was bei einer gegenwärtigen Kerninflationsrate von 1,9% einen kurzfristigen Realzins nahe null impliziert (vgl. Abb. 4).

Auch die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen, die zur Jahreswende vorübergehend angezogen hatte, liegt mit gegenwärtig knapp über 4% auf einem niedrigen Niveau. Die Kreditzinsen blieben weitgehend unverändert. Die Expansion der Geldmenge M3 hat sich seit Mitte 2003 deutlich abgeflacht, was zum Teil auf eine verringerte Unsicherheit der Anleger nach dem lang anhaltenden Aktienkursverfall der vergangenen Jahre zurückzuführen sein dürfte. Dennoch übersteigt die gegenwärtige Jahreswachstumsrate von M3 mit etwa 5 1/2% weiterhin den von der EZB festgelegten Referenzwert von 4,5%. Während sich die Expansion der Buchkredite an den privaten Sektor insgesamt in den vergangenen Monaten etwas beschleunigt hat und bei durchschnittlich 5,5% im ersten Quartal lag, war die Kreditausweitung an den Unternehmenssektor im ersten Quartal mit 3,3% gegenüber dem Vorjahr weiterhin niedrig.

Der Aufwertungstrend des Euro, der Anfang 2002 begonnen hatte, fand im Dezember 2003 sein vorläufiges Ende. Während der Euro zwischen Januar und Dezember 2003 gegenüber dem US-Dollar nominal noch um 16,0% aufwertete, verlor er zwischen Januar und Mai dieses Jahres 4,7% an Wert. Real und effektiv gerechnet entsprach dies einer Aufwertung um 8,6% und einer Abwertung um 3,6%. Die Wechselkursentwicklung der letzten Monate unterstützte daher den von der EZB eingeschlagenen zinspolitischen Expansionskurs, so dass sich insgesamt die monetären Rahmenbedingungen wieder verbesserten (vgl. Abb. 4).

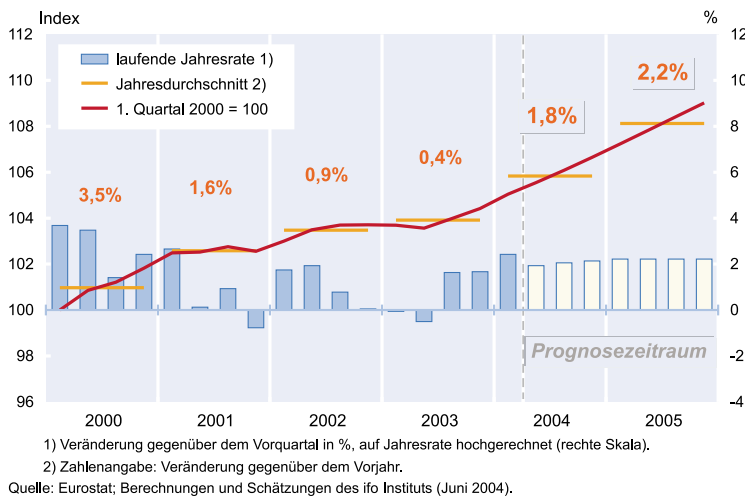
Nach einem konjunkturell überraschend günstigen ersten Quartal deuten nicht nur Klimaindikatoren, sondern auch die Auftragseingänge in der Industrie auf eine Fortsetzung der Erholung von Nachfrage und Produktion auf sich verbreitender Basis im Jahre 2004 hin. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1 3/4% expandieren. Weitaus dynamischstes Aggregat bleibt die Ausfuhr, stimuliert vom lebhaften Wirtschaftswachstum in den anderen Weltregionen. Auch lassen die retardierenden Effekte der Euro-Aufwertung nach. Trotz kaum noch gestiegener Terms of Trade weist die zusammengefasste Leistungsbilanz erneut einen Überschuss in der Größenordnung des Vorjahres aus, da die Einfuhr infolge der sich langsam erholenden Inlandsnachfrage etwas langsamer wächst als der Export. Diese wird nun allerdings erstmals seit dem Jahre 2000 wieder von allen großen Nachfrageaggregaten getragen. Das gilt bei anhaltend niedrigen Zinsen besonders für die Bruttoanlageinvestitionen, da die Absatz- und Ertragsaussichten günstiger beurteilt werden und die Kapazitätsauslastung im späteren Verlauf des Jahres wieder steigt. Auch die Bauinvestitionen ziehen an, zumal vielfach die öffentliche Hand mehr investiert und sich der Wohnungsbau nach längerer Flaute langsam belebt. Letzterer gibt dem privaten Konsum einen leichten Impuls. Dessen Erholung festigt sich indes – worauf auch die Entwicklung des auf der Basis von Verbraucherumfragen ermittelten Konsumklimas hindeutet – nur sehr lang-

sam, da die realen verfügbaren Einkommen bei moderatem Lohnanstieg und annähernd stagnierender Beschäftigung nur wenig höher sein werden als 2003. Die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt wieder knapp unter 9% liegen. Die Teuerung, einschließlich der zuvor längere Zeit stabilen Großhandelspreise, hat sich zunächst als Folge der rasch gestiegenen Preise für Rohöl, Industrierohstoffe und Zwischenprodukte beschleunigt erhöht. Zuletzt ist infolge wieder sinkender Erdölpreise eine Beruhigung eingetreten. Im Jahresdurchschnitt dürften sich die Konsumentenpreise (HVPI) um rund 2% erhöhen.

Im Jahre 2005 setzt sich die Zunahme von Nachfrage und Produktion annähernd stetig fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sich um 2 1/4% erhöhen. Bei etwa konjunkturalneutraler Wirtschaftspolitik wird die Expansion nunmehr stärker von der Inlandsnachfrage getragen. Die Ausfuhr – das Nachfrageaggregat mit der weitaus größten Dynamik – verliert hingegen allmählich an Schwung, obwohl die dämpfenden Folgen der Euro-Aufwertung auslaufen und der Absatz in Mittel- und Osteuropa weiter floriert. Doch das Wirtschaftswachstum lässt in den USA, sowie in geringerem Maße auch in den ostasiatischen Schwellenländern nach, weil dort die Wirtschaftspolitik bremst. Da die Einfuhr etwa im Rhythmus des Exports wächst und die Terms of Trade etwa unverändert bleiben, schließt die zusammengefasste Leistungsbilanz mit einem etwas höheren Überschuss ab als 2004.

Die Bruttoanlageinvestitionen expandieren bei immer noch niedrigen Zinsen lebhaft, wobei die Konjunktur gespalten sein dürfte. Überdurchschnittlich werden die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet. Absatz- und Ertragsserwartungen bleiben günstig, die Kapazitäten werden besser ausgelastet sein, vielfach muss noch Nachholbedarf aus den Jahren der Investitionsrezession 2001/2003 gedeckt sowie zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zunehmend in die Rationalisierung der Produktion und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert werden. Die Bauinvestitionen erhöhen sich hingegen etwa im vorjährigen Tempo; während sie u.a. in Frankreich und in Finnland beschleunigt steigen, dürften sie in Deutschland auf dem Niveau von 2004 verharren. Der öffentliche Verbrauch nimmt ziemlich stetig etwa im Tempo des Vorjahres zu. Demgegenüber beschleunigt sich die Zunahme des privaten Konsums etwas. Die realen verfügbaren Einkommen erhöhen sich etwas stärker als 2004, auch weil die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt langsam überwunden und die Beschäftigung leicht ausgeweitet wird. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 8 3/4% im Jahresdurchschnitt. Bei diesen konjunkturellen Bedingungen sind kaum inflationäre Spannungen zu erwarten, zumal der Lohnauftrieb insgesamt moderat bleibt, die Rohölpreise etwas nachgeben dürften und sich die Hausse bei Industrierohstoffen nicht fortsetzt. Die Konsumentenpreise (HVPI) liegen um knapp 2% über dem Niveau von 2004.

Abb. 5
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
 Saisonbereinigter Verlauf



Die Entwicklung der Inflationsrate wird entscheidend vom Ölpreis bestimmt, da vom sich langsam durchsetzenden konjunkturellen Aufschwung und von einem als konstant angenommenen Euro/US-Dollar Wechselkurs kein Einfluss auf die Preise zu erwarten ist. Nach Berechnungen des ifo Instituts zeigt ein Anstieg der Ölpreise seine volle Auswirkung auf die Konsumentenpreise im Euroraum nach drei bis vier Quartalen. Im Jahr 2004 wird die durchschnittliche Inflationsrate bei 2,1% (vgl. Abb. 6) liegen, und somit zum fünften Mal in Folge über dem Inflationsziel der EZB. In 2005 hängt der Verlauf der Inflationsrate entscheidend von der angenommenen Ölpreisentwicklung ab. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass der Ölpreis bis Ende 2004 auf 32 US-Dollar pro Barrel zurückgeht und in 2005 auf diesem Niveau verbleibt. Unter dieser Annahme

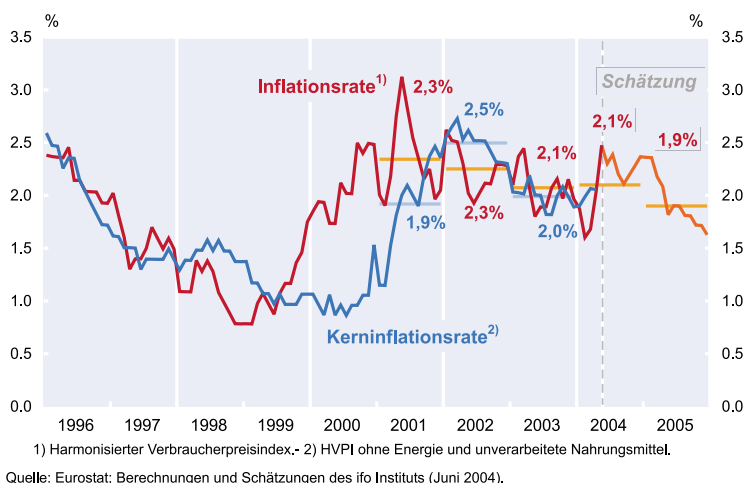
wird die Inflationsrate im Verlauf des Jahres 2005 wieder unter die 2%-Marke sinken. Bleibt der Ölpreis allerdings entgegen dieser Annahme auf einem Niveau von 35 US-Dollar, wird die Inflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2005 auf 2,2% verharren und damit zu einer erneuten Verfehlung des Inflationsziels führen.

Die Europäische Zentralbank wird im laufenden Jahr auf den Anstieg der Inflationsrate nicht reagieren und die Leitzinsen bei 2% belassen. Historische Erfahrungen (bspw. der Bundesbank) zeigen, dass Notenbanken bei Auftreten eines Angebotsschocks, wie eines überraschenden Ölpreisanstieges, zumindest kurzfristig einen »unvermeidlichen Preisanstieg« akzeptieren und auch bei einer prognostizierten Verfehlung des Inflationsziels nicht mit einer restriktiveren Geldpolitik reagieren. Dieses Verhalten lässt sich durch den Zielkonflikt erklären, mit dem eine Notenbank in einer solchen Situation konfrontiert wird: Zum einen steigen die Konsumentenpreise schneller an, was für höhere Leitzinsen spräche; zum anderen wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum gedämpft, was für niedrigere Leitzinsen spräche. Sofern eine Notenbank der Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität eine gewisse Rolle beimisst und nicht ein strenges Inflationsziel verfolgt – und es wird gemeinhin unterstellt, dass die EZB zumindest in der kurzen Frist einen solchen Auftrag hat (siehe Kasten) – sollte sie eine akkomodierende Rolle einnehmen und einen temporären Anstieg der Inflationsrate tolerieren.

Für das Jahr 2005 ist eine Einschätzung der EZB-Politik dagegen weitaus schwieriger. Unter den Annahmen der vorliegenden Prognose wird der Leitzins unverändert bleiben. Sollte jedoch der Ölpreis höher bleiben, als hier angenommen wurde, und sich die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale abzeichnen, wird die EZB dem Ziel der Preisniveaustabilität Vorrang einräumen, selbst wenn es dabei zu einem temporären Rückgang der Beschäftigung kommt. Um die Inflationserwartungen wieder in Einklang mit dem Inflationsziel zu bringen, müsste sie die Leitzinsen anheben. Mit einem höheren Leitzins wäre auch zu rechnen, wenn die konjunkturelle Belebung im Euroraum deutlich kräftiger als hier prognostiziert ausfallen würde.

Von der Finanzpolitik sind im laufenden und im kommenden Jahr kaum zusätzliche Impulse zu erwarten. Sie dürfte etwa konjunkturneutral ausgerichtet bleiben, zumal einige

Abb. 6
Inflation und Kerninflation im Euroraum
 Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Kasten**Geldpolitische Ziele der EZB**

Im Oktober 1998 gab der EZB-Rat die Hauptelemente der stabilitätsorientierten Geldpolitik der EZB bekannt. Bezüglich des Endziels ihrer Politik beruft der Rat sich auf Artikel 105 Absatz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft: Das vorrangige Ziel des ESZB [Europäisches System der Zentralbanken] ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen. Gemäß Artikel 105 Absatz 2 gehören zu den Zielen der Gemeinschaft ein »hohes Beschäftigungsniveau« sowie ein »beständiges, nichtinflationäres Wachstum«. Bei der quantitativen Festlegung des Ziels der Preisstabilität präzisiert der EZB-Rat, »dass er beim Streben nach Preisstabilität darauf abziele, mittelfristig eine Preissteigerungsrate unter, aber nahe 2% beizubehalten« (EZB Monatsbericht Juni 2003, S. 87).

Durch die mittelfristige Ausrichtung des Ziels der Preisstabilität und den zusätzlichen Auftrag zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik lassen sich klare Handlungsanweisungen beim Auftreten von Angebotsschocks ableiten. Da die Inflationsrate mittelfristig unter, aber nahe 2% liegen soll, sind kurzfristige Über- oder Unterschreitungen mit diesem Ziel vereinbar. Im Hinblick auf die Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik schreibt die EZB: »Insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Geldpolitik kurzfristig die reale Wirtschaftstätigkeit beeinflussen kann, sollte die EZB es in der Regel vermeiden, übermäßige Produktions- und Beschäftigungsschwankungen auszulösen, sofern dies in Einklang mit ihrem vorrangigen Ziel steht« (EZB, Die Geldpolitik der EZB, 2004, S. 44). Diese beiden Dimensionen des Mandats zusammengenommen ergeben für die EZB folgende Handlungsanweisung: »Da es der Geldpolitik aufgrund der Wirkungsverzögerungen des Transmissionsprozesses nicht möglich ist, unerwartete Preisschocks kurzfristig auszugleichen (zum Beispiel solche, die durch Änderungen der internationalen Rohstoffpreise ausgelöst werden), ist eine gewisse kurzfristige Volatilität der Teuerungsraten unvermeidbar. Zusätzlich herrscht aufgrund der Komplexität des Transmissionsprozesses stets große Unsicherheit hinsichtlich der Wirkung geldpolitischer Impulse. Aus diesen Gründen sollte die Geldpolitik mittelfristig ausgerichtet sein, um übertriebenem Aktivismus und unnötiger Volatilität in der Realwirtschaft vorzubeugen« (EZB, Die Geldpolitik der EZB, 2004, S. 51).

der Länder, in denen die öffentlichen Finanzierungsdefizite über das Maastricht-Limit von 3% hinaus gestiegen sind, eine mehr konsolidierungsorientierte Linie fahren werden.

EU-Beitrittsländer: Fortsetzung des breit basierten Aufschwungs

Obwohl die Konjunktorentwicklung auch dieser Region zu Beginn des Jahres 2003 von externen Schocks betroffen war, erhöhten sich Nachfrage und Produktion um 3,6%. Entscheidend war die lebhaftere Expansion der Inlandsnachfrage, stimuliert durch die Wirtschaftspolitik. Von dieser dürften auch in den Jahren 2004 und 2005 Impulse ausgehen. Die Geldpolitik war mit Ausnahme Ungarns im vergangenen Jahr auf einen weniger restriktiven Kurs eingeschwenkt. Angesichts der teilweise hohen öffentlichen Finanzierungsdefizite werden die finanzpolitischen Zügel vermutlich allmählich angezogen. Sehr viel Spielraum bleibt hierfür allerdings nicht, da in den beitretenden Ländern ganze Regionen und Wirtschaftszweige von der EU-Mitgliedschaft zunächst spürbare Nachteile, und folglich staatliche Unterstützung erwarten. Auch eilt es gerade den größeren Ländern mit einer Konsolidierung der Staatshaushalte nicht so sehr, da die Einführung des Euro vielfach bis zum Ende des Jahrzehnts hinausgeschoben wurde. Damit hat auch die Geldpolitik vorübergehend Möglichkeiten zur Lockerung un-

ter Inkaufnahme von stärkeren Währungsabwertungen und relativ hohen Inflationsraten.

Im laufenden Jahr sowie 2005 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in einer Größenordnung von 4¹/₄% zunehmen. Besonders kräftig wird der Export ausgeweitet, da sich die Konjunktur im Hauptabsatzmarkt Westeuropa etwas lebhafter entwickelt und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dank fortgesetzt großer Produktivitätsfortschritte steigt. Nennenswerte Anstöße sind von dem zum 1. Mai 2004 erfolgten Beitritt zur EU nicht zu erwarten, da der Außenhandel mit Westeuropa bereits weitgehend liberalisiert ist und die weitere Integration schrittweise über mehrere Jahre hinweg erfolgt. Das Passivum der zusammengefassten Leistungsbilanz, das weiterhin durch Kapitalzuflüsse – zu einem erheblichen Teil in Form von Direktinvestitionen – gedeckt wird, erhöht sich jedoch weiter, da die Terms of Trade ungünstiger und die Importe dynamisch ausgeweitet werden. Denn die Inlandsnachfrage bleibt deutlich aufwärts gerichtet. Das gilt besonders für die Bruttoanlageinvestitionen. Anregend wirken das deutliche Wirtschaftswachstum, verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen,

der immer noch große Nachholbedarf auf fast allen Gebieten, der Zwang zur weiteren Rationalisierung der Produktion sowie die nun fließenden Mittel aus den EU-Strukturfonds. Der private Konsum nimmt spürbar, aber verlangsamt zu, auch weil (meist als Teil der Angleichung an die EU-15) weiter erhöhte administrierte Preise und indirekte Steuern den Anstieg der Reallöhne dämpfen. Die Beschäftigung erholt sich nach jahrelangem Rückgang allmählich. Die Arbeitslosenquote bleibt mit rund 14% allerdings immer noch sehr hoch, da sich die Erwerbsbeteiligung erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2004 dürften die Konsumentenpreise mit 3³/₄% auch infolge der Ölverteuerung deutlich stärker steigen als im Jahr 2003, und die Inflationsrate wird im kommenden Jahr nicht nennenswert niedriger liegen.

Großbritannien: Geldpolitik bremst den Aufschwung

Deutlich stimuliert von der Wirtschaftspolitik, der weiter verbesserten Arbeitsmarktlage und den weiter haussierenden Immobilienpreisen hat das reale Bruttoinlandsprodukt Großbritanniens im Jahr 2003 um 2,2%, und damit wesentlich stärker als im westeuropäischen Durchschnitt expandiert. Ausschlaggebend war die Beschleunigung der Inlandsnachfrage auf breiter Front, die zum Teil von dem immer noch beträchtlichen Immobilienpreisanstieg getragen wurde, der

den Marktwert des Vermögens der Briten erhöhte. Die Aus-rüstungsinvestitionen zogen demgegenüber erst im zweiten Halbjahr an. Trotz des weltwirtschaftlichen Aufschwungs und der keineswegs starken Aufwertung des Pfund Sterling ver-harrte die Ausfuhr auf dem Niveau von 2003, während die Einfuhr mäßig zunahm. Die Verbraucherpreise (HVPI) stie-gen um 1,4% im Jahresdurchschnitt; das war deutlich we-niger als das Inflationsziel der Bank of England.

Mit dem Ziel, die Überhitzungserscheinungen am Immo-bilienmarkt zu bekämpfen, begann die Bank of England im Herbst 2003 die geldpolitischen Zügel – zuletzt sogar be-schleunigt – zu straffen. Seither hat sie ihren Leitzins in vier Schritten um einen Prozentpunkt auf 4,5% heraufgesetzt. Bisher ist von der beabsichtigten Dämpfung der kräftigen Expansion des privaten Konsums sowie der starken Infla-tion bei Wohnimmobilien (+ ca. 20% gegenüber dem Vor-jahr) nichts zu spüren, und die Auslastung der Kapazitäten nimmt weiter zu. Daher ist eine Verschärfung des restrikti-ven Kurses zumindest bis Ende 2004 zu erwarten. 2005 werden die retardierenden Wirkungen auf die Konjunktur zu-nehmend spürbar. Mit wachsendem Zinsgefälle gegenüber dem Euroraum und den USA wertet zudem das Pfund Ster-ling auf. Demgegenüber bleiben Lohn- und Finanzpolitik ex-pansiv, wenn auch mit abnehmender Intensität. Das Finan-zierungsdefizit der öffentlichen Hand dürfte in diesem wie im nächsten Jahr bei 3% des BIP liegen.

Diese Wirtschaftspolitik, begleitet von einer allmählichen Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums birgt die Gefahr eines abrupten konjunkturellen Abschwungs. Wahrscheinlicher erscheint jedoch die Prognose einer erst

ansatzweisen Konjunkturabkühlung im weiteren Verlauf von 2004, die sich leicht verstärkt im Jahr 2005 fortsetzt. An-gelpunkt wird der private Konsum sein. Zwar bleibt die Be-schäftigung noch längere Zeit hoch, und die Reallöhne neh-men nur allmählich verlangsamt zu. Erhöhte Zinsbelastung und langsamer bzw. nicht mehr steigende Hauspreise en-gen den Spielraum zur Aufnahme von Hypotheken immer mehr ein. Und da diese zum überwiegenden Teil zu kon-sumtiven Zwecken aufgenommen werden, schwächt sich die Konsumkonjunktur ab. Gleiches gilt für den Woh-nungsbau. Die Unternehmensinvestitionen neigen nach kur-zer Erholung ebenfalls zur Schwäche, da sich die Finan-zierung verteuert und die Gewinnmargen infolge lebhaften Wettbewerbs sowie rasch steigender Lohnkosten weiter sinken. Der Export verliert bei verschlechterter preislicher Wettbewerbsfähigkeit und schwächerer weltwirtschaftlicher Dynamik ebenfalls an Schwung. Einzig der öffentliche Ver-brauch lässt im Zuge der Bemühungen um Leistungs-verbesserungen im öffentlichen Dienst eine stärkere Zunah-me erwarten. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2004 um 3 1/4% und im Jahr 2005 um 2 1/2% wachsen, wo-bei die Teuerung etwas nachlässt (HVPI: + 1,9% im Jahr 2005).

Deutschland: Konjunktur gewinnt allmählich an Dynamik

Die deutsche Konjunktur zeigt sich zur Jahresmitte 2004 im-mer noch nicht durchgreifend gefestigt. Zwar ist die gesamt-wirtschaftliche Produktion seit der zweiten Jahreshälfte 2003 wieder aufwärts gerichtet, die Lage auf dem Arbeitsmarkt ver-schlechterte sich dabei aber weiterhin. Nach wie vor ist in Deutschland das Trendwachstum – im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EWU – relativ niedrig. Maßgeblich hierfür ist, dass dringend erforderliche Arbeitsmarkt- und Sozialre-formen bisher noch nicht oder nicht in ausreichendem Maße angepackt worden sind.¹ Zudem belastet die ökonomisch misslungene Wiedervereinigung; Jahr für Jahr fließen um-fangreiche Finanztransfers von West- nach Ostdeutschland, die den Spielraum für weitreichende Steuer- und Abgaben-senkungen begrenzen. Schließlich ist es anderen EWU-Mit-gliedstaaten gelungen, im Gefolge der Konvergenz der Zin-sen (auf das niedrige deutsche Niveau) seit 1995 in großem Maße Kapital zu attrahieren, was das Wirtschaftswachstum dieser Länder zu Lasten Deutschlands befördert hat.

Kurzfristige Hoffnungen auf ein rasches Mehr an konjunk-tureller Dynamik werden zurzeit durch den Höhenflug der Rohstoffpreise, und hier insbesondere der Rohölpreise ge-dämpft: Zwar hat die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar den Ölpreisanstieg in heimischer Währung bis-

Tab. 1
Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2002	2003	2004 (s)	2005 (s)
Industrielländer				
USA	2,2	3,1	4,7	3,4
Japan	-0,3	2,5	4,5	2,6
Euroraum	0,9	0,4	1,8	2,2
Schwellenländer				
EU-Beitrittsländer	2,2	3,1	4,3	4,2
Ostasien ¹⁾	6,1	6,4	8,1	7,6
Lateinamerika ²⁾	-1,2	1,8	3,8	3,7

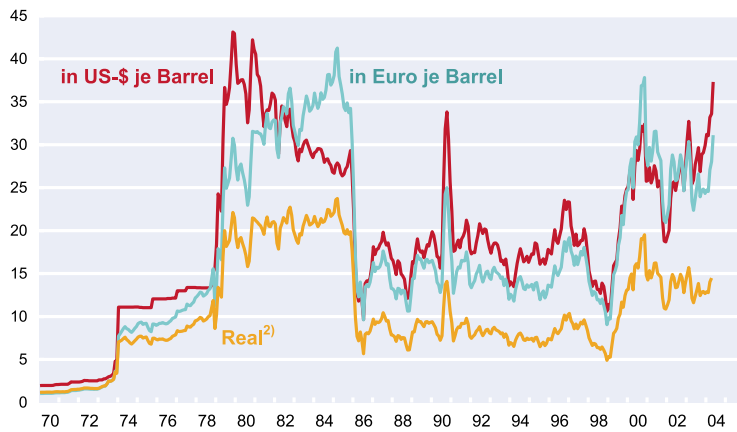
s) Schätzungen des ifo Instituts. – ¹⁾ Gewichteter Durch-schnitt aus: China, Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen. – ²⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Venezu-ela, Chile; jeweils mit dem Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2002 in US-Dollar.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf der Grundlage von Ursprungsdaten nationaler Institutionen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds; 2004 und 2005 Berech-nungen und Schätzungen des ifo Instituts.

¹ Vgl. Hans-Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten? Econ-Verlag, Mün-chen 2003.

Abb. 7

Nominaler und realer Rohölpreis¹⁾
in US-\$ bzw. in Euro je Barrel



1) Durchschnitt aus Brent, Dubai und WTI.- 2) Rohölpreis in Euro deflationiert mit dem Preisindex deutscher Exporte (1973 = 100); ab 1991 einschließlich neue Bundesländer und Berlin-Ost.

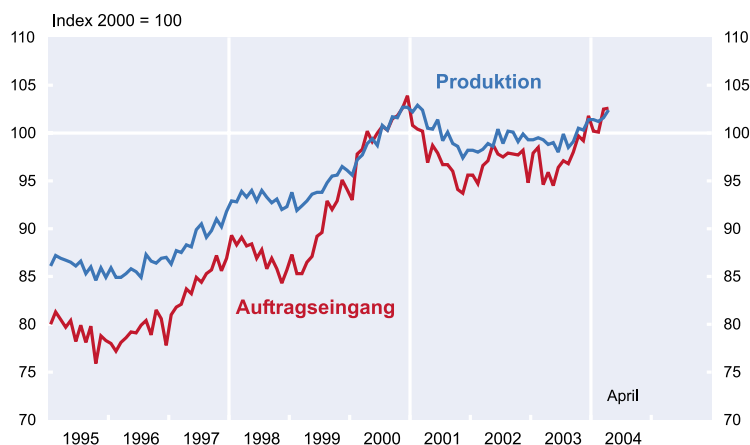
Quelle: HWWA, Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

her abzuschwächen vermocht (vgl. Abb. 7), gleichwohl muss derzeit ein größerer Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion als noch im letzten Jahr für die Ölrechnung² aufgewendet werden, was für sich genommen die Binnennachfrage dämpft.

Ein neuerlicher Einbruch der Konjunktur im Folge des Ölpreisanstiegs ist jedoch deshalb nicht zu befürchten, weil dieser Anstieg, wie schon erwähnt, im Wesentlichen das Ergebnis des weltweiten Konjunkturaufschwungs ist. Er hat also primär den Charakter eines negativen konjunkturellen Sekundäreffektes, der den Primäreffekt grundsätzlich nicht kompensieren kann. Solange davon ausgegangen werden kann, dass die weltweite Konjunktur trotz des Ölpreisanstiegs anzieht, bleibt netto ein positiver Effekt des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs für die deutsche Volkswirtschaft

Abb. 8

Auftragseingang und Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigte Werte)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

erhalten. Das gilt umso mehr, als die Ölabhängigkeit der deutschen Wirtschaft heute deutlich geringer als die vieler anderer Länder und jedenfalls auch deutlich geringer als bei den beiden historischen Ölpreisschocks der Jahre 1973/74 bzw. 1979/80 ist, die schwere Rezessionen mit entsprechend großen Beschäftigungsverlusten ausgelöst hatten. Auch fällt der gegenwärtige Anstieg der Ölpreise in realer Rechnung weit schwächer aus als damals. Schließlich sind die Ölpreise nach dem jüngsten Beschluss der OPEC-Mitgliedstaaten, die Fördermengen auszuweiten, bereits wieder merklich gesunken.

Produktion und Auftragseingang sind denn auch von der Grundtendenz weiter aufwärts gerichtet (vgl. Abb. 8). Insbesondere der Bestelleingang aus dem Ausland läuft recht gut.

So meldete der VDMA im April 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat immerhin 19% mehr Auslandsaufträge im deutschen Maschinen- und Anlagenbau. Auch die Industrieproduktion konnte ein merkliches Plus verbuchen; sie zog im April saisonbereinigt gegenüber März mit 2,2% deutlich an. Im etwas weniger volatilen Zweimonatsvergleich (März und April gegenüber Januar und Februar) nahm die Produktion um 0,6% zu, wobei die Produktion von Investitionsgütern mit 2,3% am stärksten stieg, während sich die Fertigung von Vorleistungs- und Konsumgütern um 0,5 bzw. 0,3% leicht abschwächte. Im Bauhauptgewerbe fiel dagegen die Produktion im Zweimonatsvergleich saisonbereinigt um - 9,1% zurück. Leicht verbessern konnten sich zuletzt die Umsätze im Einzelhandel; diese stiegen preis- und saisonbereinigt im Zweimonatsvergleich um 0,6%.

Nach den neusten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich die Geschäftslage der Industrieunternehmen³ im Mai weiter verbessert, allerdings haben sich die Geschäftserwartungen der befragten Unternehmen zum vierten Mal in Folge etwas eingetrübt (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen). Die Produktionspläne sahen Steigerungen vor, wenn auch weniger kräftig als zuvor. Die Perspektiven für das Exportgeschäft waren weiter aussichtsreich.

Insgesamt ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nach Schät-

² Im Mai 2004 mussten die inländischen privaten Haushalte z.B. für leichtes Heizöl 19,2% und für Kraftstoff 11,6% mehr bezahlen als vor einem Jahr.

³ Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel.

Kasten
Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

Das ifo Geschäftsklima¹ ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate«. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem 4-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Konjunktur-Uhr«). Auf der Abszisse der Konjunktur-Uhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen »gut« bzw. »schlecht«) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen »günstiger« bzw. »ungünstiger«). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 9).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

¹ Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = \frac{[(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200}{2}$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

zungen des ifo Instituts um 1,6% gestiegen; das konjunkturelle Wachstumstempo im zweiten Quartal dürfte wohl aufgrund der höheren Ölpreise etwas geringer als im ersten Quartal gewesen sein. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1,7% betragen (vgl. Abb. 10). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass rund 0,5 Prozentpunkte der Mehrproduktion auf die ungewöhnlich große Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind.⁴ Die

konjunkturelle Grundtendenz wird deshalb zuverlässiger von der Veränderung der kalenderbereinigten Produktion wiedergegeben, die mit nur 1,2% zu veranschlagen ist. Im nächsten Jahr dürfte die kalenderbereinigte Produktion sogar etwas stärker, nämlich um 1,9% steigen. Da aber dann die Zahl der Kalendertage wieder geringer ist, wird sich dem Ursprungswert nach das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% erhöhen.

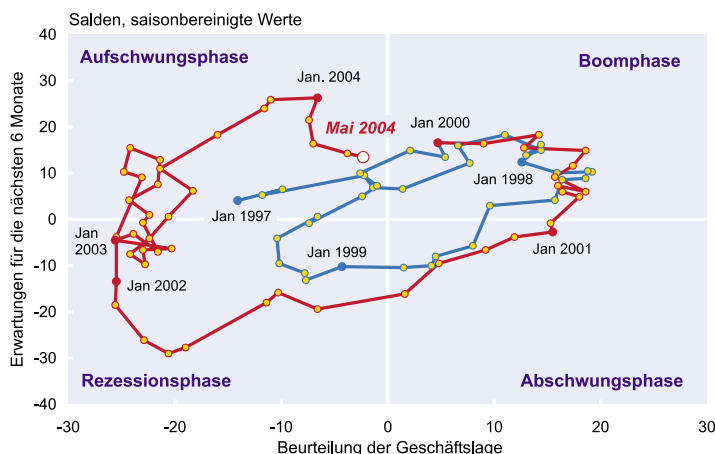
Die Exporte dürften im Prognosezeitraum aufgrund des günstigen internationalen Umfelds die wichtigste Stütze der Konjunktur bleiben. Die Binnennachfrage wird dagegen erst allmählich kräftiger. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt dabei außerordentlich prekär. Zu einem – wenn auch nur schwachen – Beschäftigungsaufbau kommt es erst im nächsten Jahr; die Zahl der Arbeitslosen wird weiter hoch sein. Die Inflationsrate dürfte trotz des jüngsten Ölpreischubs im Durchschnitt des Prognosezeitraums unter der 2-Prozentmarke liegen.

Die Prognose wird nach unten hin zu revidieren sein, wenn es zu massiven Terrorattacken bis hin zu einer Beeinträchtigung der bisher weitgehend reibungslosen Ölversorgung kommt. Selbst vorübergehende Ausfälle (etwa durch Anschläge auf Pipelines oder Verladestationen) könnten rasch erhebliche Ölpreissteigerungen nach sich ziehen, was die hier prognostizierte konjunkturelle Belebung dämpfen würde.

Exporte im Aufwind der Weltkonjunktur

Die Ausfuhr expandierte zu Beginn dieses Jahres außerordentlich stark. Saison- und kalenderbereinigt nahmen die realen Exporte gegenüber dem Vorquartal um 4,6% zu, annualisiert sind das fast 20%. Ausschlaggebend dafür war das verbesserte außenwirtschaftliche Umfeld im Zuge der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den USA und in Südostasien. Auch der Handel mit Ländern der europäischen Union belebte sich seit Mitte des letzten Jahres merklich. Die Exporterwartungen der deutschen Industrie verharren seit Jahresbeginn auf hohem Niveau und zeigen keine Ab-

Abb. 9
ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



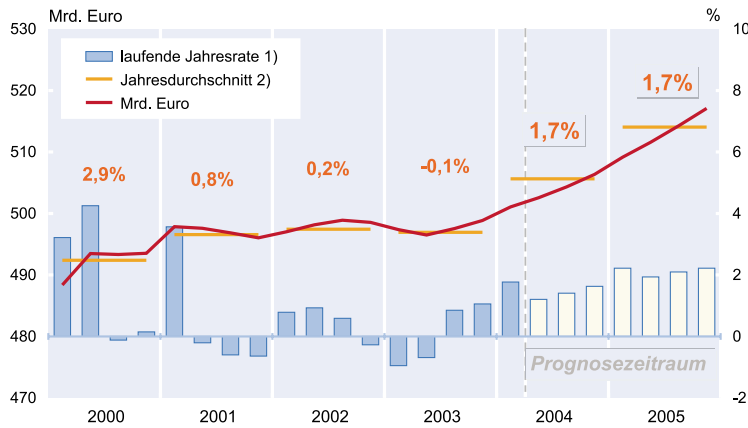
1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel: Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Deutschland.

⁴ Das Jahr 2004 weist eine besondere Kalenderkonstellation auf. So fallen vier mindestens regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag, hinzu kommt der Schalltag. Dies hat zur Folge, dass 1 1/2% mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen als 2003. Nach dem hier verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der größeren Zahl von Arbeitstagen ein positiver Impuls auf das reale Bruttoinlandsprodukt – über ein volles Jahr gerechnet – von 0,5 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des realen BIP kann der kalendarische Einfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).

Abb. 10

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

schwächung der Exportkonjunktur für die kommenden Monate an. Im Prognosezeitraum wird die deutsche Ausfuhr an der Ausweitung des Welthandels weiterhin merklich partizipieren, wobei sie auch von der besseren Konjunktur im Euroraum profitiert. Die vergleichsweise geringen Preissteigerungen in Deutschland werden zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure leicht verbessern. Im Jahresdurchschnitt werden die Exporte 2004 voraussichtlich um 7,9% und 2005 um etwa 5,1% zunehmen (vgl. Abb. 11).

Auch die Nachfrage nach Importen stieg zu Jahresbeginn an. Die reale Einfuhr nahm saison- und kalenderbereinigt um 2,9% gegenüber dem Vorquartal zu, blieb damit aber deutlich hinter der Entwicklung der Ausfuhr zurück. Im Prognosezeitraum werden die Importe deutlich an Fahrt gewinnen. So wird zum einen die Vorleistungseinfuhr der deutschen Exportgüterproduzenten bei hoher Weltnachfrage ausgedehnt, zum anderen wird eine Belebung der inländischen Investitionstätigkeit die Nachfrage nach ausländischen Kapitalgütern erhöhen. Bremsende Impulse dagegen gehen von höheren Rohstoffnotierungen und Güterpreisen aus, die nicht mehr durch eine weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar kompensiert werden. Die realen Importe werden im laufenden Jahr mit einer durchschnittlichen Rate von 7,0% zunehmen. Für 2005 wird mit einer durchschnittlichen Jahresrate von etwa 6,0% gerechnet (vgl. Abb. 12).

Die Importpreise ziehen im Zuge der weltweiten konjunkturellen Belebung und bei im langfristigen Vergleich relativ hohen Rohstoffnotierungen im Prognosezeitraum merklich an. Auch die deutschen Exporteure werden allmählich wieder Preiserhöhungsspielräume nutzen, um ihre durch die vorangegangene Wechselkursentwicklung gedrückten Gewinnmargen zu verbessern. Für das laufende Jahr wird aufgrund von noch dämpfenden Wechselkurseffekten im 1. Quartal und einem beträchtlichen statistischen Unterhang bei den Importpreisen mit einer leichten Verbesserung der Terms of Trade gerechnet, während 2005 keine Verbesserung mehr eintreten wird (vgl. Tab. 3).

Tab. 2
Eckdaten der Prognose
für die Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003	2004 (1)	2005 (1)
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}			
Private Konsumausgaben	-1,0	-0,1	0,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	0,9	-0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-6,7	-2,0	1,8	1,7
Ausrüstungen und sonstige				
Anlagen	-7,6	-0,4	3,4	3,7
Bauten	-5,8	-3,4	0,5	-0,1
Inländische Verwendung	-1,6	0,4	1,1	1,8
Exporte	3,4	1,8	7,9	5,1
Importe	-1,7	3,4	7,0	6,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,2	-0,1	1,7	1,7
Erwerbstätige ^{b)} (1 000 Personen)	38671	38246	38101	38159
Arbeitslose (1 000 Personen)	4061	4377	4368	4382
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9,5	10,3	10,3	10,3
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	1,1	1,6	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)}				
– in Mrd. EUR	-74,3	-82,1	-79,4	-75,2
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,5	-3,9	-3,6	-3,4
Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro) ^{f)}	-63,3	-63,9	-65,4	-67,0
Zinslasten des Staates (in Mrd. Euro) ^{g)}	65,2	66,2	68,4	71,8
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,4	1,8	2,2
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{h)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,1	2,1	1,9

1) Prognose des ifo Instituts. – ^{a)} In Preisen von 1995. – ^{b)} Inlandskonzept. – ^{c)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ^{d)} Verbraucherpreisindex (VPI). – ^{e)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – ^{f)} Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. – ^{g)} Geleistete Vermögenseinkommen. – ^{h)} HVPI-EWU (1996=100).

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Kasten
Annahmen der Prognose

- Der Welthandel expandiert im laufenden Jahr um $9\frac{3}{4}\%$ und im Jahr 2005 um 8%.
- Der Ölpreis liegt im Jahresdurchschnitt 2004 bei 34 US-Dollar, im Jahr 2005 beträgt er 32 US-Dollar pro Barrel.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bewegt sich im Prognosezeitraum in einer Spanne zwischen 1,15 und 1,25.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt die Leitzinsen bis Ende 2005 auf dem gegenwärtigen Niveau. Die Kapitalmarktzinsen ziehen im Laufe des Prognosezeitraums wieder etwas an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis im laufenden Jahr um 2% und im kommenden Jahr um $2\frac{1}{4}\%$.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet.

Kasten
Zur EU-Osterweiterung

Am 1. Mai wurde die Europäische Union auf 25 Länder erweitert. Neben den acht mittel- und osteuropäischen Ländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien traten auch die beiden Mittelmehländer Malta und Zypern bei. Dies war ein bedeutender Schritt, der die politische und wirtschaftliche Integration Europas weiter vorantreiben wird.

Der Beitritt für sich genommen hat aber für die *konjunkturelle* Entwicklung in Deutschland im Prognosezeitraum eine geringe Bedeutung. Die Liberalisierung des Güterhandels war bereits vor dem Beitritt mit Ausnahme von Agrargütern weitestgehend abgeschlossen. Schon in den neunziger Jahren hat sich die Außenhandelsverflechtung stark intensiviert. Ein *strukturelles* Problem für die deutsche Wirtschaft ist vor allem die Lohnkonkurrenz durch die mittel- und osteuropäischen Reformländer. Das dortige Lohnniveau wird noch lange Zeit weit unter dem deutschen liegen, während der Abstand der Produktivität zwischen Deutschland und den exportorientierten Unternehmen in den östlichen Nachbarländern wesentlich geringer ist. Dies erfordert hier einen Strukturwandel, der aber nur gelingen kann, wenn Lohnniveau und -struktur hinreichend flexibel sind. Aufgrund institutioneller Regelungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist dies aber heute noch nicht in ausreichendem Maße der Fall. Gesamtwirtschaftlich zeigt sich dies in der äußerst schwachen Verfassung des Arbeitsmarktes und der geringen Trendwachstumsrate der deutschen Wertschöpfung. Daher werden Arbeitsplatzverluste (z.B. durch Outsourcing) wegen der Konkurrenz aus Osteuropa nicht durch neue Arbeitsplätze kompensiert.

In den vergangenen Jahren hatten die Beitrittsländer ein Leistungsbilanzdefizit, das mit den Nettokapitalimporten korrespondierte. Durch den EU-Beitritt verbessern sich trotz der bereits weitgehend existierenden Liberalisierungen auf dem Kapitalmarkt tendenziell die Rahmenbedingungen für den Zufluss an Kapital. Insbesondere ist zu erwarten, dass die Risikoprämien für die Finanzierung von Investitionen deutlich sinken, wenn der Fahrplan für die Einführung des Euro in diesen Ländern festliegt. Die Inanspruchnahme von Mitteln aus den Strukturfonds der EU wird ebenfalls zu einem Anstieg der Direktinvestitionen in Osteuropa führen.

Moderates Wachstum der Ausrüstungs-investitionen

Der Trend bei den Investitionen in Ausrüstungsgüter hat sich im Verlaufe des letzten Jahres stabilisiert. In diesem und im kommenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen wieder zunehmen. Darauf deutet die Zunahme der Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten hin. Positiv wirken sich dabei die im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung besser werdenden Absatz- und Ertragerwartungen aus. Die Finanzierungsbedingungen dürften weiterhin günstig bleiben. Die Kreditzinsen sind im langfristigen Vergleich relativ niedrig, und mit der Festigung der

Aktienkurse hat sich auch die Mittelbeschaffung über den Kapitalmarkt verbessert. Andererseits gehen dämpfende Einflüsse von der vor allem bei mittelständischen Betrieben häufig zu geringen Eigenkapitalquote aus, die die Kreditaufnahme erschwert. Auch ist die Kapazitätsauslastung gegenwärtig noch niedrig, und das für dieses und das nächste Jahr erwartete moderate Wirtschaftswachstum dürfte die Auslastung nur maßvoll erhöhen. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, dass die Investitionstätigkeit im Verlaufe des Prognosezeitraums weiter an Schwung gewinnen wird. In diesem und im nächsten Jahr werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen real um jeweils um rund $3\frac{1}{2}\%$ wachsen (vgl. Abb. 13).

Vorübergehende Stabilisierung der Bauinvestitionen

Die Talfahrt der Bauinvestitionen kam im Verlauf des vergangenen Jahres zum Stillstand. Ausschlaggebend waren vorgezogene Bauaktivitäten privater Haushalte im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage, einzelne Großprojekte im gewerblichen Bau und noch von der Flutkatastrophe 2002 ausgelöste Aufbaubarbeiten im Infrastrukturbereich.

Der Wohnungsbau dürfte auch im Prognosezeitraum von vorgezogenen Investitionen profitieren. In den Vorjahren hatten private Haushalte vorsorglich Baugenehmigungen beantragt, um den Anspruch auf Eigenheimzulage nach altem Recht zu sichern. Nunmehr werden diese Bauvorhaben verstärkt realisiert. Dämpfende Wirkungen auf die Wohnungsbautätigkeit gehen aber nach wie vor von der nur geringen Zunahme der real verfügbaren Einkommen aus. Im Mietwohnungsbau setzt sich der Rückgang fort, da das Überangebot an Wohnraum in regionalen Teilmärkten

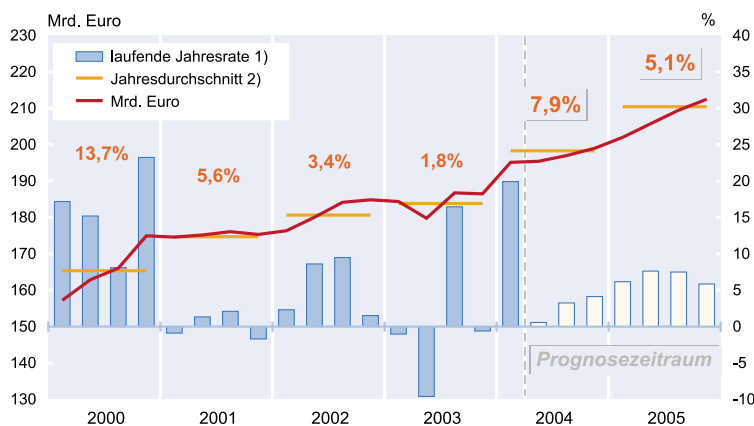
sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiterhin groß ist. Im Verlauf des nächsten Jahres schwächen sich die Sondereffekte ab. Die Wohnungsbauinvestitionen werden in diesem Jahr um real 2% zunehmen, im nächsten Jahr noch um 1% (vgl. Tab. 4).

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden trotz der konjunkturellen Erholung noch weiter sinken. Hierauf weisen die rückläufigen Baugenehmigungen hin. Maßgeblich dafür sind die vielerorts immer noch beträchtlichen Leerstände. Für dieses Jahr ist im Wirtschaftsbau mit einem Rückgang um real gut 1% zu rechnen, für das nächste Jahr mit 2% Rückgang.

Abb. 11

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

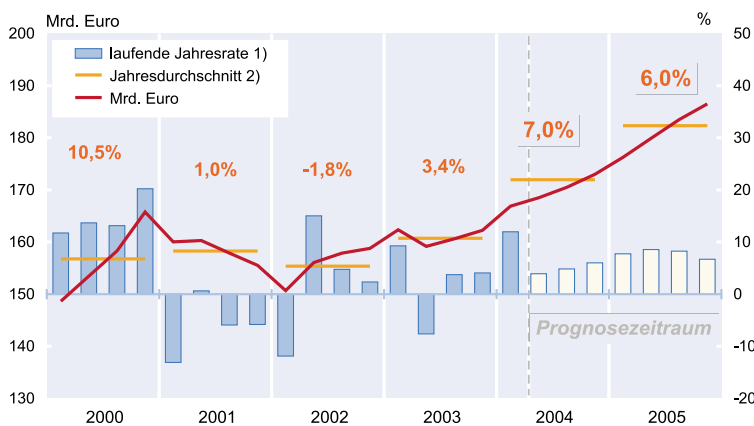
Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum erneut zurückgehen, allerdings deutlich langsamer als in den Jahren zuvor. Die Kommunen, Hauptinvestor der öffentlichen Hand, werden sich wegen der ab 2004 gesenkten Gewerbesteuerumlage finanziell zwar etwas besser stehen, jedoch bleibt ihre Haushaltslage angespannt. Für den gesamten öffentlichen Bau ist für dieses Jahr mit einem Rückgang um real um reichlich 2% zu rechnen, für das nächste Jahr mit etwa 1% Rückgang.

Alles in allem werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr real um 0,5% steigen, im nächsten Jahr werden sie das erreichte Niveau in etwa halten (vgl. Abb. 14).

Abb. 12

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Privater Konsum belebt sich nur allmählich

Der private Konsum hat im Verlauf des ersten Halbjahrs 2004 nur wenig zugenommen. Im Durchschnitt dürfte das Vorjahresniveau gerade erreicht worden sein. Zwar trat zu Jahresanfang eine neue Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Der Eingangsteuersatz sank um 3,9 Prozentpunkte, der Spitzensteuersatz um 3,5 Prozentpunkte; allerdings wurde der Beginn der oberen Proportionalzone des Steuertarifs auf 52 152 € abgesenkt (vgl. Tab. 5). Dämpfend wirkte aber die Gesundheitsreform, in deren Gefolge für private Haushalte die Preise von Gesundheitsdienstleistungen kräftig stiegen. Da der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversi-

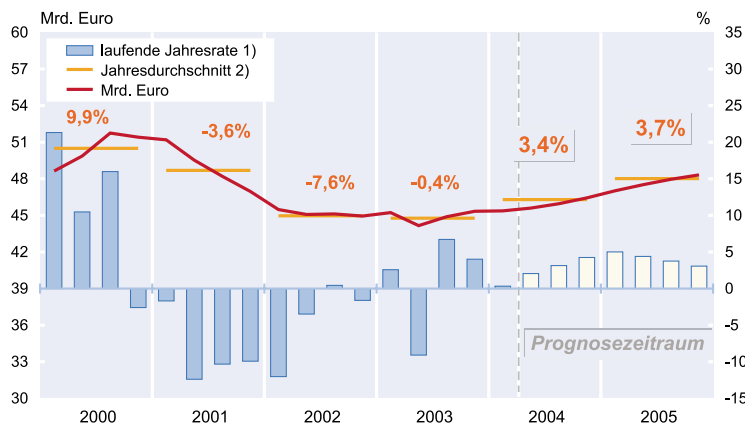
Tab. 3
Indikatoren zur Außenwirtschaft¹

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Exporte, real ²	13,7	5,6	3,4	1,8	7,9	5,1
Importe, real ²	10,5	0,9	-1,7	3,4	7,0	6,0
Preise						
Exporte	2,9	1,0	0,2	-0,7	-0,3	1,0
Importe	7,6	1,0	-1,7	-2,0	-0,7	1,9
Terms of Trade	-4,4	0,0	1,9	1,3	0,4	-0,8
	in Mrd. Euro					
nachrichtlich:						
Außenbeitrag, real ²	34,8	66,8	101,1	92,5	105,8	104,7
Außenbeitrag, nominal	7,5	41,2	90,7	89,2	105,3	98,3

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – ²⁾ In Preisen von 1995.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; 2004 und 2005: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 13
Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

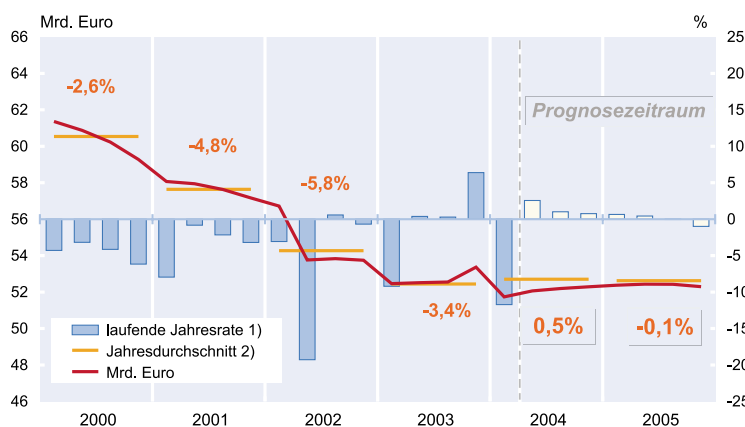
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Tab. 4
Bruttoinvestitionen in Preisen von 1995
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2003	2004	2005
Wohnungsbau	-2,7	2,0	1,0
Nichtwohnungsbau	-4,3	-1,5	-1,8
Gewerblicher Bau	-2,9	-1,2	-2,2
Öffentlicher Bau	-7,6	-2,3	-1,0
Bauten	-3,4	0,5	-0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,4	3,4	3,7
Ausrüstungen	-0,8	3,3	3,4
Sonstige Anlagen	1,8	3,6	5,7
Bruttoanlageinvestitionen	-2,0	1,8	1,7
Bruttoinvestitionen	1,1	4,3	4,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2004 und 2005: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 14
Reale Bauinvestitionen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

cherung (GKV) bisher nur wenig sank, kam es per saldo zu einer merklich Einbuße an Kaufkraft. Zusätzlich bremsten höhere Arbeitnehmersozialbeiträge zur privaten Altersvorsorge (Verdoppelung des Eigenbeitragsatzes zu Altersvorsorgeplänen im Rahmen der Riesterrente, verstärkte Entgeltumwandlung). Außerdem schlug ab April die volle Übernahme der Beiträge zur Pflegeversicherung durch die Rentner⁵ kaufkraftmindernd zu Buche. Schließlich stieg die Sparquote leicht.

Im weiteren Jahresverlauf wird sich der private Konsum nur wenig beschleunigen. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen bleibt alles in allem schwach, die turnusmäßige Anpassung der Altersrenten zur Jahresmitte wird diesmal sogar ausgesetzt. Allein die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandieren im Gefolge der konjunkturellen Besserung nennenswert. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen im Jahr 2004 nominal um 2,3% zulegen, real aber nur um 0,5%. Die Sparquote dürfte sich nur unwesentlich erhöhen. Die Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuer sprechen zwar für einen Anstieg der Sparquote, da Einkommenszuwächse nicht in voller Höhe und sofort verausgabt werden. Allerdings dämpft das allmähliche Auslaufen des Beschäftigungsabbaus das Vorsorgesparen. Zudem müssen die privaten Haushalte im Zuge der Gesundheitsreform deutlich höhere monetäre Eigenleistungen für die Gesundheitspflege erbringen. Der reale private Konsum steigt damit voraussichtlich um 0,5% (vgl. Abb. 15).

Im kommenden Jahr werden die Bruttoarbeitseinkommen bei steigender Beschäftigung wieder stärker expandieren. Die Nettoeinkünfte dürften allerdings verlangsamt zunehmen. Zwar wird nochmals die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt (der Eingangsteuersatz wird um 1 Prozentpunkt zurückgenommen, der Spitzensteuersatz sogar um 3,0 Prozentpunkte), auch dürfte der durchschnittliche Beitragssatz zur GKV nochmals leicht reduziert werden. Allerdings sind von den privaten Haushalten Beiträge für die

⁵ Bisher wurde der Beitrag zur Pflegeversicherung je zur Hälfte von den Rentenversicherungsträgern und von den Rentenbezieherinnen getragen.

Tab. 5
Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾	2002	2003	2004	2005
Grundfreibetrag (in Euro)	6322	6681	6902	7206	7235	7235	7664	7664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	16,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	45,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	47,48	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro)	61377	61377	58643	54999	55008	55008	52152	52152
Steuerersparnis ²⁾ gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuernden Einkommen								
von 15 000 Euro	-	111	283	525	534	534	814	845
von 25 000 Euro	-	72	283	703	707	707	1100	1193
von 50 000 Euro	-	22	29	745	751	751	1524	2095
nachrichtlich:								
Sparerfreibetrag (in Euro)	3068	3068	1534	1534	1550	1550	1370	1370
Kinderfreibetrag ³⁾ (in Euro)	3534	3534	3534	3534	3648	3648	3648	3648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ³⁾ (in Euro)	-	-	1546	1546	-	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ³⁾ (in Euro)	-	-	-	-	2160	2160	2160	2160
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in Euro)	112	128	138	138	154	154	154	154

¹⁾ DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet. – ²⁾ Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags. – ³⁾ Unter Anrechnung des Kindergelds.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

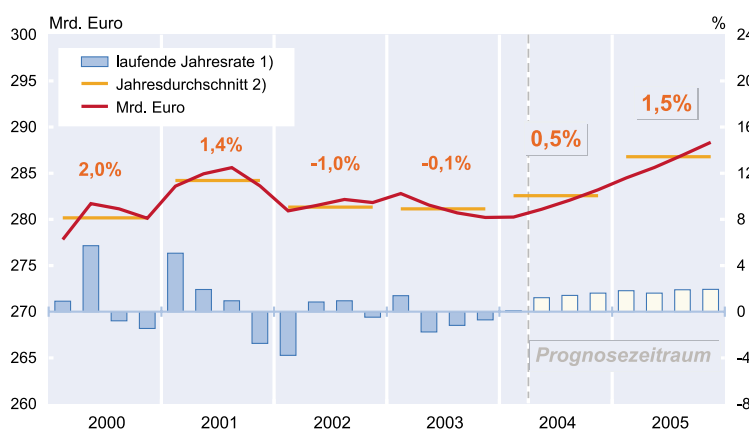
private Absicherung von Zahnersatzerleistungen⁶ aufzubringen. Ebenfalls nur mäßig werden sich die Sozialleistungen erhöhen. Die Altersrenten werden, nicht zuletzt aufgrund des neu eingeführten Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel, nur gering angehoben; außerdem werden die Lohnersatzleistungen nicht mehr weiter steigen. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen im nächsten Jahr um 3% zunehmen, real um 1,5%. Bei unverändert hoher Sparquote wird der reale private Konsum ebenfalls um 1,5%

expandieren; das Aggregat trägt damit am stärksten zum Wachstum der Binnennachfrage bei (vgl. Tab. 6).

Vorübergehend höhere Inflationsrate

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Verlauf des Jahres 2004 beschleunigt. Am Jahresanfang wurden im Rahmen der Gesundheitsreform Praxisgebühren für Arztbesuche eingeführt, Zuzahlungen für Medikamente bzw. therapeutische Mittel erhöht und die bisherigen Zuschüsse der Krankenkassen für Brillengläser gestrichen. Im März wurde überdies die Tabaksteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöht. Im April führte die Neuregelung der Kostenübernahme für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel durch die gesetzlichen Krankenkassen nochmals zu einer starken Ver-

Abb. 15
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

⁶ Ab dem Jahr 2005 wird im Zuge der Gesundheitsreform der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der GKV ausgegliedert. Hier wird angenommen, dass die hieraus resultierenden Risiken überwiegend über eine zusätzliche Versicherung innerhalb der GKV abgedeckt werden. Die entsprechenden Versicherungsprämien werden in der VGR als Sozialabgaben gebucht. Werden hingegen Verträge mit privaten Krankenkassen geschlossen, so würde dies den Verbraucherpreisindex erhöhen.

Tab. 6
Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt
in Preisen von 1995

	2003			2004			2005		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten									
Private Konsumausgaben	0,2	-0,3	0,0	0,0	0,6	0,3	0,8	0,9	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,2	0,2	0,0	-0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	-0,7	-0,1	-0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,3
Ausrüstungen,sonstige Anlagen	-0,1	0,0	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bauten	-0,6	-0,2	-0,4	0,1	0,0	0,1	0,1	-0,1	0,0
Vorratsveränderung	0,9	0,3	0,6	0,2	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Inländische Verwendung	0,5	0,2	0,3	0,6	1,6	1,1	1,8	1,6	1,7
Außenbeitrag	-0,7	-0,2	-0,4	1,0	0,3	0,7	-0,2	0,1	-0,1
Exporte	0,7	0,6	0,6	3,1	2,8	2,9	1,9	2,0	2,0
Importe	-1,4	-0,7	-1,1	-2,1	-2,5	-2,3	-2,1	-2,0	-2,1
Bruttoinlandsprodukt (a)	-0,2	0,0	-0,1	1,6	1,9	1,7	1,6	1,7	1,7

s) Prognose des ifo Instituts. – ^{a)} Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Tab. 7
Verbraucherpreisindex für Deutschland^{a)}

	Wägungs-Schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Kerninflation^{b)}	744,98	0,9	0,5	0,8	1,4	1,4	0,7	0,9
Übrige Lebenshaltung	255,02	1,1	0,8	3,5	3,7	1,2	2,1	5,3
davon:								
Saisonabh. Nahrungsmittel	16,26	2,1	-0,7	-0,9	7,9	-0,8	-1,3	-1,6
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	51,01	-5,7	6,5	22,8	3,6	-1,0	4,6	10,2
Heizöl	7,90	-17,0	19,5	53,6	-5,9	-9,1	3,8	19,2
Kraftstoffe	33,70	-5,2	7,0	18,9	1,0	2,3	4,6	11,6
Gas	9,41	0,2	-2,1	16,3	21,2	-5,6	5,1	0,8
Güter mit administrierten Preisen	187,75	2,5	-0,2	-0,4	3,3	2,0	1,8	4,6
darunter:								
Strom	18,65	0,0	3,9	-4,9	4,0	4,5	5,0	4,2
Umlagen für Fernwärme u.ä.	10,37	-2,4	-4,8	16,4	19,4	-0,9	-0,2	0,7
Telefondienstleistungen	20,96	-1,3	-11,5	-12,5	-6,9	2,1	1,1	0,0
Lebenshaltung insgesamt	1000,00	0,9	0,6	1,4	2,0	1,4	1,1	2,0
davon: ^{c)}								
Kerninflation	-	0,7	0,4	0,6	1,0	1,1	0,5	0,6
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	0,9	0,9	0,3	0,6	1,4
Saisonabh. Nahrungsmittel	-	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,2	0,3	1,0	0,2	-0,1	0,2	0,5
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,9

^{a)} Alle privaten Haushalte, 2000 = 100. – ^{b)} In der Abgrenzung des ifo Instituts. – ^{c)} Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

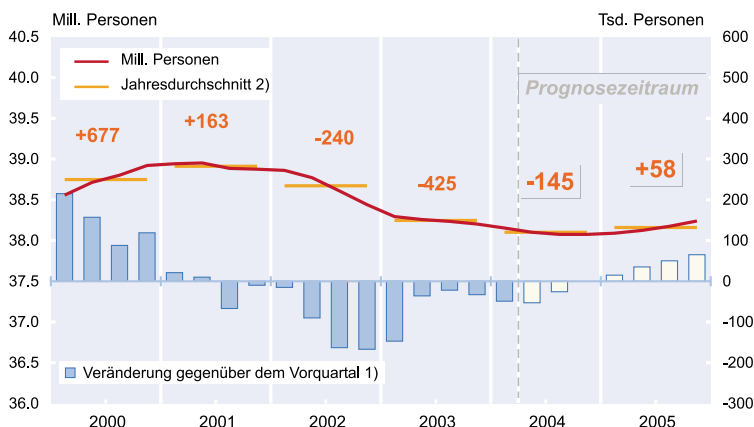
teuerung von Medikamenten, auch wurden die Preise für Verkehrsdienstleistungen angehoben. Zuletzt erhöhten sich auch die Preise für Mineralölzeugnisse sehr kräftig. Im Mai erreichte die Jahresteuersatzrate zum ersten Mal seit März 2002 wieder die 2-Prozentmarke, die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts u.a. der Einfluss der Preise für Energie und Gesundheitsleistungen herausgerechnet ist, betrug zuletzt dagegen nur 0,9% (vgl. Tab. 7).⁷

Das Preisklima wird im Prognosezeitraum zunächst angespannt bleiben. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise dürften im Herbst steigen; die Hälfte des deutschen Wohnungsbestands ist inzwischen mit Gasheizungen ausgerüstet. Auch die Umlagen für die Fernwärme dürften sich erhöhen. Zu berücksichtigen sind außerdem die indirekten Preiseffekte, die sich daraus ergeben, dass teureres Öl als Input in die heimische Produktion geht. Prognoserelevant ist weiterhin, dass im Dezember dieses Jahres und im September 2005 die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Im öffentlichen Nahverkehr drohen zudem kräftige Tarifierhebungen, weil auch in diesem Bereich staatliche Zuschüsse gekürzt werden. Alles in allem dürfte sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2004 auf 1,6% belaufen; im nächsten Jahr, wenn der gegenwärtige Ölpreisschub in der statistischen Basis enthalten ist, fällt sie auf 1,4% zurück.

Arbeitsmarkt bleibt desolat

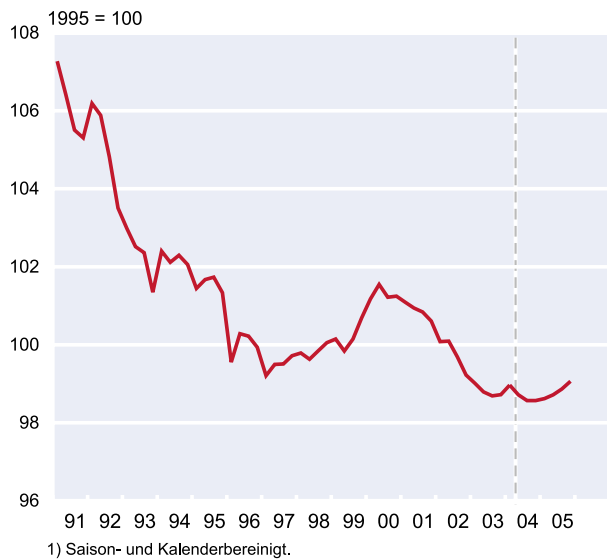
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in der ersten Jahreshälfte 2004 weiter verschlechtert. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit, der sich in der zweiten Jahreshälfte 2003 insbesondere durch die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung deutlich abgeschwächt hatte, beschleunigte

Abb. 16
Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Abb. 17
Geleistete Arbeitsstunden¹⁾ im Ausland



1) Saison- und Kalenderbereinigt.
Quelle: Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts nach amtlichen Angaben (Juni 2004).

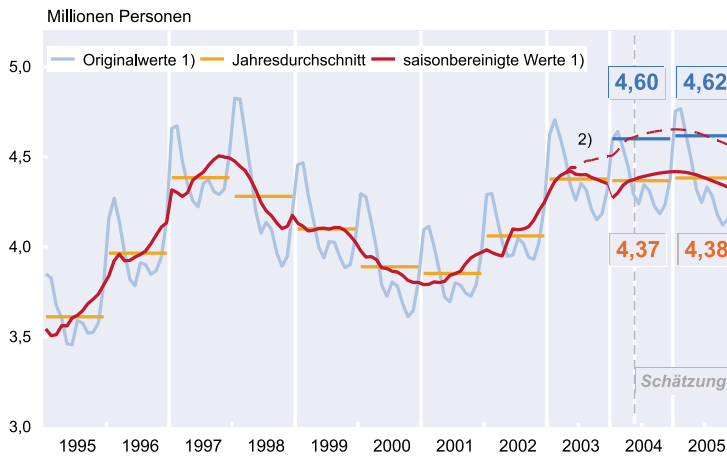
sich wieder. Noch stärker sank die Beschäftigtenzahl, vor allem in der Bauwirtschaft und in der Industrie. Dagegen nahm die Zahl der Selbständigen weiter zu, nicht zuletzt durch die vom Staat geförderte Gründung von Ich-AGs.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird zunächst noch weiter abnehmen, erst ab Ende dieses Jahres zeichnet sich eine leichte Besserung ab. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird die Erwerbstätigenzahl um 145 000 zurückgehen, im kommenden Jahr ist im Zuge der konjunkturellen Besserung mit einem leichten Anstieg um knapp 60 000 zu rechnen (vgl. Abb. 16). Das Arbeitsvolumen, das saison- und kalenderbereinigt zuletzt überraschend gestiegen war, dürfte in diesem Jahr von der Grundtendenz noch sinken. Im nächsten Jahr wird es, parallel zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit, wieder leicht zunehmen (vgl. Abb. 17).

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die seit dem vergangenen Frühjahr tendenziell gesunken war, ist ab Februar dieses Jahres wieder gestiegen, und zwar um 100 000. Der vergleichbare Stand des Vorjahres wurde zuletzt allerdings noch um 50 000 unterschritten. Maßgeblich hierfür waren verschiedene

⁷ Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Abb. 18
Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland



1) Stand am Monatsende. Ab Januar 2004 ohne Personen in geförderten Trainingsmaßnahmen.
2) Gestrichelte Linie: Arbeitslosenzahl ohne Maßnahmen zur Statistikbereinigung, Schätzung; ifo Institut.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Maßnahmen der Statistikbereinigung. Im vergangenen Jahr führten einmal die Aktivierungsanstrengungen der Bundesagentur für Arbeit dazu, dass zahlreiche Arbeitslose – insbesondere diejenigen, die keine Leistungen bezogen – aufgrund mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt oder mangelnder Eigeninitiative bei der Beschäftigungssuche aus der Statistik gestrichen wurden bzw. infolge der verschärften Anforderungen vorerst auf eine weitere Registrierung verzichteten. Außerdem wurde Anfang dieses Jahres die Arbeitslosenzahl durch die Ausgliederung von Teilnehmern an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen statistisch gesenkt. Die Zahl der Arbeitslosen, die in Folge dieser Maßnahmen aus der Statistik heraus fielen, betrug rund 150 000 bzw. rund 80 000 Personen. Ohne diese Änderungen in der statistischen Ab-

Kasten
Instrumente der Arbeitsmarktpolitik

Minijobs

Im September 2003 waren ca. 4,4 Mill. Personen *ausschließlich geringfügig beschäftigt*. Gegenüber September 2002 bedeutet dies eine Zunahme um reichlich 300 000; dabei ist allerdings ein Einmaleffekt in Höhe von rund 240 000 Personen in Rechnung zu stellen, der auf die Ausweitung der Verdienstgrenze auf 400 Euro zurückzuführen ist. Etwa 1,3 Mill. Personen gingen gleichzeitig einer *geringfügig entlohnten Beschäftigung im Nebenjob* nach. Im ersten Quartal 2004 waren – nach Angaben der Minijobzentrale – sogar insgesamt mehr als 6 Mill. geringfügig beschäftigt. Die im Vergleich zu einer regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung deutlich geringere Abgabenbelastung dürfte dazu führen, dass die Anzahl der Minijobs weiter zunimmt. Allerdings besteht die Vermutung, dass die Minijobs zu einem erheblichen Teil aus der stillen Reserve rekrutiert werden, was nicht dazu beiträgt, das Problem der hohen Arbeitslosigkeit zu lösen und damit die Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme zu reduzieren. Minijobs verdrängen im Gegenteil reguläre Beschäftigungsverhältnisse und reduzieren die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Ich-AG

Die aktive Arbeitsmarktpolitik fördert die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus. Mit Mai 2004 waren über 130 000 Ich-AGs registriert. Im Vergleich zum Vormonat wurden knapp 10 800 Selbständige mehr gefördert; der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beträgt gut 100 000. Allerdings sind seit Einführung der Maßnahme bereits ca. 22 000 Empfänger wieder aus der Förderung ausgeschieden; das entspricht 14,2% der gesamten Neugründungen. Unklar ist jedoch die weitere Erwerbsbiographie dieses Personenkreises. Die Zahl der Ich-AGs dürfte zunächst noch zunehmen, bis sich bei einer Förderungshöchstdauer von drei Jahren die Neuzugänge mit den Abgängen die Waage halten.

Personal Service Agenturen (PSA)

Bis Mai 2004 waren in PSA weniger als 26 000 Teilnehmer beschäftigt. Die Entwicklung war damit seit drei Monaten rückläufig, denn im Februar waren noch 6 700 Personen mehr gemeldet. Dies ist zum Teil auf die Insolvenz der größten Leiharbeitsfirma Maatwerk zurückzuführen, da nicht alle Arbeitskräfte, die dort beschäftigt waren, von anderen PSA übernommen worden sind. Das Instrument der Leiharbeit konnte alles in allem bisher nicht zu einer Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt beitragen, zumal von den PSA-Beschäftigten bisher nur wenige den Weg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis gefunden haben. Generell ist das Instrument als problematisch einzuschätzen, da die aus öffentlichen Mitteln finanzierten PSA den Wettbewerb zuungunsten regulärer Zeitarbeitsfirmen verzerren.

Arbeitslosengeld II (Grundsicherung für Arbeitssuchende)

Im Zuge des »Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« sollen ab Januar 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengelegt werden. Mit der Durchführung sind so genannte Job-Center beauftragt, die bis dahin flächendeckend eingeführt werden sollen. Träger dieser Job-Center sind entweder Kommunen oder die Bundesagentur für Arbeit (sog. Optionsmodell). Der Gesetzgeber will mit der Neuregelung für Arbeitslose einen Anreiz schaffen, sich verstärkt um eine Eingliederung in Arbeit zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts zu bemühen. Außerdem werden durch die Maßnahme Einsparungen bei den Sozialleistungen erwartet. Im Kern sieht die Regelung vor, dass erwerbsfähige Hilfebedürftige sich arbeitslos melden und damit dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung stehen müssen, um weiter eine Grundsicherung zu erhalten. Begleitet wird die Zusammenlegung von einer Reihe weiterer Maßnahmen. Das Gesetz sieht z.B. ein verändertes Anrechnungsverfahren eines etwaigen Hinzuverdiensts des Empfängers von Arbeitslosengeld II vor. In einem Eingangsbereich, der z.B. bei Verheirateten mit zwei Kindern von 400 Euro bis 900 Euro reicht, ist die Transferenzzugsrate von 100 auf 70% gesenkt worden, doch wurde sie bei einem monatlichen Bruttolohn von 1 750 Euro bis 2 100 Euro, wo der Transferentzug bislang schon geendet hatte, auf 100% erhöht. Dies impliziert einen Anreiz für Personen in dieser stark besetzten Einkommensklasse, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, weil sie dann netto nicht weniger verdienen. Viele werden aus einem gering bezahlten Ganztagsarbeitsverhältnis in die Teilzeitbeschäftigung umsteigen.

Die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und das Einstiegsgeld schaffen zwar den Anreiz, überhaupt einer Beschäftigung nachzugehen, doch der Anreiz, eine Vollzeitbeschäftigung im Niedriglohnssektor einzugehen, erlischt. Ein positiver Nettoeffekt auf das in Stunden gerechnete gesamte Beschäftigungsvolumen ist unwahrscheinlich.

begrenzung läge die Arbeitslosenzahl um 230 000 derzeit deutlich höher (vgl. Abb. 18).

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Prognosezeitraum zunächst weiter steigen, der Höchststand dürfte sich im Februar 2005 dem Ursprungswert nach auf knapp 4,8 Mill. belaufen. Ohne die erwähnten Maßnahmen zur Statistikbereinigung würde damit in Deutschland erstmals die 5-Millionenmarke überschritten. Danach dürfte die Arbeitslosenzahl leicht sinken; im Jahresverlauf beläuft sich der Rückgang auf knapp 100 000. In der Jahresdurchschnittsbetrachtung ergibt sich allerdings aufgrund der besonders hohen Arbeitslosigkeit zu Jahresanfang ein im Vergleich zu 2004 unveränderter Wert (knapp 4,4 Mill.). Die Arbeitslosenquote wird in beiden Jahren durchschnittlich 10,3% betragen.

Weiterhin prekäre Finanzlage der öffentlichen Haushalte

Die öffentliche Finanzlage wird weiterhin durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung geprägt. Insbesondere infolge der beschlossenen Maßnahmen zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs und der positiven Effekte der Gesundheitsreform verharren die Ausgaben im Jahr 2004 jedoch auf Vorjahresniveau. Außerdem resultiert dies aus den sinkenden staatlichen Personalausgaben aufgrund von Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte und der weiter rückläufigen Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Entscheidend aber entlasten die Einsparungen bei den Sachausgaben den Staatshaushalt. Diese ergeben sich aus der ab 1. Januar 2004 erhöhten Zuzahlungspflicht von privaten Haushalten bei Medikamenten, der zum Jahresbeginn eingeführten Gebühr für Arztbesuche sowie der Einschränkung des Leistungsumfangs der gesetzlichen Krankenkassen. Insgesamt kann für das laufende Jahr mit einem einmaligen Rückgang der Sachausgaben um 3,2% gerechnet werden. Auch die Vermögensübertragungen (wegen Kürzungen von Investitionszuschüssen an die Deutsche Bahn AG) und die Investitionsausgaben sind rückläufig. Anders sieht es bei den Zinsausgaben aus: Aufgrund des im vergangenen Jahr spürbar gestiegenen Schuldenstandes stellt sich hier ein Zuwachs von 3,3% ein. Dagegen ist beim größten Ausgabenposten – den monetären Sozialleistungen – ein geringerer Anstieg als im Jahr 2003 zu erwarten. Dies ist Folge der ausgesetzten Rentenanpassung in diesem Jahr und der seit 1. April bestehenden vollen Beitragspflicht der Rentner zur gesetzlichen Pflegeversicherung. Die somit für die Rentenversicherer entfallenden Zahlungen zur Pflegeversicherung bewirken eine Entlastung des Staatshaushalts.

Allerdings kommt der im letzten Jahr eingeleitete Abbau von Subventionen nur schleppend voran – für dieses Jahr wird ein Rückgang der Subventionen um 3,2% erwartet. So ergeben sich durch das Gesetz zur Umsetzung der Protokoll-

erklärung der Bundesregierung zum Vermittlungsverfahren zum Steuervergünstigungsabbaugesetz (»Korb II«) und das Haushaltsbegleitgesetz 2004 (beide im Dezember letzten Jahres beschlossen) gegenwärtig nur relativ geringe Einsparungen. Beispielsweise wird es dieses Jahr bei der Eigenheimzulage nochmals eine Ausweitung des Förderungsvolumens geben, da für Altfälle (d.h. für Bauvorhaben, für die bereits vor dem 31. Dezember 2003 eine Baugenehmigung vorlag) das bis dahin geltende Recht uneingeschränkt Gültigkeit hat. Erst in den kommenden Jahren ist mit deutlicheren Einspareffekten zu rechnen. Zu beachten ist außerdem, dass die Mehreinnahmen aus dem Subventionsabbau auch deshalb ungewiss sind, da eine gerichtliche Überprüfung des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 durch das Bundesverfassungsgericht ansteht. Dieses wird prüfen, ob die Subventionskürzungen im Rahmen der so genannten Koch-Steinbrück-Liste wegen formaler Mängel nichtig sind.

Die Staatseinnahmen entwickeln sich im Jahr 2004 sehr verhalten und steigen lediglich um 0,2%. Grund hierfür ist vor allem der geringe Zuwachs bei den Steuereinnahmen (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) um lediglich 0,4%. So sinkt das Lohnsteueraufkommen (VGR) infolge der Ausfälle in Höhe von rund 14 Mrd. € aufgrund des Inkrafttretens der Zweiten Stufe der Steuerreform 2001 und des Teilvorziehens der Dritten Stufe um rund 5%. Auch zeigt das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit bisher nicht die erhoffte Wirkung. So summieren sich die bisherigen (einschließlich April 2004) aus der Steueramnestie resultierenden Einnahmen des Fiskus lediglich auf 125,3 Mill. €. Auch wenn es insbesondere aufgrund des notwendigen Beratungs- sowie Planungsbedarfs und der gegenwärtigen kontrovers geführten steuerpolitischen Grundsatzdiskussion gute Gründe dafür gibt, dass bisher nur wenig Auslandskapital zurückgeflossen ist, erscheint es zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch, von den in den Haushaltsplanungen unterstellten Einnahmen aus der Steueramnestie in Höhe von 5 Mrd. € auszugehen. Daher wurden dieser Prognose lediglich Einnahmen von 1,5 Mrd. € zugrunde gelegt, was ein Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer von ca. 6 Mrd. € (nahezu + 34%) zur Folge hat.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz entwickelten sich im bisherigen Jahresverlauf uneinheitlich. Dennoch ist davon auszugehen, dass das Aufkommen in diesem Jahr erstmals seit dem Jahr 2000 wieder etwas steigen wird (+ 1%). Auch die Änderung bei der Tabaksteuer und der Gewerbesteuer tragen zu einer Aufkommenssteigerung der Steuereinnahmen des Staates bei. Außerdem kommt es erneut zu einer immensen Steigerung des Körperschaftsteueraufkommens (rund 54%).

Demgegenüber werden die Sozialbeiträge insbesondere infolge der verhaltenen Einkommens- und Beschäftigungs-

wirkung nur wenig zunehmen (+ 1%). Verantwortlich hierfür sind sowohl eine geringe Zunahme der Rentenversicherungsbeiträge als auch gegenläufige Entwicklungen bezüglich der Einnahmeentwicklung bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Einerseits steigen diese, da Rentner infolge des zum 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz) auf Betriebsrenten und andere Versorgungsbezüge den vollen Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung entrichten müssen. Andererseits führen die voraussichtlichen Senkungen des Krankenkassenbeitragssatzes zu Einnahmeausfällen.

Für die übrigen Einnahmen des Staates ergibt sich ein deutlicher Rückgang. Dies liegt vor allem daran, dass die Bundesbank sowohl infolge von Wertberichtigungen auf Dollar-Positionen aufgrund der im vergangenen Jahr erfolgten Dollarabwertung als auch dem niedrigen Zinseinnahmen lediglich einen Gewinn von 248 Mill. € an den Bund abführt.

Alles in allem wird das Staatsdefizit im laufenden Jahr voraussichtlich rund 79 Mrd. € betragen, was 3,6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht (vgl. Abb. 19). Die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages wird zum dritten Mal in Folge überschritten. Auch die im deutschen Stabilitätsprogramm in der aktualisierten Fassung vom Januar 2004 veranschlagte Defizitquote von 3¹/₄% wird deutlich übertroffen. Die gegenüber der EU-Kommission gemachte Zusage, die Defizitquote um 0,6 Prozentpunkte zurückzuführen, wird ebenfalls nicht eingehalten.

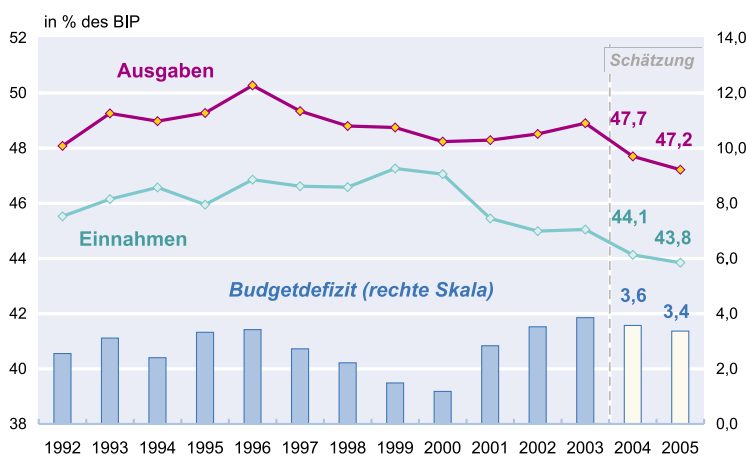
Auch für das Jahr 2005 ist keine nachhaltige Besserung in Sicht, da einerseits die Einnahmen durch die letzte Stufe der Steuerreform 2000 gedrückt werden und andererseits auf der Ausgabenseite der Einmaleffekt durch die Gesund-

heitsreform entfällt. Daher werden neben den Einnahmen des Staates (+ 1,9%) auch die Ausgaben um 1,3% wachsen und das Defizit rund 75 Mrd. € betragen, was 3,4% des für 2005 prognostizierten nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht und einen erneuten Verstoß gegen den Stabilitätspakt bedeutet (vgl. Abb. 19).

Grund für die Mehrausgaben im kommenden Jahr sind die abermals steigenden Zinsausgaben (4,9%) und der kräftige Zuwachs der sonstigen Transfers (10,3%) infolge der zunehmenden Zahlungen so genannter BSP-Eigenmittel an die EU. Nachdem sich die Einmaleffekte aus der Gesundheitsreform in diesem Jahr Ausgaben senkend ausgewirkt haben, steigen die Sachausgaben im Jahr 2005 wieder etwas an. Dagegen ist wegen der weiter rückläufigen Beschäftigtenzahl und der zu erwartenden nur moderaten Tarifierhebungen 2005 abermals mit einem Rückgang der Personalausgaben zu rechnen. Die Einsparungen im Bereich der Vermögensübertragungen, der Investitionen und der Subventionen werden sich auch im nächsten Jahr wegen der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte fortsetzen. Allerdings ist hier ein geringerer Rückgang im Vergleich zum Vorjahr zu erwarten. Ein weiterhin moderater Anstieg stellt sich bei den monetären Sozialleistungen ein. Dies resultiert zum einen aus dem Rückgang der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung aufgrund der sich 2005 bessern Arbeitsmarktlage. Zudem führen die im Jahr 2004 nur leicht steigenden Löhne und die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenanpassungsformel zu einer nur geringen Rentenanhebung. Des Weiteren kommt 2005 nun für das gesamte Jahr die volle Beitragspflicht der Rentner zur Pflegeversicherung zum tragen.

Die Einnahmenseite wird maßgeblich durch einen Anstieg der Sozialbeiträge um 1,3% und ein mäßiges Steuereinkommenswachstum (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) von 1,8% geprägt. Aufkommen mindernd wirkt sich hierbei vor allem ein weiterer Rückgang des Lohnsteueraufkommens infolge der zusätzlichen Ausfälle bedingt durch die verbliebenen Tarifsenkungen der dritten Stufe der Steuerreform 2000 (rund 6 Mrd. €) bei verhalten steigenden Löhnen und einer nur geringen Beschäftigungsausweitung aus. Darüber hinaus wird die Neuordnung der Besteuerung von Renten und Pensionen im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes, also der Beginn eines Übergangs zur nachgelagerten Besteuerung von gesetzlichen Renten im Rahmen der Einkommensteuern nicht unerheblichen Ausfällen zur Folge haben. Demgegenüber werden der nun spürbarere Abbau von Steuervergünstigungen und eine weitere Anhebung der Tabaksteuer zum

Abb. 19
Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates¹⁾



¹⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der VGR; 1995 und 2000 ohne Sondereffekte.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

1. September 2005 zu Mehreinnahmen führen. Auch die übrigen Einnahmen des Staates werden kräftig zunehmen. Verantwortlich hierfür sind sowohl der wieder deutlich höhere Bundesbankgewinn und die in der Prognose unterstellten Einnahmen aus der Lkw-Maut. Da sich jedoch erst Ende dieses Jahres entscheiden wird, ob der vorgesehene Start der Lkw-Maut zum 1. Januar 2005 tatsächlich erfolgen kann oder abermals verschoben werden muss, sind diese gegenwärtig hochgradig unsicher.

Alles in allem ist also nach wie vor keine grundlegende Änderung der extrem defizitären Haushaltslage in Sicht und eine vierte Verletzung des Defizitkriteriums des Stabilitätspaktes erscheint nahezu unausweichlich. Trotzdem sind von Seiten der Politik zum gegenwärtigen Zeitpunkt, um das mäßige Wachstum nicht zu gefährden, keine zusätzlichen Ausgabenkürzungen in Form von Sparpaketen oder weiteren Einschnitten in den Sozialsystemen geplant und daher in dieser Prognose auch nicht unterstellt.

Abgeschlossen am 21. Juni 2004

Anhang

**Die wichtigsten Daten der
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
für die Bundesrepublik Deutschland**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2004 und 2005

	2003 (1)	2004 (2)	2005 (2)	2004		2005 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-1.1	-0.4	0.2	-0.4	-0.4	0.0	0.3
Arbeitszeit	0.1	-0.7	0.3	-0.6	-0.8	-0.1	0.8
Arbeitstage 3)	0.1	1.5	-0.7	1.4	1.7	-0.1	-1.2
Arbeitsvolumen	-0.9	0.4	-0.2	0.4	0.5	-0.2	-0.1
Produktivität 4)	0.8	1.3	1.8	1.2	1.4	1.8	1.8
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	-0.1	1.7	1.7	1.6	1.9	1.6	1.7

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1658.6	1681.5	1722.0	816.2	865.3	836.3	885.6
Private Konsumausgaben 5)	1247.7	1276.3	1313.8	623.3	653.0	640.7	673.1
Konsumausgaben des Staates	410.9	405.2	408.2	192.9	212.3	195.7	212.5
Anlageinvestitionen	379.5	383.3	390.6	181.9	201.4	186.4	204.2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	171.6	173.7	181.1	82.1	91.5	85.8	95.3
Bauten	207.9	209.6	209.5	99.7	109.9	100.6	108.9
Vorratsveränderungen 6)	1.9	10.5	21.9	16.5	-6.0	22.1	-0.2
Inländische Verwendung	2040.0	2075.3	2134.5	1014.6	1060.7	1044.8	1089.7
Außenbeitrag	89.2	105.3	98.3	52.7	52.6	47.1	51.2
Exporte	765.5	823.5	874.4	402.4	421.1	426.7	447.6
Importe	676.3	718.2	776.1	349.7	368.5	379.7	396.4
Bruttoinlandsprodukt	2129.2	2180.6	2232.8	1067.3	1113.2	1091.8	1140.9

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.1	1.4	2.4	1.0	1.8	2.5	2.4
Private Konsumausgaben 5)	0.9	2.3	2.9	1.7	2.8	2.8	3.1
Konsumausgaben des Staates	1.6	-1.4	0.7	-1.4	-1.4	1.4	0.1
Anlageinvestitionen	-3.2	1.0	1.9	0.7	1.3	2.5	1.4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2.7	1.2	4.3	0.1	2.2	4.5	4.1
Bauten	-3.5	0.8	0.0	1.1	0.6	0.8	-0.9
Inländische Verwendung	1.0	1.7	2.9	1.1	2.3	3.0	2.7
Exporte	1.0	7.6	6.2	7.4	7.7	6.1	6.3
Importe	1.4	6.2	8.1	3.9	8.4	8.6	7.6
Bruttoinlandsprodukt	0.9	2.4	2.4	2.5	2.4	2.3	2.5

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1516.2	1521.2	1539.0	746.0	775.2	754.8	784.2
Private Konsumausgaben 5)	1124.5	1130.2	1147.1	553.5	576.7	561.0	586.1
Konsumausgaben des Staates	391.7	390.9	391.9	192.5	198.4	193.7	198.2
Anlageinvestitionen	388.9	396.0	402.5	187.8	208.1	192.0	210.6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	179.1	185.2	192.1	87.6	97.6	91.1	101.0
Bauten	209.8	210.8	210.5	100.2	110.6	100.9	109.6
Vorratsveränderungen 6)	-9.9	-0.5	9.9	7.5	-8.0	12.6	-2.7
Inländische Verwendung	1895.2	1916.6	1951.5	941.3	975.3	959.3	992.1
Außenbeitrag	92.5	105.8	104.7	52.2	53.6	50.4	54.3
Exporte	735.4	793.6	834.0	389.1	404.5	408.4	425.5
Importe	642.9	687.8	729.3	336.9	350.9	358.1	371.2
Bruttoinlandsprodukt	1987.7	2022.5	2056.1	993.5	1028.9	1009.7	1046.4
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1978.7	1997.5	2030.1	973.5	1023.9	988.7	1041.4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0.2	0.3	1.2	0.0	0.7	1.2	1.2
Private Konsumausgaben 5)	-0.1	0.5	1.5	0.0	1.0	1.4	1.6
Konsumausgaben des Staates	0.9	-0.2	0.3	-0.1	-0.3	0.7	-0.1
Anlageinvestitionen	-2.0	1.8	1.7	1.9	1.8	2.2	1.2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0.4	3.4	3.7	3.1	3.7	4.0	3.5
Bauten	-3.4	0.5	-0.1	0.9	0.2	0.7	-0.9
Inländische Verwendung	0.4	1.1	1.8	0.6	1.7	1.9	1.7
Exporte	1.8	7.9	5.1	8.4	7.4	5.0	5.2
Importe	3.4	7.0	6.0	6.3	7.6	6.3	5.8
Bruttoinlandsprodukt	-0.1	1.7	1.7	1.6	1.9	1.6	1.7
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	-0.5	0.9	1.6	0.5	1.4	1.6	1.7

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2003 (1)	2004 (2)	2005 (2)	2004		2005 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0.9	1.1	1.2	1.0	1.1	1.3	1.2
Private Konsumausgaben 5)	1.0	1.8	1.4	1.7	1.8	1.4	1.4
Konsumausgaben des Staates	0.7	-1.2	0.5	-1.3	-1.1	0.8	0.3
Anlageinvestitionen	-1.2	-0.8	0.2	-1.2	-0.5	0.3	0.2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2.3	-2.1	0.5	-2.8	-1.4	0.5	0.6
Bauten	-0.2	0.3	0.1	0.2	0.4	0.2	0.0
Exporte	-0.7	-0.3	1.0	-1.0	0.3	1.0	1.1
Importe	-2.0	-0.7	1.9	-2.2	0.7	2.2	1.7
Bruttoinlandsprodukt	1.0	0.7	0.7	0.8	0.5	0.7	0.8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1582.9	1606.2	1650.2	789.5	816.7	809.6	840.6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223.3	223.4	223.0	108.0	115.4	107.6	115.4
Bruttolöhne und -gehälter	909.4	916.5	934.0	431.4	485.1	439.2	494.8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	450.2	466.2	493.2	250.1	216.1	262.9	230.4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	215.6	225.7	227.6	96.5	129.1	97.7	130.0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1798.5	1831.8	1877.8	886.0	945.8	907.3	970.6
Abschreibungen	319.7	321.8	326.9	160.3	161.4	162.6	164.3
Bruttonationaleinkommen	2118.2	2153.6	2204.8	1046.3	1107.2	1069.8	1134.9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1572.6	1600.5	1639.7	769.9	830.6	787.8	851.9
Arbeitnehmerentgelte	1132.7	1140.0	1157.0	539.4	600.5	546.7	610.3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	439.9	460.5	482.7	230.5	230.0	241.0	241.7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	0.2	1.5	2.7	1.1	1.8	2.5	2.9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1.5	0.1	-0.2	0.1	0.0	-0.4	0.0
Bruttolöhne und -gehälter	-0.1	0.8	1.9	0.4	1.1	1.8	2.0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.3	1.5	1.9	1.2	1.8	2.0	1.7
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0.5	2.9	2.0	2.3	3.3	2.3	1.7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	0.2	3.6	5.8	2.9	4.4	5.1	6.6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1.9	4.7	0.9	5.3	4.2	1.2	0.6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	0.4	1.9	2.5	1.6	2.1	2.4	2.6
Abschreibungen	0.6	0.7	1.6	0.5	0.8	1.4	1.8
Bruttonationaleinkommen	0.4	1.7	2.4	1.4	1.9	2.2	2.5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	0.1	1.8	2.4	1.5	2.0	2.3	2.6
Arbeitnehmerentgelte	0.2	0.6	1.5	0.4	0.9	1.4	1.6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0.3	4.7	4.8	4.3	5.1	4.6	5.1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	963.4	981.0	996.3	469.2	511.8	476.1	520.1
Nettolöhne und -gehälter	588.3	600.9	613.0	279.4	321.5	285.2	327.8
Monetäre Sozialleistungen	452.3	459.2	464.1	229.1	230.0	231.2	232.9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	77.1	79.1	80.9	39.4	39.8	40.3	40.6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	450.2	466.2	493.2	250.1	216.1	262.9	230.4
Sonstige Transfers (Saldo)	-35.0	-37.4	-38.1	-18.6	-18.8	-18.8	-19.3
Verfügbares Einkommen	1378.6	1409.8	1451.4	700.6	709.1	720.2	731.2
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	20.2	22.9	24.5	11.3	11.6	12.0	12.5
Private Konsumausgaben 5)	1247.7	1276.3	1313.8	623.3	653.0	640.7	673.1
Sparen	151.1	156.4	162.2	88.6	67.7	91.5	70.7
Sparquote 7)	10.8	10.9	11.0	12.5	9.4	12.5	9.5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	0.5	1.8	1.6	1.4	2.2	1.5	1.6
Nettolöhne und -gehälter	-0.9	2.1	2.0	1.6	2.7	2.1	2.0
Monetäre Sozialleistungen	3.0	1.5	1.1	1.5	1.6	0.9	1.2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3.8	2.6	2.3	3.0	2.2	2.4	2.1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	0.2	3.6	5.8	2.9	4.4	5.1	6.6
Verfügbares Einkommen	1.0	2.3	3.0	1.7	2.8	2.8	3.1
Private Konsumausgaben 5)	0.9	2.3	2.9	1.7	2.8	2.8	3.1
Sparen	3.3	3.5	3.7	3.1	4.0	3.3	4.3

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2003 (1)	2004 (2)	2005 (2)	2004		2005 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	482.3	484.1	492.7	238.6	245.5	242.3	250.4
Sozialbeiträge	395.5	399.4	404.6	193.9	205.5	196.2	208.4
Vermögenseinkünfte	15.1	11.2	13.6	5.6	5.6	7.8	5.7
Sonstige Übertragungen	17.1	16.7	17.4	7.3	9.4	7.6	9.8
Vermögensübertragungen	8.4	9.1	9.0	4.5	4.6	4.3	4.7
Verkäufe	40.3	40.2	41.3	18.9	21.3	19.4	21.9
Sonstige Subventionen	0.6	0.5	0.5	0.2	0.3	0.2	0.2
Einnahmen insgesamt	959.2	961.2	979.0	469.0	492.2	477.8	501.2
Ausgaben							
Vorleistungen	84.7	85.3	85.3	39.4	45.9	39.5	45.9
Arbeitnehmerentgelte	168.2	167.2	166.5	78.2	89.0	78.4	88.1
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	66.2	68.4	71.8	34.2	34.3	35.8	35.9
Subventionen	29.2	28.3	27.9	12.9	15.4	12.7	15.2
Monetäre Sozialleistungen	420.1	425.7	429.8	212.4	213.3	214.1	215.7
Soziale Sachleistungen	168.3	162.9	167.4	79.1	83.8	82.0	85.4
Sonstige Transfers	38.1	38.8	42.8	18.2	20.6	20.1	22.7
Vermögenstransfers	36.7	35.1	34.1	19.1	16.0	18.3	15.9
Bruttoinvestitionen	31.1	30.2	29.8	12.8	17.4	12.9	17.0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1.3	-1.3	-1.3	-0.6	-0.8	-0.6	-0.7
Ausgaben insgesamt	1041.3	1040.6	1054.3	505.7	534.9	513.2	541.0
Finanzierungssaldo	-82.1	-79.4	-75.2	-36.7	-42.7	-35.4	-39.8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	1.0	0.4	1.8	1.2	-0.4	1.5	2.0
Sozialbeiträge	1.7	1.0	1.3	1.0	1.0	1.2	1.4
Vermögenseinkünfte	-14.2	-26.1	21.3	-42.3	2.2	41.0	1.8
Sonstige Übertragungen	11.2	-2.3	3.8	-9.9	4.7	2.9	4.5
Vermögensübertragungen	-3.3	8.1	-0.8	7.7	8.5	-4.2	2.6
Verkäufe	-0.6	-0.1	2.9	-0.7	0.3	2.9	2.9
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	1.0	0.2	1.9	0.0	0.4	1.9	1.8
Ausgaben							
Vorleistungen	0.3	0.8	0.0	1.1	0.4	0.1	-0.1
Arbeitnehmerentgelt	0.3	-0.6	-0.4	-0.3	-0.9	0.3	-1.0
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	1.5	3.3	4.9	3.3	3.3	4.9	4.9
Subventionen	-5.3	-3.2	-1.3	-3.1	-3.4	-1.1	-1.5
Monetäre Sozialleistungen	2.6	1.3	1.0	1.3	1.4	0.8	1.1
Soziale Sachleistungen	3.1	-3.2	2.8	-3.7	-2.7	3.7	1.9
Sonstige Transfers	8.4	1.8	10.3	0.1	3.4	10.6	10.0
Vermögenstransfers	5.9	-4.3	-2.8	-3.9	-4.8	-4.5	-0.8
Bruttoinvestitionen	-9.4	-2.9	-1.2	-2.2	-3.4	0.2	-2.3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	1.7	-0.1	1.3	-0.1	-0.1	1.5	1.2
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3.9	-3.6	-3.4	-3.4	-3.8	-3.2	-3.5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).

2) Prognose des ifo Instituts.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

Nach zwei harten Jahren, die von Umsatzrückgängen und Entlassungen geprägt waren, geht es in der deutschen Software- und Dienstleistungsbranche wieder aufwärts – wenn auch nur mit angezogener Handbremse. 2002 schrumpften die nominalen Umsätze um 2,4%, 2003 gingen sie um 1% auf 41,0 Mrd. € zurück (BITKOM 2004). An der schwerpunktmäßig im April und Mai 2004 durchgeführten 37. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen haben insgesamt 273 Unternehmen einen auswertbaren Fragebogen zurückgeschickt, 189 Testteilnehmer haben an der Online-Befragung über das Internet teilgenommen. Die insgesamt einbezogenen Betriebe erwirtschafteten im vergangenen Jahr (2003) einen Umsatz von 16,0 Mrd. €, gemessen am geschätzten Gesamtumsatz nach BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) repräsentieren die Erhebungsergebnisse damit knapp zwei Fünftel des deutschen Marktes für Software und DV-Dienstleistungen.

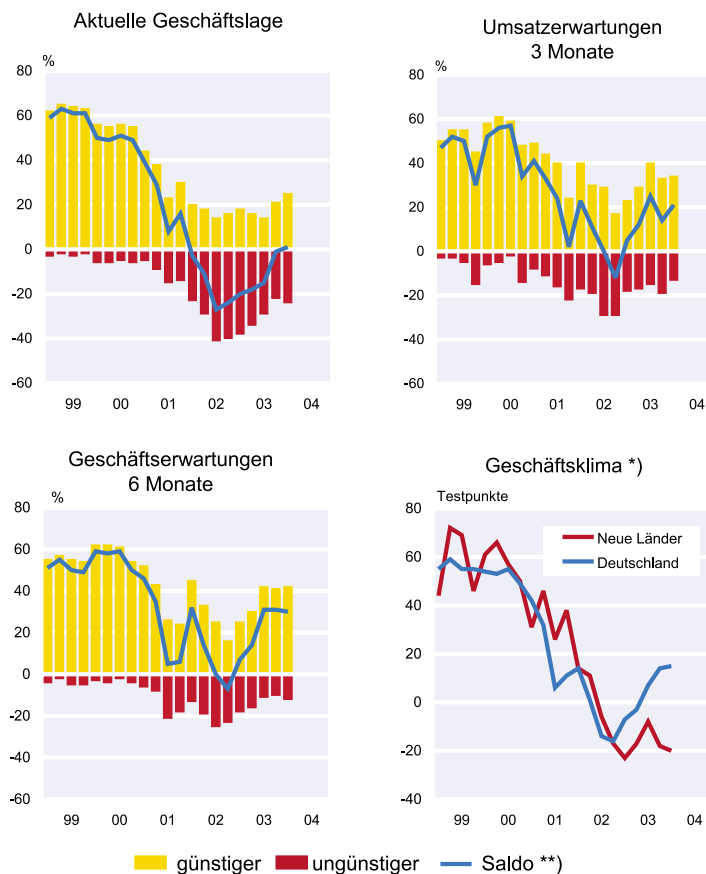
Zufriedenstellender Geschäftsverlauf

Die Trendwende in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche ist eingetreten: Nach vier Anstiegen in Folge hat sich der ifo Geschäftsklimaindex zu Beginn des Frühjahrs 2004 auf vergleichsweise hohem Niveau gefestigt und damit auf dem höchsten Stand seit Mitte 2000 stabilisiert (vgl. Abb. 1). Zuverlässige Schlüsse auf die Konjunkturentwicklung lassen sich aus dem Stimmungsindeksator immer nur dann ziehen, wenn er mehrere Quartale sinkt oder steigt, das Aufschwungsignal in der deutschen Software- und Dienstleistungsbranche scheint sich damit also zu bestätigen. Sowohl die Urteile über die aktuelle Geschäftslage als auch die günstigen Perspektiven für das Sommerhalbjahr haben sich in den ersten drei Monaten 2004 aber nur graduell verändert. Der Geschäftsverlauf galt erstmals seit drei Jahren wieder als zufriedenstellend. Im Einzelnen bewertete im ersten Quartal 2004 jedes vierte Unternehmen die Geschäftslage als günstig, 51% als befriedigend, aber immer noch 24% der Testteilnehmer empfanden ihre derzeitige Geschäftssituation als unbefriedigend. Das Vertrauen in die kommende Geschäftsentwicklung hat sich zwar auf dem erreichten hohen Niveau weiter behauptet, eine weitere Aufhellung war aber nicht zu beobachten. Nach wie vor hoffte per saldo fast jedes dritte DV-Unternehmen auf bessere Geschäfte. Im Detail erwarteten 42% (4. Quartal 2003: 41%) der Unternehmen für das Sommerhalbjahr 2004 einen günstigen Geschäftsverlauf,

46% (49%) rechneten mit einer gleichbleibenden Entwicklung, aber immerhin noch 12% (10%) sahen der künftigen Entwicklung zweifellos mit Sorge entgegen.

Die Nachfrageschwäche scheint überwunden zu sein, auch wenn im ersten Quartal 2004 der Auftragseingang – jahreszeitlich bedingt – nur im Großen und Ganzen unverändert blieb. Die Klagen über zu niedrige Auftragsreserven haben indessen nicht weiter abgenommen, 46% der Testteilnehmer bezeichneten sie zuletzt als zu klein, vor Jahresfrist waren es allerdings noch 55%. Umsatzeinbußen dürften nun bald der Vergangenheit angehören, die vergleichbaren Vorjahresumsätze wurden bereits zum zweiten Mal in Folge erreicht, ja sogar – nach Ansicht der Testteilnehmer – ein wenig überschritten. Und die Branche macht sich weiter Mut, die Aussichten hinsichtlich der erwarteten Umsatzentwicklung zeichnen ein ausgesprochen positives Bild. Gut jedes dritte DV-Unternehmen geht von höheren Umsätzen aus, 53% der Befragten rechnen mit einer gleichbleibenden Entwicklung, aber immer noch 13% befürchten eine Abnahme. Dieses doch eindeutige Votum (mit per saldo + 21%) lässt den Schluss zu, dass sich der Erholungskurs in der DV-Branche fortsetzen wird. Auch nach den Umfrageergebnissen des Branchenverbands BITKOM hat sich die Stimmung in der Branche zum Jahresende 2003 deutlich aufgehellt, die Unternehmen gehen gestärkt und mit frischem Schwung ins Jahr 2004. Für 2004 erwartet der Branchenverband ein Umsatzplus von knapp 2% (o.V. 2004a), andere Experten sind noch

Abb. 1
DV-Dienstleister: Zufriedenstellender Geschäftsverlauf
 1. Berichtsquartal 2004



*) Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.

** Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2004

einen Tick optimistischer, sie halten einen Zuwachs zwischen 3 und 4% für möglich (Detecon 2004).

Das Bild von einer maßvollen Erholung in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche zeigt sich zunächst nur im alten Teil der Bundesrepublik, bei den ostdeutschen DV-Dienstleistern verharrt das Geschäftsklima dagegen noch deutlich im negativen Bereich. Nach einer vorübergehenden Besserung trübte sich der Stimmungsindikator in den letzten beiden Quartalen wieder fühlbar ein. Jeder zweite Testteilnehmer berichtete im Frühjahr 2004 über eine unbefriedigende Geschäftslage. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung gewannen zwar die optimistischen Stimmen ein deutliches Übergewicht, es bleibt aber abzuwarten, ob die Zuversicht reicht, die Geschäftslage nachhaltig aus dem Tief zu ziehen. Die Nachfrageschwäche war im ersten Vierteljahr 2004 eklatant: Jedes zweite ostdeutsche DV-Unternehmen

war mit rückläufigen Auftragseingängen konfrontiert, 56% der Testteilnehmer hatten Umsatzeinbußen zu verkraften, und die vergleichbaren Vorjahresumsätze wurden ähnlich häufig unterschritten wie vor einem Jahr. Positiv ist allenfalls zu sehen, dass die Klagen über zu niedrige Auftragsbestände etwas leiser wurden, sie erschienen »nur noch« 67% der Betriebe (gegenüber 82% im Vorquartal) als zu klein. Auch gab es hinsichtlich der bevorstehenden Umsatzentwicklung wieder ein Hoffnungsfünkle. Von einer Trendwende kann noch nicht gesprochen werden, dazu stehen die Signale noch auf zu wackeligen Beinen.

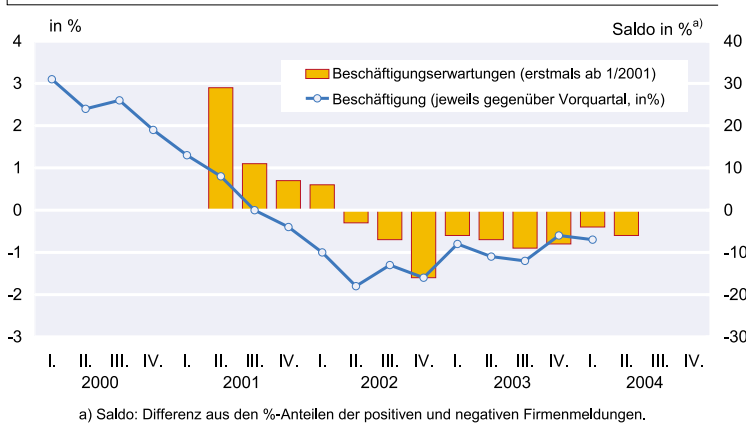
Groß sind nach wie vor die Unterschiede zwischen kleinen und großen DV-Unternehmen: Bei den großen Dienstleistungsanbietern (ab 100 Mill. € Umsatz pro Jahr) scheint die konjunkturelle Erholung kräftige Fortschritte zu machen, Nachfrage und Umsätze zogen spürbar an, die Vorjahresumsätze wurden übertroffen, und auch die Urteile zur aktuellen Geschäftslage haben sich auffallend gebessert. Per saldo fast 30% der Testteilnehmer waren mit ihrem Geschäftsverlauf zufrieden. Optimistisch stimmt auch, dass die Erwartungen bezüglich der künftigen Geschäftsentwicklung ein ausgesprochen positives Bild zeichnen. Zwei von fünf Unternehmen erwarten bessere Geschäfte, 52% rechnen mit einer gleichbleibenden Entwicklung, und nur 5% sehen der nahen Zukunft mit Sorge entgegen. Die Umsätze dürften weiter zulegen. Bei den kleineren Unternehmen der Branche ist der Weg aus der Talsohle dagegen mühsam: Die Unzufriedenheit mit der

Geschäftslage hat zwar weiter abgenommen, von einem zufriedenstellenden Geschäftsverlauf ist man aber noch ein gutes Stück entfernt. Der Bestelleingang ging verstärkt zurück, die Auftragsbestände erschienen völlig unzureichend, und auch die Umsätze blieben beim weit überwiegenden Teil der Unternehmen unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Eine durchgreifende Wende zum Besseren deutet sich noch nicht an. Die Geschäftserwartungen ließen zunehmende Skepsis erkennen, die Umsätze dürften weitgehend stagnieren.

Beschäftigung: Noch keine Anzeichen einer Erholung

In der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche müssen sich die IT-Experten noch etwas gedulden, der Abwärtstrend der Beschäftigung ist noch nicht

Abb. 2
DV-Dienstleister: Leichter Beschäftigungsabbau hält an



Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2004.

zum Stillstand gekommen: Positiv ist allenfalls zu sehen, dass sich der Personalabbau in den alten Bundesländern weiter verlangsamte. Bereits seit den Herbstmonaten 2001 sinkt sie von Quartal zu Quartal, den Umfrageergebnissen zufolge schrumpfte die Zahl der Beschäftigten im ersten Quartal 2004 um 3/4%. Im Jahresdurchschnitt 2003 gab es in der deutschen DV-Dienstleistungsbranche rund 33/4% weniger Beschäftigte als 2002, ein Jahr zuvor wurden mit 53/4% allerdings deutlich mehr Stellen gestrichen. Eine leichte tendenzielle Besserung ist also unverkennbar, auch wenn die Beschäftigungserwartungen für die nächste Zeit immer noch von Vorsicht geprägt sind (vgl. Abb. 2). Im Detail sieht das Bild wie folgt aus: Drei von vier DV-Dienstleistern wollen ihre Personalkapazität in den nächsten drei Monaten in etwa halten, 9% erwarten ein Plus, dem stehen 15% der Unternehmen gegenüber, die wohl Personal entlassen müssen. Positiv ist aber durchaus zu sehen, dass bei den größeren Betrieben der Beschäftigungsabbau zunächst zum Stillstand gekommen ist, bei den Perspektiven bleiben die Unternehmer aber noch zugeknöpft. Auch der Branchenverband BITKOM (o.V. 2004b) erwartet einen Jobaufschwung nicht vor 2005.

Klagen über Auftragsmangel werden leiser

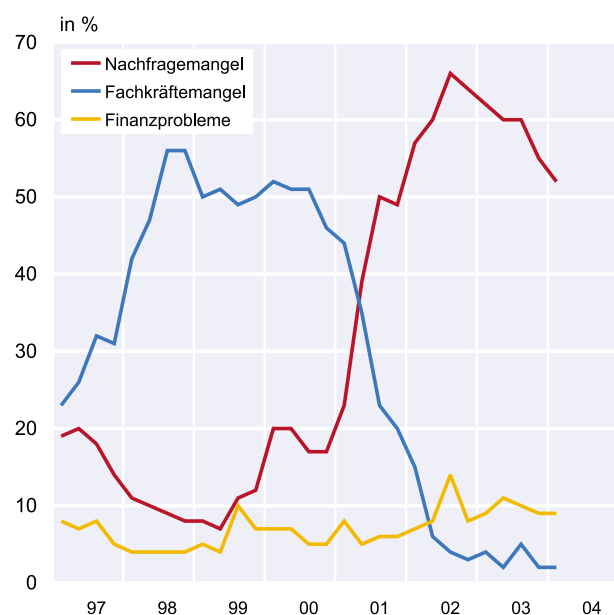
Nur langsam werden die Klagen über Behinderungen der Geschäftstätigkeit leiser: 58% der DV-Unternehmen berichteten derzeit noch darüber, im Vorquartal erwähnten es 66%, und vor einem Jahr waren es noch 72%. Die Abbildung 3 zeigt deutlich, wie stark sich die Problemlagen seit dem Jahrtausendwechsel verschoben haben. Vor drei Jahren stand der Fachkräftemangel an der Spitze, heute ist es die unzureichende Nachfrage. Nachfragemangel steht mit 52% der Nennungen unangefochten an erster Stelle, die Trendwende ist aber eingeläutet. Nur in den neuen Bundes-

ländern übten bedeutend mehr Unternehmen Kritik an einer unzureichenden Nachfrage, fast 90% der Testteilnehmer scheinen davon betroffen zu sein. Der konjunkturelle Abschwung hat den Fachkräftemangel von Softwareexperten nahezu vergessen lassen, nur noch vereinzelt waren diese Klagen zu hören (2%), und dies ausschließlich bei den kleineren DV-Dienstleistern (7%). Finanzierungsschwierigkeiten kamen unverändert mit 9% der Nennungen weiterhin nur relativ wenig zur Geltung. Auffällig ist nach wie vor, dass in erster Linie die kleinen bis mittleren Betriebe darüber klagten. Sonstige Einflussgrößen waren mit 2% der Angaben kaum noch von Bedeutung.

Mittelfristige Wachstumsperspektiven bleiben günstig

Gewiss, die bitteren Erfahrungen seit dem abrupten Ende des Internetbooms sind noch nicht vergessen, über die längerfristigen Wachstumsaussichten braucht sich die deutsche Software- und Dienstleistungsbranche aber kaum Sorgen zu machen: Drei von vier DV-Dienstleistern – und damit genauso häufig wie zuvor – planen eine Ausweitung der Geschäfte in den nächsten drei bis fünf Jahren. Vier Jahre zuvor erwarteten allerdings noch fast 90% der Unterneh-

Abb. 3
Behinderungen der Geschäftstätigkeit: Auftragsmangel lässt nach



Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2004.

men eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit, seitdem sind sie aber von Jahr zu Jahr vorsichtiger geworden. Mehr Chancen werden dabei neuerdings wieder auf dem heimischen Markt gesehen, vor einem Jahr hofften die Unternehmen dagegen eher auf Erfolge beim Auslandsgeschäft. 54% der Testteilnehmer (1. Quartal 2003: 38%) planen eine Ausweitung im Inland, gut zwei Fünftel (39%) auf Märkte der Europäischen Union, und 20% (18%) der Testteilnehmer erwägen eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit außerhalb der EU. Nicht nur die großen Dienstleistungsanbieter auch die kleineren Unternehmen sehen weiterhin ihre Wachstumschancen auf den Auslandsmärkten, überwiegend jedoch auf Märkten innerhalb der Europäischen Union. Kleinere Anbieter von Software und informationstechnischen Dienstleistungen sehen nur vereinzelt ihre Chancen auf den Märkten außerhalb der Europäischen Union.

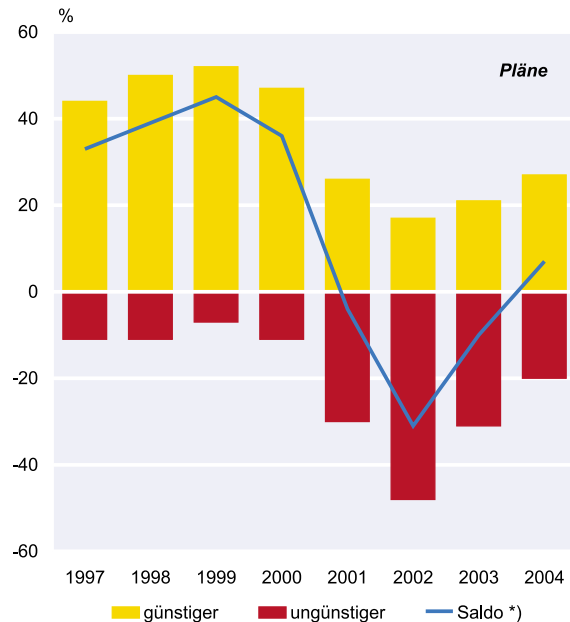
Die Wettbewerbsintensität wird von der Mehrheit der Testteilnehmer nach wie vor als außerordentlich hoch empfunden: Gut 60% der DV-Dienstleistungsunternehmen bezeichneten den Wettbewerb auf den heimischen Absatzmärkten als »sehr stark«, rund ein Drittel registrierte einen großen Wettbewerbsdruck auch innerhalb der Länder der Europäischen Union. Gegenüber der Erhebung vor einem Jahr ist eine leichte Verschärfung zu registrieren. Größere Unternehmen spüren den Wettbewerbsdruck offenbar stärker als kleinere Betriebe, sie haben aber trotzdem in der Regel die besseren Wettbewerbschancen. Insbesondere auf den Auslandsmärkten scheint der Wettbewerbsdruck bei den größeren Software-Anbietern stark zuzunehmen.

Allmähliche Erholung der Investitionen

Die Investoren in Deutschland lassen sich nur langsam aus der Reserve locken, die bundesdeutschen Ausgaben für Ausrüstungen und sonstige Anlagen sind drei Jahre in Folge in nominaler Rechnung mit 4,1% (2001), 8,0% (2002) und 3,8% (2003) zurückgegangen.¹ Auch im ersten Quartal 2004 des laufenden Jahres lagen sie noch im negativen Bereich. Diese Entwicklung machte auch bei den deutschen Software- und DV-Dienstleistungsunternehmen nicht halt. Schon 2000 zeigten sich bei den Investitionsplanungen erste Anzeichen, dass die Unternehmen weniger für Software und DV-Dienstleistungen ausgeben wollten. Vor drei Jahren kam das Investitionswachstum erstmals seit Einführung der Konjunkturumfrage (1995) zum Stillstand, 2002 sanken die Investitionen bereits recht deutlich. Nachdem sich das Tempo des Rückgangs im vergangenen Jahr verlangsamte, dürften die Investitionen 2004 – nach dem gegenwärtigen Planungsstand – wieder geringfügig ausgeweitet werden. Per saldo 7% der Unternehmen rechnen für das laufende Jahr mit höheren Investitionen, die Mehrheit der Test-

¹ Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 3, Wiesbaden 2004.

Abb. 4
DV-Dienstleister: Allmähliche Erholung der Investitionen



*) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen, 2004.

teilnehmer erwartet jedoch lediglich nur unveränderte Investitionsausgaben (vgl. Abb. 4). Die größeren Betriebe planen (mit per saldo 19%) eher überdurchschnittlich in neue Technologien zu investieren, kleinere DV-Dienstleister werden wohl auch in diesem Jahr noch zurückhaltend sein. Ernüchternd sind nach wie vor die Umfrageergebnisse für die Sparte Processing und Network Services² sowie für die Wartungsdienstleister.³ Überdurchschnittlich ausgeweitet werden (mit per saldo + 13%) dürften lediglich die Investitionen im laufenden Jahr im Bereich System und Network Operation.⁴

Fast zufriedenstellender Geschäftsverlauf wieder im wichtigsten Marktsegment – im Bereich Consulting und Projekt Services

Das Bild der deutschen Software- und Dienstleistungsbranche ist vor allem geprägt durch die Entwicklung von Standard-, Anwender- und Systemsoftware sowie durch Beratungsdienstleistungen (*Consulting und Projekt-Servi-*

² Leasing oder Vermietung von Rechenzeit, Mehrwertdienste, Datenfernübertragungs- und Datenfernverarbeitungsdienste, Datenerfassung.

³ Kostenpflichtige Wartungsdienstleistungen für DV-Equipment, wie z.B. Reparatur, Installation, Abbau, vorbeugende Wartung.

⁴ Dienstleistungen zur Übernahme von DV-Aufgaben für andere Unternehmen.

Berichtszeitraum: 1. Quartal 2004

ifo Konjunkturspiegel für DV-Dienstleistungen

Bereich	Beurteilung und Entwicklung im Berichtsquartal										Erwartungen						
	Geschäftslage Beurteilung		Umsatz geg. Vorquartal		Umsatz geg. Vorjahresquartal		Auftragseingang geg. Vorquartal		Auftragsvolumen Beurteilung		Beschäftigte in % geg. Vorquartal	Behinderung der Geschäftstätigkeit		Erwartungen			
Erläuterungen: Die Gesamtfläche jedes Feldes entspricht 100% der Antworten der meldenden Firmen. Die Unterteilung gibt die unterschiedliche Häufigkeit der Antworten wieder (Firmenmeldungen in %).																	
<small>gut befriedigend bzw. saisonüblich schlecht höher etwa gleich geringer höher etwa gleich geringer gestiegen gleichgeblieben gesunken verhältnismäßig groß ausrechend leicht üblich zu klein</small>																	
<small>unzureichende Nachfrage Mangel an qual. Fachkräften Finanzierungs-schwierigkeiten Sonstiges</small>																	
<small>steigen gleichbleiben zurückgehen günstiger etwa gleich ungünstiger</small>																	
DV-Dienstleistungen insgesamt	[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		-0.7	52	2	9	2	[Bar chart]	
Consulting + Projekt-Services	[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		-0.7	54	3	6	3	[Bar chart]	
System-/Network Operation	[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		0.3	44	0	6	3	[Bar chart]	
Processing und Network Services	[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		-1.4	49	1	6	4	[Bar chart]	
Environmental Services	[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		-0.9	44	2	7	4	[Bar chart]	
Wartung	[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		-0.7	41	2	7	2	[Bar chart]	
Ausbildung und Schulung	[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		[Bar chart]		-1.0	53	1	9	3	[Bar chart]	

ces⁵), dieser Bereich stellt mit einem Anteil von 62% nach wie vor das größte Marktsegment dar. Die aktuelle Geschäftslage hat sich zum dritten Mal in Folge gebessert, von einem befriedigenden Niveau konnte aber noch nicht ganz gesprochen werden (per saldo – 5%). Bei unverändertem Bestelleingang blieben die Umsätze zwar immer noch hinter den Vorjahresergebnissen zurück, die Ergebnisse scheinen aber doch wesentlich günstiger als vor einem Jahr zu sein (per saldo – 8% gegenüber – 38% im 1. Quartal 2003). Die Talsohle ist durchschritten, die Erholungssignale werden allmählich deutlicher. Der weiteren Geschäftsentwicklung sahen die Unternehmen zwar mit leicht abgeschwächtem Optimismus entgegen, hinsichtlich der Umsatzentwicklung haben sich die Spielräume für weitere Steigerungen aber eher vergrößert. Gleichwohl ist der Stellenabbau noch nicht zum Stillstand gekommen, nach den Befragungsergebnissen reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten in den ersten drei Monaten des Jahres um 3/4% (Jahresschlussquartal 2003: – 1%). Ein Ende dieser Entwicklung ist nun aber absehbar, positive und negative Meldungen halten sich wieder die Waage.

Im Bereich *System-/Network Operation* (Facilities Management, Outsourcing) bewerteten die Unternehmen zwar ihre aktuelle Geschäftslage wieder etwas ungünstiger als im Vorquartal, schätzten aber ihre Geschäftsaussichten für das kommende halbe Jahr mit deutlich mehr Optimismus ein. Obwohl der Auftragseingang in den ersten drei Monaten 2004 eher stockend verlief, konnten die Umsätze (gegenüber dem Vorjahr) ein respektables Plus (per saldo + 10%) erzielen. Der positive Umsatztrend dürfte sich fortsetzen, die Umsatzerwartungen wurden geringfügig nach oben ge-

schrubt. Der Beschäftigungsabbau kam zum Stillstand, und auch in der nahen Zukunft scheinen sich Einstellungen und Entlassungen die Waage zu halten.

Nach der vorübergehenden Aufwärtsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2003 dominierten im Berichtszeitraum in der Sparte *Processing und Network Services* wieder die ungünstigen Geschäftslageurteile. Rückläufige Auftragseingänge führten zu Umsatzeinbußen, die Vorjahresumsätze wurden von per saldo jedem vierten Testteilnehmer nicht erreicht. Im Hinblick auf die künftige Geschäftsentwicklung blieb die leichte Zuversicht, mit geringen Umsatzsteigerungen kann bald wieder gerechnet werden.

In der Sparte *Environmental Services*⁶ haben zwar die negativen Einflüsse auf die Beurteilung der Geschäftslage weiter an Gewicht verloren, von einem zufriedenstellenden Geschäftsverlauf ist man aber noch ein gutes Stück entfernt. Die Nachfrage schwächte sich ab, die Umsätze blieben handfest unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Per saldo fast 30% der Befragungsteilnehmer mussten Umsatzeinbußen hinnehmen. Dennoch äußerten sich die Teilnehmer hinsichtlich der künftigen Umsatzentwicklung (mit per saldo + 23%) sehr zuversichtlich, die allgemeinen Geschäftsaussichten wurden allerdings nicht mehr ganz so aussichtsreich eingeschätzt wie zuvor.

Als verschlechtert, aber noch als befriedigend galt die Geschäftslage bei den *Wartungsdienstleistern*. Die Nachfrage zeigte in den ersten drei Monaten des Jahres offenbar noch Schwächen, dazu mussten Umsatzeinbußen hingenommen werden. Mehr Anlass zur Kritik boten nun auch wieder die

⁵ Beratung und Unterstützung bei der Beschaffung von Hard- und Software, Technologie- und Systemberatung, Beratung über Systemsicherheit, Entwicklung von Standard-, Anwender- und Systemsoftware, Systemanalyse und Programmierung, Systemintegration.

⁶ Dienstleister, die die Unternehmen zur Unterstützung im DV-Bereich engagieren können, wie z.B. Kundenunterstützung beim Betrieb und bei der Produktion, Software-Installation, Umzug und Installation von DV-Equipment, Bereitstellung von Vorsorge-Dienstleistungen.

Auftragsreserven. Dennoch haben sich die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate leicht verbessert, mit einer augenfälligen Umsatzbelebung darf nun wieder gerechnet werden. Per saldo jeder fünfte Wartungsdienstleister hofft auf ein Umsatzplus.

Bei den *ausbildungs- und schulungsorientierten* Dienstleistern⁷ hielt die Enttäuschung über den Geschäftsverlauf an, per saldo ein Drittel der Testteilnehmer stufte die aktuelle Lage als ungünstig ein. Die Nachfrage war äußerst schwach, die Umsätze lagen empfindlich unter den vergleichbaren Vorjahreswerten. Dennoch schöpft diese Sparte wieder Mut: Hinsichtlich der weiteren Geschäftsentwicklung behielten die optimistischen Stimmen ihr leichtes Übergewicht, spürbar mehr Unternehmen als zuvor rechnen mit höheren Umsätzen.

Literatur

BITKOM (2004), »BITKOM-Branche mit neuer Dynamik« Presseinformation Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien vom 17. März 2004, in www.bitkom.org.
Detecon (2004), »Die Entwicklung des IT-Marktes«, unveröffentlichte Ergebnisse von Detecon Diebold Consultants vom 12. Januar 2004.
o.V. (2004a), »IT-Branche will Konjunktur ankurbeln«, *Handelsblatt* vom 18. März 2004, 19.
o.V. (2004b), »Beim Arbeitsmarkt hinkt Deutschland hinterher«, *Computer Zeitung* Nr. 23 vom 1. Juni 2004, 21.

⁷ Kostenpflichtige Schulungs- und Trainingsleistungen, die im Hause des Anbieters, beim Kunden oder bei Dritten erbracht werden, und die dazu benötigten Schulungsunterlagen.

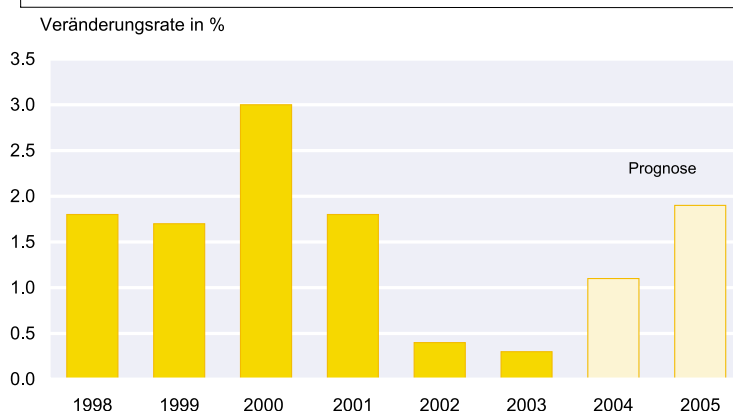
Annähernde Stagnation 2003. Langsame Erholung 2004. Zunehmende Festigung der Konjunktur 2005. Geldpolitik stimuliert bis ins kommende Jahr hinein. Finanzpolitik wirkt leicht expansiv unter Inkaufnahme eines über 3% des BIP steigenden öffentlichen Finanzierungsdefizits. Aufwertung des Euro bremst die Zunahme der Ausfuhr immer weniger. Lohnanstieg wird allmählich rascher. Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich langsam weiter. Inflationsrate über EU-Durchschnitt. Leistungsbilanz mit steigendem Fehlbetrag.

Das **politische und soziale Umfeld** ist geprägt von anhaltend stabilen politischen Verhältnissen, die jedoch nichts am schleppenden Tempo der Reformen ändern. Auch reißt die Kette der meist kürzeren Streiks nicht ab. Die Regierungskoalition musste – wie bereits bei den Provinz- und Gemeindevahlen 2003 – bei den jüngst stattgehabten Wahlen zum Europäischen Parlament Federn lassen, auch weil sich die Legislative zu einem großen Teil mit Angelegenheiten beschäftigt, die den persönlichen Interessen des Ministerpräsidenten dienen. Die von ihm geleitete EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2003 ist vor allem mit Blick auf den chaotischen EU-Gipfel im Dezember ziemlich verunglückt.

Die **Regierung Berlusconi** ist jetzt länger am Ruder, als jede andere Regierung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Trotz verschiedener und tendenziell zunehmender interner Zwistigkeiten scheint sie zumindest in absehbarer Zeit nicht auseinander zu brechen, obwohl die schwere Schlappe von Berlusconis Forza Italia bei den kürzlich durchgeführten Wahlen zum EU-Parlament sowie zu mehreren Gemeinde- Provinzvertretungen den Zusammenhalt der Koalition weiter gelockert hat. Für italienische Verhältnisse ist die politische Lage gleichwohl stabil. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2001 hatte das Parteienbündnis der rechten Mitte (Casa delle Libertà) mit der von Berlusconi geführten sehr inhomogenen »Forza Italia« als tragender Kraft einen eindrucksvollen Wahlsieg errungen. Erstmals seit Jahrzehnten konnte sich die Regierung in beiden Kammern des Parlaments auf absolute Mehrheiten stützen. Die auf dieser Basis erfolgten vollmundigen Versprechungen wurden indes nicht zügig in durchgreifende Reformen umgesetzt. Zwar sind Erfolge zu verbuchen, wie etwa die im

April 2003 auf den Weg gebrachte Reform des Steuerrechts oder das zum 1. Januar 2004 erstmals seit 1942 grundlegend überarbeitete Gesellschaftsrecht. Aber die in der Bevölkerung ursprünglich verbreitete Erwartung, der sehr erfolgreiche Medienunternehmer Berlusconi könne die Volkswirtschaft effizienter managen als die vorherigen Mitte-Links-Kabinette, hat sich nicht erfüllt. Seine Reformvorhaben wurden bisher erst zu rund 15% verwirklicht. Dies lag mit daran, dass er weiterhin mehr im Interesse seiner eigenen Angelegenheiten tätig ist als in denjenigen des Landes, und zwar in einem derartigen Ausmaß, dass ihn unlängst der Europarat aufforderte, seine Gesetzgebung den westeuropäischen Normen zur Sicherung des Rechtsstaatsprinzips und der Unabhängigkeit der Justiz anzupassen. Auch ist der Interessenkonflikt zwischen seiner Stellung als weitaus mächtigster Medienunternehmer Italiens und der des Premierministers nach wie vor ungelöst, und bisweilen sucht er unter Ignorierung der Gewaltenteilung Entscheidungen zu beeinflussen. Infolge seiner oft genug ideologisch befrachteten

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

und polarisierenden Auslassungen sind die Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften erheblich gespannter als unter den Vorgängerregierungen. Und auch das Verhältnis zur den Unternehmen hat sich eingetrübt. Ferner war die gegen den Willen von etwa 85% der Bevölkerung erfolgte militärische Unterstützung der US-Intervention im Irak seiner Popularität abträglich.

Eine spürbare Enttäuschung der Wähler zeigte sich bereits 2003 bei den **Wahlen zu Regional-, Provinzial- und Gemeinderäten**. Bei den **Wahlen zum EU-Parlament** sowie zu zahlreichen Kommunal- und Regionalparlamenten im Juni 2004 wurde diese noch deutlicher. Bei den Europa-Wahlen erreichte Ministerpräsident Berlusconi Forza Italia mit 21% sehr viel weniger Stimmen als bei den letzten Parlaments- bzw. Europa-Wahlen. Demgegenüber sah Koalitionspartner Alleanza Nazionale seinen Weg zur politischen Mitte honoriert. Die sich gemäßigt und unpopulistisch gebenden Christdemokraten (UDC) legten stark zu. Selbst die Lega Nord gewann Anteile. Die unter sich stark zerstrittenen Oppositionsparteien bekamen zusammen nicht viel mehr Stimmen als die zunehmend von Spannungen geprägte Koalition, vermochten also von den Schwächen der Regierung kaum zu profitieren. Während die äußerste Linke zulegte, konnte die in sich zerstrittene und demzufolge mit einem schwammigen Programm angetretene Parteienverbindung »Uniti nell' Ulivo« ihren Stimmenanteil mit 31,1% lediglich halten. Der ehemalige Ministerpräsident und derzeitige Präsident der EU-Kommission Prodi will dieses heterogene Parteienbündnis nach dem Ablauf seines Mandats im Oktober 2004 in die Parlamentswahlen 2006 führen.

Die während der Jahre 2000/2002 zugenommenen **Arbeitskämpfe** sind zwar inzwischen wieder weniger geworden. Aber kürzere Streiks von Lehrern, Bahnbediensteten, Richtern, Angehörigen des Gesundheitsdienstes, Angestellte von Fluggesellschaften etc. erfolgen immer noch häufig. Bisweilen gibt es auch kurze Generalstreiks, wie etwa im Oktober 2003 gegen die Rentenreform. Der Motive gibt es viele. Lohnstreiks und politische Streiks wechseln mit solchen gegen den Abbau von Arbeitsplätzen. Auch sind die außerhalb des Kartells der drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL stehenden Cobas (Comitate di base) in wachsendem Maße aktiv geworden. Zwar hat Berlusconi eine Konfrontation mit den Gewerkschaften nach dem Muster von 1994 vermieden, und eine völlige Rückkehr von der »concertazione« zur »conflittualità« unseligen Angedenkens vor allem der siebziger Jahre ist nicht zu beobachten. Vielmehr sucht die Regierung von Fall zu Fall, und teilweise auch erfolgreich, die Gewerkschaftsfront zu spalten, um Projekte durchzubringen, wie etwa die Lohntarifverträge 2003/2004 sowie die Aufweichung des Kündigungsschutzes. Sie dürfte jedoch hellhörig geworden sein, als die drei Gewerkschaftsverbände und der führende Arbeitgeberverband Confindustria 2003 eine »Übereinkunft für Entwicklung, Beschäftigung und Wettbewerbs-

fähigkeit« schlossen, welche handfeste Forderungen auch finanzieller Art gegenüber der Regierung beinhaltet. Dies geschah vor dem Hintergrund einer bröckelnden »Italien AG«, wobei die traditionell führende Position einiger weniger Unternehmerdynastien im Zuge von EU-Integration und Globalisierung weiter stark erodiert. In letzter Zeit wurde sie zusätzlich erschüttert durch Probleme bei FIAT sowie durch die skandalösen Zusammenbrüche von PARMALAT und dem Nahrungsmittelkonzern Cirio, die auch den Bankensektor und sogar den Präsidenten der Banca d'Italia in Mitleidenschaft zogen. Indiz hierfür ist die vor vier Jahren erfolgte Wahl eines Repräsentanten der Mittel- und Kleinunternehmen statt eines Vertreters der alten Wirtschaftsdynastien zum Präsidenten der straff organisierten und rund 113 000 Firmen umfassenden Confindustria. Sein kürzlich gekürter Nachfolger und neuer Chef von FIAT kritisierte auch gleich massiv die ordnungspolitische Ausrichtung der Regierung und regte eine stärkere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an, wobei er ausdrücklich auf die 1993 begonnene erfolgreiche »concertazione« zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden rekurrierte.

Die **Föderalisierung** Italiens macht weitere langsame Fortschritte. So sprach sich das Parlament Anfang des Jahres für einen »regionalisierten Senat« aus, im dem künftig Vertreter der Regionen sitzen sollen.

Wirtschaftspolitisch bürgt die, wenn auch allmählich abnehmende Stabilität der Regierung zwar für Kontinuität. Das heißt jedoch: sehr zögerliche Fortsetzung des Reformkurses und der Privatisierungen sowie ein Festhalten an der nicht eben seriösen und zu wachsenden Haushaltsdefiziten führenden Finanzpolitik. Diese Entwicklung ist auch 2005 abzusehen, zumal es im Vorfeld der 2006 fälligen Parlamentswahlen Wohltaten zu verteilen gilt. Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik insgesamt leichte Impulse. Ein neues »Miracolo economico« ist unter diesen Umständen auch auf längere Sicht nicht zu erwarten.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2,7%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 1/2%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3/4% zu, im Euroraum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 etwa unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf

Dollar-Basis um etwa 17%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welt-handels** hat gegenüber 2002 um 4% expandiert.

In **Italien** blieb die konjunkturelle Entwicklung – wie andernorts auch – beträchtlich hinter den Erwartungen zurück. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte um 0,3%, nachdem die Regierung noch im Herbst 2002 mit 2,3% gerechnet hatte. Während des ersten Halbjahrs hatte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung annähernd stagniert, infolge des flauen weltwirtschaftlichen Umfelds, der Energiepreiserhöhungen, SARS sowie des Konflikts im Irak. Hinzu kam die lange sommerliche Trockenheit, welche zu beträchtlichen Ernteaussfällen führte. Retardierend machte sich auch das Auslaufen der steuerlichen Investitionsförderung (»Legge Tremonti Bis«) Ende 2002 bemerkbar, da Investitionen vorgezogen worden waren. Dieser Effekt wirkte in Form laufend sinkender Bruttoanlageinvestitionen weiter, denn auch im zweiten Halbjahr belebte sich die Konjunktur kaum, obwohl Geld- und Finanzpolitik stimulierten, die Ölpreise gesunken waren und die Weltwirtschaft einen kräftigen Aufschwung genommen hatte. Allerdings setzte sich die kräftige Aufwertung des Euro fort. Die Lohnpolitik war von einem allmählich zunehmenden Lohnanstieg geprägt. Dank etwas höherer Beschäftigung (pro Kopf, aber nicht pro Mannjahr) – die Arbeitslosenquote sank auf 8,6% im Jahresdurchschnitt – und rückläufiger Sparquote ist der Konsum nicht eingebrochen, obwohl sich das Konsumklima verschlechterte. Der öffentliche Verbrauch nahm im Verlauf nur geringfügig zu. Die Exportentwicklung erfuhr um die Jahresmitte eine Wende zum Besseren. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöhte sich kräftig. Die Inflation beruhigte sich im weiteren Verlauf des Jahres, doch stiegen die Verbraucherpreise mit 2,8% sogar noch stärker als 2002.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind während des gesamten Jahres spürbar zurückgegangen. Gegenüber 2002 belief sich das Minus auf 1,2%. Ausschlaggebend war der mit rund 5% beträchtliche Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen, bedingt durch die Ende 2002 auslaufende steuerliche Investitionsförderung (»Tremonti Bis«): So wurde während des zweiten Halbjahrs 2002 infolge von Vorzieheffekten beschleunigt und kräftig investiert. Hierauf folgte im ersten Quartal 2003 ein scharfer Rückgang, der sich anschließend – allerdings wesentlich langsamer – fortsetzte. Ein ähnliches Konzept zur Ankurbelung der Investitionen (»Legge Tremonti«) hatte Mitte der neunziger Jahre ausnahmsweise gut funktioniert; doch herrschten damals andere Bedingungen, so dass die Gunst der Stunde dem Programm zum Erfolg verhalf. Das Sinken der Ausrüstungsinvestitionen, begleitet von einer unter den langfristigen Durchschnitt fallenden Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie sowie ungünstiger Ertragslage und pessimistischen Exporterwartungen, resultierte weder aus einer Kreditklem-

me (wenn auch hauptsächlich Kleinunternehmen es verschiedentlich schwerer haben an Kredite zu kommen), noch aus der Zinsentwicklung; diese war nämlich zunächst weiter abwärts gerichtet. Für den Bausektor war die steuerliche Förderung zwar verlängert worden. Doch wirkten sich jetzt auch hier die Vorzieheffekte retardierend aus: Die Investitionen im Wohnungsbau expandierten verlangsamt, und beim industriell-gewerblichen Bau gingen sie zurück. Demgegenüber hat die öffentliche Hand stark beschleunigt in Bauprojekte investiert. Die Bauinvestitionen nahmen insgesamt um 1³/₄% zu, nach 3¹/₄% 2002.

Der **private Konsum** hat im Laufe des Jahres tendenziell stagniert, lag jedoch infolge des Überhangs zu Jahresbeginn um 1,3% über dem Volumen von 2002. Einem Rückgang des Verbrauchs standen der leichte Reallohnanstieg und die gesunkene Sparquote sowie die weitere Zunahme der Beschäftigung entgegen. Das auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima war nur wenig ungünstiger als im langfristigen Durchschnitt. Allerdings haben die Diskussionen um eine Reform der Sozialversicherung weite Teile der Bevölkerung irritiert. Als ungünstig erwiesen sich zudem die Massenentlassungen bei FIAT, einer italienischen Institution, und die ständig nach unten revidierten Konjunkturprognosen. Der Absatz von Personautos ist gegenüber dem Vorjahr etwas geschrumpft, während Einrichtungsgegenstände noch etwas zulegen konnten. Der **öffentliche Verbrauch** wurde um 2,2% ausgeweitet, bei nur schwacher Zunahme im Verlauf des Jahres.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (– 3,9%) entwickelte sich wesentlich schwächer als die Inlandsnachfrage. Zunächst ging sie weiter zurück, stieg im dritten Quartal kräftig und sank anschließend erneut. Die Aufwertung des Euro, die gegenüber wichtigen Konkurrenten überdurchschnittlich zunehmenden Lohnstückkosten (bei etwas gesunkener Arbeitsproduktivität), der massiv verschärfte Wettbewerb durch ostasiatische Anbieter bei Produkten der Leichtindustrie, die als Stärke der italienischen Exportwirtschaft gelten (Schuhe, Bekleidung, Einrichtungsgegenstände etc.), sowie die Konsumflaute in wichtigen europäischen Abnehmerländern wirkten retardierend. Für die Investitionsgüterindustrie war vor allem die Investitionsflaute in Westeuropa das ausschlaggebende Handicap. Auch sind italienische Unternehmen noch nicht genug auf dem prosperierenden ostasiatischen Märkten etabliert, dass sie vom dortigen starken Wirtschaftswachstum wesentlich profitieren könnten. Die **Einfuhr** nahm nur wenig ab, und die Terms of Trade entwickelten sich weniger günstig, so dass die **Leistungsbilanz** einen auf 1,2% des BIP erhöhten Fehlbetrag auswies.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage nach der Jahresmitte kaum noch. Gegenüber 2002 nahm die Beschäftigung um 1/2% zu, wobei weiterhin vor allem Teilzeitstellen

entstanden, meist auf der Basis befristeter Arbeitsverträge. Zahlreiche Beschäftigte (reichlich 3% der offiziell Beschäftigten) tauchten aus der Schattenwirtschaft auf und beantragten ihre Legalisierung. Die Mitte der neunziger Jahre eingeleitete Deregulierung des Arbeitsmarktes wirkt sich also immer noch günstig aus. Als förderlich erwiesen sich auch die stattlichen bei der Neueinstellung von Arbeitnehmern gezahlten staatlichen Prämien. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt auf 8,7% zurück, obwohl die Erwerbsbevölkerung durch Zuwanderung laufend steigt.

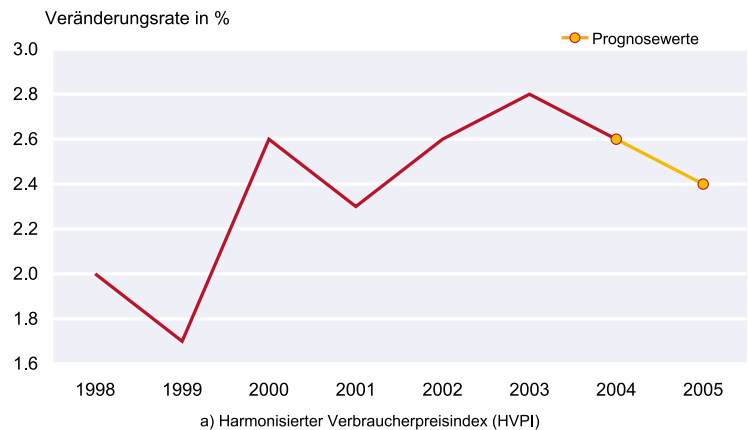
Auf der Verbraucherstufe erhöhten sich die Preise zu Beginn des Jahres rasch – die Produzentenpreise blieben hingegen das ganze Jahr über fast stabil – vor allem infolge des kräftigen Schubs bei den Preisen für Energie, die dann im weiteren Verlauf sanken. Stetig und spürbar stiegen die Nahrungsmittelpreise – vor allem jene für Obst und Gemüse, wesentlich bedingt durch den anhaltenden Wassermangel in der Landwirtschaft. Hinzu kam, dass der geschützte Sektor seine Gewinnmargen ausgeweitet hat. Insgesamt war das Preisniveau während des Sommers kaum verändert. Es erhöhte sich im Herbst nur wenig, obwohl Bank- und Autobahngebühren, Kfz-Versicherungen etc. teurer wurden. Im Jahresdurchschnitt lagen die **Konsumentenpreise** (HVPI) um 2,8% über dem Niveau von 2002. Die Rate war nicht nur höher als im Jahr zuvor, sondern übertraf auch den westeuropäischen Durchschnitt spürbar. Dabei dürfte sie den tatsächlichen Preisanstieg sogar noch unterzeichnen.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik gibt der Konjunktur heuer und vermutlich auch 2005 insgesamt leichte Impulse und bleibt – soweit sie intern determiniert ist – über weite Strecken improvisiert. Das gilt in erster Linie für die Finanzpolitik bei (in Relation zum BIP) weiter steigendem öffentlichen Finanzierungsdefizit. Die Geldpolitik wirkt noch bis ins kommende Jahr hinein expansiv, selbst wenn die Europäische Zentralbank Ende dieses Jahres beginnen sollte, die Zinsen anzuhängen. Die Lohnpolitik wirkt ebenfalls in diese Richtung, da neu abgeschlossene Tarifverträge höhere Lohnsteigerungen vorsehen als die ausgelaufenen Verträge. Und die dämpfende Wirkung der zurückliegenden starken Aufwertung des Euro klingt zunächst langsam ab. Struktur- und ordnungspolitisch ist nicht viel zu erwarten angesichts der näher rückenden Parlamentswahlen 2006.

Die **Geldpolitik** stützt die Konjunktur bis in das Jahr 2005 hinein. Allerdings lässt die Intensität sukzessive nach. Zwar erfolgte die letzte Verringerung des Schlüsselzinses (auf 2%)

Konsumentenpreise^{a)}



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Juni 2003 – als vermutlich letzter Schritt einer seit Mai 2001 zu beobachtenden Reihe von Zinssenkungen (damals war der Leitzins von 4,75 auf 4,5% herabgesetzt worden). Aber erstens wirken Zinssatzänderungen mit längerer Verzögerung – das gilt auch für den Fall, dass die EZB die Zinsen, beginnend Ende 2004 allmählich heraufsetzt, so dass nennenswerte bremsende Effekte kaum vor Ende 2005 zu erwarten sind. Zweitens ist ausreichend Liquidität vorhanden, selbst wenn man berücksichtigt, dass M3 in erheblichem Umfang Gelder enthält, die wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen und in Erwartung höherer Renditen kurzfristig geparkt und eigentlich dem langfristigen Kapital zuzurechnen sind. Die der EZB als wichtige Referenzgröße dienende Geldmenge M3 lag seit 1999 stets weit über dem Zielwert von 4,5% p.a. und übertraf 2003 das Vorjahresniveau um 8%. Erst seit Spätsommer 2003 gehen die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich stetig und spürbar zurück – auf zuletzt 4,7% im Mai. Drittens lagen die kurzfristigen Realzinsen (Dreimonatszinsen) während des zweiten Halbjahrs 2003 angesichts einer Teuerungsrate (HVPI) von 2,1% im Euroraum bei null, und sie dürften im laufenden Jahr kaum, 2005 allerdings wieder rascher steigen. Denn es ist im Zuge der konjunkturellen Erholung 2005 mit einer Zinsanhebung durch die EZB zu rechnen zwecks Sicherung des mäßigen Preisauftriebs, neben M3 ihrem zweiten wichtigen Referenzwert (die Anstiegsrate der Konsumentenpreise soll »mittelfristig nahe 2%« liegen). Auch die Kapitalmarktzinsen bleiben real noch einige Zeit niedrig, obwohl der Tiefpunkt des Zinszyklus im zweiten Quartal 2003 durchschritten worden war. Für **Italien** erscheinen die kurzfristigen Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum zu hoch. Doch sind sie sogar mehr als angemessen, wenn man die deutlich negativen Realzinsen berücksichtigt. Die Preisentwicklung würde spürbar höhere Zinsen erfordern. Die italienische Inflationsrate dürfte heuer und 2005 die mittelfristige Zielgröße der EZB erneut deutlich überschreiten, auch infolge der erheblich gestie-

genen Preise für Rohöl und Industrierohstoffe. Die Finanzierungsmodalitäten bleiben für die Unternehmen trotz aufwärts tendierender kurz- und langfristiger Zinsen auch 2005 insgesamt befriedigend, obwohl die öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP nicht nur steigende, sondern auch erhebliche Defizite ausweisen werden. Trotz nachwirkender trüber Erfahrungen aus den Zeiten der New-Economy-Blase verfahren die Kreditinstitute bei der Kreditvergabe an Unternehmen allmählich weniger restriktiv, wenn auch besonders kleinere Unternehmen vielfach Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme haben. Entscheidend ist aber weniger die Verfügbarkeit von Krediten, sondern die schwache Nachfrage nach denselben. Auch hier wurde in erheblichem Umfang Kapital in Erwartung höherer langfristiger Zinsen auf dem Geldmarkt geparkt. Bremsend, wenn auch im weiteren Verlauf abgeschwächt, wirkt hingegen die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese hatte Anfang 2002 begonnen und sich fast durchgängig bis Anfang 2004 fortgesetzt. Erst zuletzt war der Trend, vermutlich nur vorübergehend, unterbrochen. Nominal gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar im Schnitt des Jahres 2002 5,6% und 2003 19,7%. Real effektiv ist die Aufwertung 2003 mit 11,3% allerdings deutlich geringer ausgefallen.

Die **Finanzpolitik**, wie kaum ein anderes Feld der Regierungspolitik von Improvisation, unseriösen Aushilfen und »kreativer Buchführung« geprägt, dürfte die Konjunktur heuer und 2005 etwas stimulieren, was mit Blick auf das schwache Wirtschaftswachstum begrüßt werden mag. Doch der finanzpolitische Preis ist hoch: Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand wächst in Relation zum BIP rasch und wird schon heuer mit rund 3% und 2005 mit ca. 4% die vom Vertrag von Maastricht gezogene Grenze überschreiten, falls es nicht im Sommer zu einem Nachtragshaushalt kommt. 2003 konnte der Fehlbetrag 2003 noch auf 2,5% begrenzt werden. Er hätte indes bei 4% gelegen, würde man die Erlöse aus Immobilienverkäufen und Steueramnestien ausklammern. Die öffentliche Verschuldung dürfte folglich über die für 2003 ausgewiesenen 106,2% des BIP steigen, anstatt weiter zurückzugehen. Der unter diesen Umständen bereits fällige »blaue Brief« der EU-Kommission wurde bis nach den Europa-Wahlen verschoben. Für weitere Steuer-senkungen besteht also kein Spielraum mehr, nachdem 2003 Einkommen- und Körperschaftsteuer gesenkt worden waren. Was »kreative Buchhaltung« anlangt, so werden in Anlehnung an das deutsche Beispiel in Staatsbesitz befindliche Aktien auf die 2003 gegründete halbstaatliche Cassa Depositi e Pristiti (CDP) umgebucht; auf diese Weise wurde die Staatsverschuldung 2003 um rund 11 Mrd. € gedrückt. Dieser Kunstgriff wird Bestandteil des finanzpolitischen Instrumentariums bleiben, solange der Staat noch über entsprechende Aktiva verfügt. Die in der Finanzplanung (Documento programmatico economico e finanziario) 2004/2007 genannten konsolidierungspolitischen Vorgaben sind bereits jetzt überholt, was allerdings wesentlich

auch in der lahmen Konjunktur seine Ursache hat. So sind im Staatshaushalt 2004 gegenüber der mittelfristigen Planung auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite Korrekturen von jeweils ca. 16 Mrd. € vorgesehen, mit deren Hilfe, basierend auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1,9% das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand 2004 auf 2,2% zurückgeführt und 2006 der Haushaltsausgleich erreicht werden sollte. Nun ist die Zunahme des realen BIP nur noch mit gut 1% anzusetzen, was gegenüber dem Voranschlag die Ausgaben anschwellen und die Einnahmen niedriger ausfallen lässt. Die Ausgaben waren bereits großzügig budgetiert – u.a. wurden die öffentlichen Bauinvestitionen spürbar höher dotiert. Zudem bestehen die Korrekturen auf der Einnahmeseite wieder zu rund zwei Dritteln aus Einmaleffekten, wie Steueramnestie (sie gilt diesmal den für schätzungsweise 330 000 illegal errichtete Baulichkeiten verantwortlichen »Bausündern« und soll rund 2 Mrd. € bringen), Verkäufe oder Verbriefung von staatlichen Immobilien (diese fließen unmittelbar in das Budget, während Privatisierungserlöse zur Schuldentilgung verwendet werden müssen) etc. Wachstumspolitische Spielräume werden weder hier noch auf der Ausgabenseite geschaffen, wenn man von der intensiveren Forschungsförderung absieht; hierfür ist es allerdings höchste Zeit bei F&E-Aufwendungen, die mit 1% des BIP gerade halb so hoch sind wie im Durchschnitt der EU-15. Vielmehr versucht man der Überalterung durch die Zahlung einer Prämie (1 000 €) für neugeborene Geschwister entgegenzuwirken, nachdem bereits seit einiger Zeit für Erstgeborene 800 € gezahlt werden – nach überwiegender Ansicht unwirksame Ausgaben. Ferner wurde die steuerliche Förderung von Bauinvestitionen bis Ende 2004 verlängert. Von der Ende 2003 mit großen Abstrichen verabschiedeten Rentenreform sind hingegen keinerlei Entlastungen zu erwarten, da diese erst ab 2008 greift. Dabei liegen die Ausgaben für die Altersversorgung mit rund 14% des BIP europaweit mit an der Spitze. 3 bis 4 Mrd. € sollen an zusätzlichen Einnahmen durch die Verringerung von Steuervorteilen bei Dividenden für natürliche Personen ohne maßgebliche Beteiligung an Unternehmen erzielt werden. Andererseits zahlen sehr wohlhabende Privatpersonen seit Anfang 2004 deutlich geringere Steuern auf Dividenden als in der Schweiz, so dass Finanzinstitute im Tessin bereits die Abwanderung von Kunden nach Italien befürchten.

Lohnpolitisch zeichnet sich seit einiger Zeit eine weniger maßvolle Linie ab. Erstens sehen die ab Mitte 2003 neu geschlossenen Lohntarifverträge etwas höhere Lohnsteigerungen vor als zuvor. Und zweitens basieren die bis 2004 laufenden Abkommen – etwa das zwischen den Gewerkschaftsverbänden CISL und UIL mit dem Verband der metallverarbeitenden Industrie (Federmeccanica) auf offiziellen, also viel zu niedrigen Inflationsprognosen, so dass es auf Branchen- und Betriebsebene zu unterschiedlichen, aber spürbaren Nachzahlungen kommt, womit der heuer bei $\frac{3}{4}$ %

liegende Produktivitätsgewinn erheblich übertroffen wird. 2005 schrumpft die Diskrepanz etwas.

Energiepolitisch wurde ein Fortschritt insofern erzielt, als per Dekret der Bau von 10 000 MW neuer Kraftwerkskapazität meist auf Kohlebasis in Elektrizitätswerken (die installierte Kapazität von 77 000 MW ist nur zu rund zwei Dritteln am Netz) initiiert wurde, nachdem zwei Jahrzehnte lang keine neuen Kapazitäten ans Netz gegangen waren. Vielmehr hatte man sich trotz des jährlich um etwa 2% wachsenden Stromverbrauchs darauf verlassen, die immer größer werdende Lücke zwischen Nachfrage und nationaler Produktion (derzeit beläuft sich diese auf rund 20%) durch Importe vornehmlich aus Frankreich und der Schweiz schließen zu können. Der heiße Sommer 2003 mit seinen vielen Stromabschaltungen hat diese Leichtfertigkeit evident werden lassen. Die Durchlaufzeit beim Bau neuer Kraftwerke erlaubt eine Entlastung der angespannten Lage sowie die mit diesen verbundene Verringerung der hohen Abhängigkeit von Erdöl (auf dieser Grundlage werden derzeit ca. zwei Drittel des elektrischen Stroms erzeugt) und Erdgas indes erst auf mittlere Sicht. Engpässe gibt es darüber hinaus beim insgesamt gut unterhaltenen Leitungsnetz. Das gilt sowohl für die Anbindung an das schweizerische Netz, über welches das Gros auch der französischen Lieferungen läuft, als auch für die Vernetzungsdichte. Letztere bietet zu wenig Möglichkeiten, bei Ausfällen von einer auf eine andere Leitung umzuschalten. Die für die Kostenbelastung der Wirtschaft entscheidende Frage einer Senkung der weit über dem westeuropäischen Durchschnitt liegenden Stromtarife wurde noch nicht einmal ansatzweise angegangen.

Die **Privatisierung** öffentlicher Unternehmen, nach dem kräftigen Schub 1993/2001 im Jahre 2002 ins Stocken geraten, wurde Ende vorigen Jahres wieder forciert. Die Restbeteiligung an der Telecom Italia wurde für 1,5 Mrd. € abgestoßen, die staatliche Tabakregie ETI ging en bloc an British-American-Tobacco, und vom führenden Elektrizitätsunternehmen ENEL wurden 6,5% des Kapitals veräußert. Kürzlich privatisierte ENEL das Stromnetz seiner Tochtergesellschaft Terna, der 94% des Hochspannungsnetzes gehört, zunächst zur Hälfte, bei deutlicher Überzeichnung des Angebots. Sie soll bis 2005 mit dem staatlichen Netzbetreiber GRTN fusioniert werden. Weitere Privatisierungen sind geplant, darunter auch die der zu 65% in Staatbesitz befindlichen ALITALIA. Noch 2004 steht die Teilprivatisierung der Flughäfen Venedig und Pisa an.

Ordnungspolitisch ist zunehmend für Irritationen gesorgt. War die Regierung Berlusconi noch mit einem unüberhörbaren neo-liberalen Tenor angetreten, so sorgt sie nun häufiger mit entgegengesetzten Thesen für Aufmerksamkeit. Etwa wenn der Premierminister Schutzzölle gegen das Sozialdumping Chinas fordert oder zur Inflationsbekämpfung Preiskontrollen androht.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 4^{1/2}%. Auch in **Japan** nehmen Nachfrage und Produktion um 4^{1/2}% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 4^{1/4}%. In **Westeuropa** und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; in Deutschland sowie im Euroraum expandiert es um 1^{3/4}%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 34 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 25% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9^{3/4}% ausgeweitet werden.

In **Italien**, wie in den anderen westeuropäischen Volkswirtschaften auch, ist das erste Quartal konjunkturell besser gelaufen als erwartet. Nachfrage und Produktion erhöhten sich gegenüber dem vierten Quartal 2003 um 0,4% und im Vorjahresvergleich um 0,8%. Allerdings dürfte die Entwicklung tendenziell moderat aufwärts gerichtet sein, obwohl die Wirtschaftspolitik insgesamt etwas stützt. Hierauf lassen auch die auf der Basis von Unternehmens- und Verbraucherbefragungen erhobenen Indikatoren für das Wirtschaftsklima schließen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um gut 1% expandieren; in Süditalien ist wiederum eine höhere Rate zu erwarten, auch weil dort mehr öffentliche Mittel eingesetzt werden. Dies wäre dann eines der schlechtesten Produktionsergebnisse Europas. Es würde nur wenig höher liegen, wenn es nicht jüngst zu der starken Verteuerung von Rohöl gekommen wäre. Ausschlaggebend für die schwache Erholung sind sowohl Inlandsnachfrage als auch der verstärkt negative Außenbeitrag; die Ausfuhr steigt trotz des kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwungs nur langsam, während der Import rascher zunimmt. Da zudem die Terms of Trade ungünstiger werden, erhöht sich das Defizit der Leistungsbilanz auf 1^{3/4}% des BIP. Die Inlandsnachfrage gewinnt langsam an Schwung. So werden der private Konsum etwa gleich stark und der Staatsverbrauch nur wenig langsamer ausgeweitet als im Vorjahr. Die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen wurde zwar überwunden, doch erhöhen sich diese im Verlauf eher mäßig. Unter diesen Umständen ist keine nennenswerte Besserung auf dem Arbeitsmarkt mehr zu erwarten. Die Arbeitslosenquote dürfte bei 8^{1/2}% liegen. Der Preisauftrieb beschleunigt sich infolge der spürbar verteuerten Energie; die Konsumentenpreise steigen um 2^{1/2}%, also stärker als noch vor kurzem erwartet.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (Anteil am BIP 27%) dürften nach dem Rückgang im ersten Quartal spürbar expandieren, gegenüber 2003 aber nur um 2^{3/4}% zunehmen. Die Exporterwartungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe haben sich zwar bis zuletzt weiter ver-

bessert, liegen damit aber erst wieder beim langfristigen Durchschnitt. Verschiedene – meist strukturelle – Gründe sprechen dafür, dass sich die günstige Weltkonjunktur weniger auf die Auslandslieferungen auswirkt, als das in anderen westeuropäischen Ländern (u.a. in Deutschland) der Fall ist. Erstens ist die Ausrichtung auf die prosperierenden Volkswirtschaften Ostasiens sowie Mittel- und Osteuropas relativ gering, während das konjunkturell nur langsam vorankommende Westeuropa als Absatzmarkt mit einem Anteil an den Warenexporten von 57% dominiert, und zwar sowohl bei Konsum- als auch bei Investitionsgütern. Zweitens bleibt vor allem der Konkurrenzdruck aus China für die Produzenten »klassischer« italienischer Konsumgüter sogar auf dem heimischen Markt groß. Drittens ist die Erzeugung zu wenig auf F&E-intensive, technologisch hochwertige Produkte, insbesondere IT-Erzeugnisse, ausgerichtet. Was nach dem Platzen der New-Economy-Blase ein Vorteil war, wendet sich jetzt wieder zum Nachteil. Viertens dämpft die zurückliegende starke Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen des Dollarraums, wenn auch in abnehmendem Maße. Fünftens sinkt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter als Folge spürbar erhöhter Lohnstückkosten bei geringem Produktivitätswachstum. Das gilt auch für den Ausländertourismus (Einnahmen 2002: 28,4 Mrd. €), dessen Wachstum zudem unter der flauen Konsumausweitung in den wichtigsten europäischen Herkunftsländern leidet. Der **Import**, der 26% des BIP entspricht, erhöht sich infolge der schwach steigenden Inlandsnachfrage nicht viel stärker als die Ausfuhr. Da zudem die Terms of Trade infolge des Preisschubs und der besonders hohen Abhängigkeit von Energieimporten ungünstiger werden, ist mit einem auf 1³/₄% des BIP erhöhten Passivum der **Leistungsbilanz** zu rechnen.

Der **private Konsum**, auf den 60% des BIP entfallen, nimmt vermutlich um 1¹/₄%, im Verlauf also mäßig, zu. Hierauf lässt auch das auf der Basis von Verbraucherumfragen erhobene

ne Konsumklima schließen, das seit Jahresbeginn auf einem ungünstigeren Niveau verharrt als 2003, obwohl für das erste Quartal eine spürbare Ausweitung gemeldet wurde. Zwar bleiben die Zinsen niedrig. Aber die Reallöhne werden nur wenig rascher steigen als bisher. Das ist mit auf die im Zuge der Erdölverteuerung stärker als erwartet steigenden Preise zurückzuführen, denen der Inflationsausgleich erst später und nur teilweise folgt. Die konjunkturellen Aussichten sind nach wie vor gedämpft, und die Beschäftigung nimmt im Verlauf kaum noch zu. Unter diesen Umständen ist auch nicht mit einem Rückgang der Sparquote zu rechnen. Diese könnte eher etwas steigen, da sich die Verbindlichkeiten der traditionell kaum verschuldeten privaten Haushalte während der letzten Jahre deutlich erhöht haben und deren Bedienung zunehmend als belastend empfunden wird. Hieran ändern auch die weiter steigenden Hauspreise nichts, die nach populärer anglo-amerikanischer Lesart eine sehr wichtige Determinante des privaten Konsums sind – in den USA und in Großbritannien, aber nicht in Italien, wo Haus- und Wohnungseigentum (fast 80% der Haushalte bewohnen Eigenheime, auch weil der Mieterschutz nach wie vor sehr rigide ist) üblicherweise als bleibender Besitz und nicht als Spekulations- und Beleihungsobjekt zur Finanzierung von Konsum verstanden wird. Auch spielen die Börsenkurse angesichts des wenig verbreiteten Aktienbesitzes – auch hier wiederum anders als in den USA – keine nennenswerte Rolle beim Verhalten der Verbraucher. Besonders das breite Publikum engagiert sich traditionell ganz überwiegend in Obligationen. Der **öffentliche Verbrauch** (19% Anteil am BIP) dürfte um annähernd 2% expandieren, auch weil der Zinsendienst für die steigende Staatsschuld (gut 106% des BIP) nicht mehr sinkt, sondern allmählich steigt.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (Anteil am BIP 19,8%, also etwas mehr als im Schnitt der EU-15) fanden im ersten Quartal zwar rasch aus der Rezession heraus. Gegenüber 2003

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2002	2003	2004 ^{a)}				2005 ^{a)}			
			REF ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	REF ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,3	0,5	1,0	1,2	0,9	1,4	2,3	2,1	1,9
Inlandsnachfrage	1,3	1,2	0,7	1,4	1,5	1,2	1,6	2,5	2,2	2,7
Privater Verbrauch	0,5	1,3	1,1	1,0	1,5	1,0	1,8	2,3	2,1	2,4
Staatsverbrauch	1,9	2,2	1,6	1,9	1,2	0,3	0,7	1,9	1,2	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	-2,1	0,0	1,0	1,8	0,0	2,0	3,5	3,3	5,2
Exporte ^{f)}	-3,4	-3,9	1,2	2,6	2,5	2,4	3,8	5,0	6,0	5,7
Importe ^{f)}	-0,2	-0,6	1,9	4,0	3,5	3,8	4,7	5,9	6,5	8,6
Industrieproduktion (ohne Bau)	-1,4	-0,4	n.a.	0,8	n.a.	n.a.	n.a.	2,2	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,6	2,8	2,3	2,1	2,2	2,2	2,2	1,9	1,9	2,1
Arbeitslosenquote	9,0	8,7	8,6	8,4	8,6	8,6	8,3	8,2	8,5	8,5
Leistungsbilanz ^{g)}	-0,3	-1,2	-1,3	-1,4	-1,4	-2,0	-1,0	-1,2	-1,3	-2,9
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	-2,3	-2,4	-3,5	-2,9	-3,2	-3,1	-4,2	-3,1	-4,0	-3,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Riserche per l'Economia e la Finanza, Milano, vom März 2004. – ^{c)} Associazione PROMETEIA, Bologna, vom März 2004. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2004. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2004. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

dürften sie gleichwohl nur wenig zunehmen. Dies, obwohl die Steuervergünstigungen für Bauinvestitionen bis Ende 2004 verlängert worden sind. Aber die länger als früher bei ähnlichen Programmen wirkenden Vorzieheffekte von »Tremonti Bis« dämpfen immer noch die Investitionsneigung. Das gilt allerdings nur teilweise für die Bauinvestitionen. Bei diesen stimulieren vielmehr die immer noch günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, welche eine weitere, wenn auch verlangsamte Ausweitung des Wohnungsneubaus erwarten lassen. Der Rückgang bei Renovierungen Reparaturen läuft aus; die schwache Entwicklung der letzten Jahre war der Reflex verschiedener staatlicher Maßnahmen, welche Ende der neunziger Jahre einen bis ins Jahr 2000 reichenden Boom ausgelöst hatten. Die öffentlichen Investitionen, nehmen – wenn gleich verlangsamt – weiter zu, da nun eine Reihe großer Projekte im Infrastrukturbereich voll in der Durchführungsphase ist. Schlecht steht es hingegen um den industriell-gewerblichen Bau. Hier machen sich nicht nur die Vorzieheffekte negativ bemerkbar, sondern auch die schwache Konjunktur im Allgemeinen sowie die verhaltene Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im Besonderen. Zwar stützen die niedrigen Zinsen, und der Bedarf an Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen ist angesichts der andauernden Verlauste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit beträchtlich. Aber die Ertragslage bessert sich nur allmählich, die Absatzaussichten werden verhalten beurteilt, und die Auslastung der Kapazitäten ist in der verarbeitenden Industrie seit Beginn dieses Jahres unter den langfristigen Durchschnitt gesunken – für Erweiterungsinvestitionen, die normalerweise einen Investitionsaufschwung beflügeln, besteht also generell umso weniger Anlass, als Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen normalerweise eine Kapazitätserweiterung implizieren. Hinzu kommen strukturelle Problemen bei einigen Unternehmen wie etwa bei FIAT. Und schließlich ist Italien kein Magnet für Auslandsinvestitionen. 2002 kamen 4,4 Mrd. € aus Drittländern, während es z.B. in den Niederlanden 8,8 Mrd. € und in Frankreich 16,5 Mrd. € gewesen sind. Zwar leiden auch hier besonders viele kleinere und mittlere Firmen unter der gegenüber den späten neunziger Jahren erheblich vorsichtigeren Kreditvergabe der Finanzinstitute. Dies resultiert jedoch aus den mit dem Platzen der New-Economy-Blase verbundenen Erfahrungen, und nicht aus einer Kreditklemme. Der italienische Bankensektor hat vielmehr eine mehrjährige Phase erfolgreicher und vielfältiger Restrukturierung hinter sich, wird auch ertragsmäßig als gesund bezeichnet und klagt über eine schwache Kreditnachfrage.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage im Verlauf kaum noch. Gegenüber 2003 wird sich damit eine nur noch geringe Zuwachsrate bei der Beschäftigung ergeben, obwohl weiterhin für die Einstellung neuer Kräfte staatliche Beschäftigungsprämien gezahlt werden; Untersuchungen zeigen, dass diese vorwiegend jungen, gut ausgebildeten Arbeitssuchenden zu einer unbefristeten Anstellung verhelfen. Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums ist das

noch eine günstige Entwicklung, selbst wenn man die geringen Fortschritte bei der Arbeitsproduktivität ($\frac{3}{4}\%$ p.a.) berücksichtigt. Aber die 1997 gestarteten Arbeitsmarktreformen (»Patto Treu«) und bis zuletzt vorsichtig fortgeführte Liberalisierung führte nicht nur zu einer deutlichen Ausweitung von zeitlich befristeten sowie von Teilzeitarbeitsplätzen, sondern auch zum Auftauchen zahlreicher Arbeitskräfte aus der umfänglichen Schattenwirtschaft; Schätzungen bezüglich der letzteren lassen eine Größenordnung von 25% des BIP (für die Schweiz werden etwas 9% angenommen) vermuten. Bei weiterem durch Zuwanderung bedingtem Wachstum der Erwerbsbevölkerung dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt $8\frac{1}{2}\%$ betragen.

Die Inflation gewinnt allmählich wieder an Tempo. Hierauf lassen nicht nur die nach längerer Stagnation auf breiter Front wieder anziehenden Produzentenpreise schließen, sondern speziell die kräftige Verteuerung des Erdöls (und mit Verzögerung auch von Gas), die sich erst jetzt voll auswirkt. Die Ölverteuerung schlug im Mai nur deshalb nicht wie in den anderen westeuropäischen Ländern auf den Verbraucherpreisindex durch, weil gleichzeitig im Bereich der Telekommunikation nennenswerte Preissenkungen erfolgten. Am 1. Juli verteuerten sich Elektrizität um 1,2% und die Autobahnmaut um 2,6%. Zudem klingen die stabilisierenden Effekte der starken Euro-Aufwertung ab, und die Lohnstückkosten erhöhen sich eher schneller. Auch dürfte besonders der Handel seine Gewinnmargen weiter verbessern, was angesichts der flauen Nachfrage einmal mehr auf – nicht nur in diesem Sektor – ungenügenden Wettbewerb schließen lässt. Ferner führen Kürzungen bei staatlichen finanziellen Zuweisungen an die Gebietskörperschaften dort zur Anhebung von Steuern, Gebühren und Abgaben. Und schließlich ist die jahrzehntelang herrschende Inflationsmentalität noch nicht gebrochen, wie Preissetzungen besonders im Gastronomie- und Beherbergungssektor zeigen. In Dänemark, dessen Wirtschaft ebenfalls lange von kräftiger Inflation geprägt war, ergab sich während der achtziger Jahren eine Anpassungsphase von gut sieben Jahren, bis diese Verhaltensweise gebrochen und Stabilitätsbewusstsein eingekehrt war. In Italien dürfte dieser Prozess noch länger dauern. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften im Jahresdurchschnitt um $2\frac{1}{2}\%$ steigen.

Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um $3\frac{1}{2}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um $2\frac{1}{2}\%$ zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um $4\frac{1}{4}\%$. In **Westeuropa** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um $2\frac{1}{4}\%$; im Euroraum expandiert es um ca. 2% und in Deutschland um $1\frac{3}{4}\%$. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 32 US-Dollar pro

Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

In **Italien** setzt sich die konjunkturelle Erholung in wenig verändertem Tempo fort, schwach unterstützt von der Wirtschaftspolitik. Die Binnennachfrage nimmt etwas stärker zu, und der Außenbeitrag entwickelt sich nicht mehr so ungünstig. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandiert um rund 2%. Am kräftigsten wird die **Ausfuhr** steigen, nunmehr spürbar angeregt durch die bessere Konjunktur in Westeuropa, wo auch der private Verbrauch nicht mehr ganz so verhalten ausgeweitet wird. Da sich die Veränderungsraten von Ex- und Import annähern, dürfte das Defizit der Leistungsbilanz ungefähr jenem des Vorjahres entsprechen. Der Staatsverbrauch nimmt etwa in unverändertem Tempo, der private Konsum etwas rascher zu, bedingt durch höhere Reallohnsteigerungen und zunehmende Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres auf 8 1/4% sinken. Das Niveau der Lebenshaltungskosten liegt um 2 1/2% über jenem von 2004.

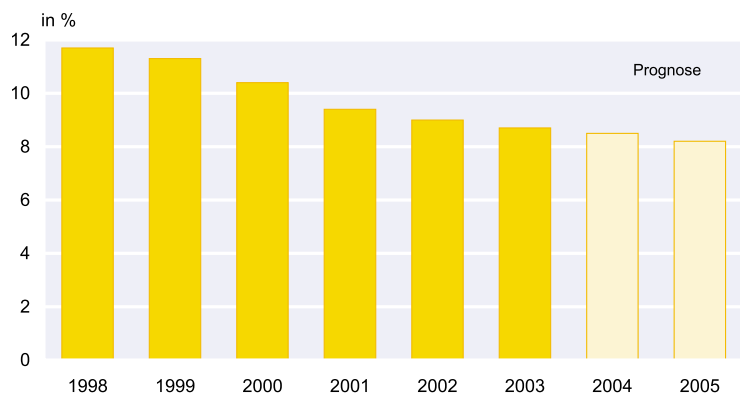
Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen dürfte um 5 1/2% expandieren, obwohl sich die Konjunktur in Ostasien etwas und in Nordamerika deutlich abkühlt. Wichtiger ist hingegen das weitere Abklingen der retardierenden Effekte der Euro-Aufwertung gegenüber den Währungen des Dollarraums sowie die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung auf dem Hauptabsatzmarkt Westeuropa, wo sowohl der private Konsum als auch die Ausrüstungsinvestitionen allmählich rascher zunehmen. Hiervon kann nicht nur die hoch entwickelte italienische Verbrauchsgüterindustrie, sondern auch die Investitionsgüterindustrie (Italiens Anteil am Weltexport von Maschinenbauerzeugnissen liegt bei knapp 10%, wobei Deutschland und Japan die schärfsten Konkurrenten sind) profitieren, zumal in Westeuropa der Investitionszyklus noch aufwärts weist. Allerdings verliert Italien weiter Anteile am Weltmarkt. Dies ist nicht nur auf den gegenüber wichtigen Wettbewerbern fortgesetzten Anstieg der Lohnstückkosten, sondern auch auf das ungenügende Angebot hochtechnologischer Produkte zurückzuführen. Die **Einfuhr** nimmt ebenfalls schneller zu, doch dürfte sich der negative Außenbeitrag nicht mehr nennenswert erhöhen. Obwohl eine leichte Verschlechterung der Terms of Trade zu erwarten ist, wird das Passivum der **Leistungsbilanz** vermutlich wieder eine Größenordnung von 1 3/4% erreichen.

Der **private Konsum** expandiert um reichlich 2%. Die Reallohne steigen etwas stärker als im Jahr zuvor, und die Beschäftigung wird im

Verlauf wieder ausgeweitet. Außerdem wird dann die Aufregung um die Reform der Rentenversicherung vollends abgeklungen sein. Und die Regierung dürfte im Vorfeld der Parlamentswahlen 2006 alles vermeiden, was das Konsumklima verschlechtern könnte. Die Sparquote wird wohl angesichts der besseren Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung leicht sinken, was zur weiteren Normalisierung des Pkw-Absatzes beiträgt. Die Käufe von Einrichtungsgegenständen nehmen bei weiter expandierendem Wohnungsbau langsam zu. Der **öffentliche Verbrauch** steigt erneut um etwa 2%.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ 3 1/2%) kommen stärker in Schwung. Das gilt überdurchschnittlich für die Ausrüstungsinvestitionen, auf die fast die Hälfte der Bruttoanlageinvestitionen entfallen. Hier stimulieren die trotz aufwärts tendierender Zinsen immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen, die optimistischer beurteilten Absatz- und Ertragserwartungen, die sich bessernde Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie sowie das endgültige Abklingen der Verzerrungen durch die »Legge Tremonti Bis«. Verstärkt wird in die Rationalisierung investiert, um den Anstieg der Lohnkosten zu bremsen, und veraltete Anlagen werden durch produktivere Einrichtungen ersetzt. Das gilt besonders im IT-Sektor. Von dieser Entwicklung wird der industriell-gewerbliche Bau angeregt. Zwar werden die Impulse schwach sein, aber die Flaute in diesem Bereich wird überwunden. Nochmals zulegen wird der öffentliche Bau (Wahlen 2006), auf den reichlich ein Fünftel der Bauinvestitionen entfallen. Die laufenden staatlichen Infrastrukturprojekte bilden weiterhin den Schwerpunkt. Der Wohnungsbau dürfte annähernd stagnieren, auch weil die steuerlichen Anreize Ende 2004 entfallen sollen (eine nochmalige Verlängerung erscheint jedoch als durchaus möglich), und die Finanzierung teurer wird. Eine schlechtere Entwicklung wird indes verhindert durch die sich günstiger als zuvor entwickelnden realen verfügbaren Einkommen der pri-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

vaten Haushalte, die nach wie vor beträchtliche Nachfrage vor allem nach eigengenutztem Wohnraum, auch infolge der anhaltenden Zuwanderung.

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich im Verlauf allmählich. Die Beschäftigung nimmt im Zuge der konjunkturellen Erholung langsam zu. Während die Landwirtschaft weiter Kräfte abgibt, wird die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich, aber auch im industriellen Sektor ausgeweitet. Die staatliche, bei Neueinstellungen gezahlte Prämie unterstützt weiterhin die Anstellung vor allem junger Mitarbeiter. Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse wird ebenso weiter ausgeweitet wie die Teilzeitbeschäftigung, deren Anteil mit rund 12% der Beschäftigten immer noch unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegt. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres auf 8¹/₄% zurückgehen.

Der Preisauftrieb setzt sich etwa im bisherigen Tempo fort, obwohl die inflationären Wirkungen des vorjährigen Ölpreisschubs abflauen. Aber die Tendenz zu stärkeren Lohn-erhöhungen hält an, was die Aufwärtstendenz der Lohnstückkosten unterstützt. Zudem werden die Unternehmen gerade des geschützten Bereichs bei verbesserter Konjunkturlage fortfahren, ihre Gewinnmargen auszuweiten. Und schließlich sind die stabilisierenden Wirkungen der Euro-Aufwertung nur noch gering. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften um 2¹/₂% über dem Niveau von 2004 liegen.

Abgeschlossen am 28. Juni 2004

Die Unternehmensdatenbank der Weltbank stellt Indikatoren bereit, anhand derer sich unternehmensbezogene Regulierungen von mehr als 130 Ländern vergleichen lassen. Die Indikatoren sind entwickelt worden in Zusammenarbeit mit der Lex Mundi Association, einem Zusammenschluss von Anwaltskanzleien, der International Bar Association und dem International Institute of Corporate Governance der Yale University. Sie beruhen auf der Auswertung von Gesetzen und Verordnungen, leitfadengestützten Interviews mit staatlichen Stellen, Verbänden und Experten sowie Expertisen von Consultingfirmen. Die Unternehmensdatenbank enthält unter anderem Daten und Informationen zur Gründung von Unternehmen.

Wenn jemand ein Unternehmen gründen möchte, muss er in der Regel eine Reihe von Genehmigungen einholen. Die diesbezüglichen Anforderungen unterscheiden sich von Land zu Land beträchtlich. Die Weltbank hat empirisch gestützte Indikatoren hinsichtlich dieser Anforderungen für Industrie- und Handelsfirmen mit bis zu 50 Beschäftigten und einem Gründungskapital mit bis zu dem Zehnfachen des jährlichen nationalen Pro-Kopf-Einkommens erhoben. Berücksichtigt werden neben Genehmigungen, welche die Regis-

trierung der Firmen betreffen, auch Auflagen, die die Arbeitsbedingungen, den Umweltschutz usw. beinhalten.

Die Datenbank über die Unternehmensgründungen enthält folgende Indikatoren:

- Anzahl der erforderlichen Genehmigungen,
- Dauer des Genehmigungsverfahrens,
- Kosten des Genehmigungsverfahrens und
- Höhe des erforderlichen Eigenkapitals.

Wie die Tabelle zeigt, können kleine und mittelgroße Unternehmen in Kanada, Neuseeland, Australien und in den Vereinigten Staaten besonders schnell und mit geringen Kosten gegründet werden. Auch die skandinavischen Länder sowie Großbritannien und Irland weisen günstige Bedingungen für Start-ups auf. Auf der anderen Seite gestalten sich Unternehmensneugründungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in den Mittelmeerländern relativ langwierig und teuer. Deutschland nimmt eine mittlere Position ein. Anfang 2004 waren – der Erhebung der Weltbank zufolge – neun Genehmigungen bei einer Neugründung einzuholen. Hierfür waren insgesamt 45 Tage erforder-

Unternehmensgründungen 2004

Land	Anzahl der erforderlichen Genehmigungen ^{a)}	Dauer (Tage) ^{b)}	Kosten (% des Pro-Kopf-Einkommens) ^{c)}	Mindesteigenkapital (% des Pro-Kopf-Einkommens) ^{d)}
Belgien	4	34	11,5	14,4
Dänemark	4	4	0,0	49,8
Deutschland	9	45	5,9	49,1
Finnland	3	14	1,2	29,8
Frankreich	7	8	1,1	29,2
Griechenland	15	38	36,0	135,2
Großbritannien	6	18	1,0	0,0
Irland	4	24	10,3	0,0
Italien	9	13	23,3	11,6
Lettland	7	17	16,8	45,0
Litauen	8	26	3,7	68,0
Niederlande	7	11	13,3	67,2
Österreich	9	29	6,1	65,6
Polen	10	31	20,6	247,4
Portugal	11	78	13,7	40,4
Schweden	3	16	0,7	38,5
Slowakei	9	52	5,6	50,3
Slowenien	10	61	12,0	19,9
Spanien	6	108	16,9	17,9
Tschechische Rep.	10	88	10,8	47,4
Ungarn	6	52	22,9	96,4
Norwegen	4	23	3,0	29,8
Schweiz	6	20	8,6	33,0
Australien	2	2	2,2	0,0
Japan	11	31	10,7	74,9
Kanada	2	3	1,0	0,0
Neuseeland	2	12	0,2	0,0
Vereinigte Staaten	5	5	0,6	0,0

a) Allgemein erforderliche Genehmigungen, ohne spezielle branchenspezifische oder große Unternehmen betreffende Anforderungen. – b) Summe der Dauer der einzelnen Genehmigungsverfahren. – c) Kosten des gesamten Genehmigungsverfahrens in Prozent des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens. – d) Bei einer Bank zu hinterlegendes Eigenkapital.

Quelle: The World Bank Group, Doing Business, 2004.

derlich, wobei allein die notarielle Beglaubigung der Satzung einer GmbH, die hier als Rechtsform zugrunde gelegt wurde, und die Eintragung in das Handelsregister 35 Tage in Anspruch nahmen. Die Kosten beliefen sich im Durchschnitt auf knapp 1 570 US-Dollar. Dies entsprach 5,9% des durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommens in Deutschland. Darüber hinaus mussten 10% des Haftungskapitals der GmbH glaubhaft nachgewiesen werden. Dies entsprach nach den Berechnungen der Weltbank gut 49% des Pro-Kopf-Einkommens.

Bei der Bewertung der Genehmigungsverfahren als »Eintrittsbarriere« ist zu berücksichtigen, dass die Aufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit eines »neuen« Unternehmens nicht immer von der »Einholung« und Erfüllung der amtsrelevanten Genehmigungen abhängig ist. Die Aufnahme einer Unternehmenstätigkeit kann schon dann erfolgen, wenn die rechtlichen und wirtschaftlichen Merkmale einer »selbständigen Tätigkeit« vorliegen.

W.O.

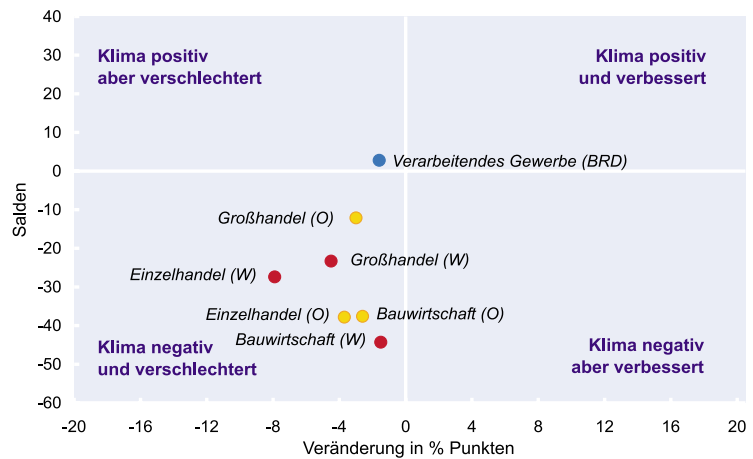
Die neuesten Ergebnisse des ifo Konjunkturtests bestätigen erneut die Prognose einer nur verhaltenen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung im Jahr 2004. Das Geschäftsklima in der **gewerblichen Wirtschaft** Deutschlands, ein sehr zuverlässiger Frühindikator, hat sich im Juni nach der Stabilisation im Vormonat leicht eingetrübt (Saldo wert: – 11,6 Prozentpunkte). Dabei tendierten sowohl die Urteile zur aktuellen Situation (Saldo wert: – 18,4 Prozentpunkte) als auch die Erwartungen (Saldo wert: – 4,6 Prozentpunkte) nach unten. Im Gegensatz zum Vormonat ist diesmal die Klimaverschlechterung nahezu ausschließlich auf die ungünstige Entwicklung in Westdeutschland zurückzuführen.

Deutlich ging der Geschäftsklimaindikator im Einzelhandel zurück, vor allem in Westdeutschland. Auch im Großhandel trübte sich das Klima spürbar ein, und zwar ebenfalls im Westen mehr als im Osten. Im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bauhauptgewerbe war die Verschlechterung weniger ausgeprägt (vgl. Abbildung).

Die Geschäftslage im **verarbeitenden Gewerbe** Deutschlands wurde im Durchschnitt etwas ungünstiger beurteilt als im Vormonat. Die Besserung im Konsumgüterbereich konnte die Abwärtsentwicklung im Vorleistung- sowie im Investitionsgüterbereich nicht ausgleichen. Während sich der Auftragseingang stabilisierte, wurde die Produktionstätigkeit etwas eingeschränkt. Trotzdem nahm der Lagerdruck geringfügig zu. In den Geschäftserwartungen kam abgeschwächter Optimismus zum Ausdruck. Auch hinsichtlich der Chancen im künftigen Exportgeschäft hat die Zuversicht nachgelassen, obwohl sich nach Ansicht der Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Monaten – vor allem auf den Auslandsmärkten innerhalb der EU – verbessert hat. Produktionssteigerungen waren nur noch vereinzelt vorgesehen, bei den Investitionsgüterproduzenten wurden die Pläne allerdings etwas nach oben korrigiert. Den Meldungen zufolge dürfte sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl in den nächsten Monaten etwas verlangsamen. Mit einem Anstieg der Verkaufspreise rechneten insbesondere die Vorleistungsgüterproduzenten.

In Ostdeutschland überwogen – im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt – sowohl bei der Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage als auch der Perspektiven die positiven Stimmen etwas deutlicher als im Vormonat. Die Nachfrage belebte sich, die Fertigung wurde allerdings zurückgefahren. Für die nächsten Monate zeigten die Produktionspläne bei vermindertem Lagerdruck wieder leicht nach oben, wenn gleich man vom Exportgeschäft nach wie vor nur geringe Impulse erwartete. Ein Ende des Personalabbaus ist noch nicht in Sicht.

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Juni 2004¹⁾



1) Saisonbereinigte Werte. BRD = Bundesrepublik Deutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland. Quelle: ifo Konjunkturtest.

Im westdeutschen **Bauhauptgewerbe** hat die Enttäuschung über die Auftragslage und auch über die Gesamtsituation erneut etwas zugenommen, sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau. Die Bauproduktion war rückläufig. Am Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten hat sich allerdings nichts verändert, er war mit 60% (saison- und witterungsbereinig) um 1 Prozentpunkt höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Hinsichtlich der weiteren Geschäftsentwicklung hat der Pessimismus im Tiefbau erneut etwas nachgelassen, im Hochbau dagegen abermals zugenommen. An der unbefriedigenden Geschäftslage in den neuen Bundesländern hat sich nichts Wesentliches verändert, sie wurde nach wie vor im Hochbau trotz Besserungstendenzen deutlich negativer eingestuft als im Tiefbau. In beiden Sektoren schätzten die Firmen ihre Geschäftsaussichten für das kommende halbe Jahr mit erhöhtem Pessimismus ein. Die Geräte waren mit 70% etwas besser ausgelastet als im Vormonat, aber geringer als im Juni 2003. Wie im Westen lag die Reichweite der Auftragsreserven mit 2,1 Produktionsmonaten unter den vergleichbaren Vorjahreswerten (jeweils 2,3 Monaten). Den Meldungen zufolge dürften die Baupreise in den nächsten Monaten nur in den neuen Bundesländern etwas anziehen. Der Anteil der Unternehmen, die von einer Abnahme der Beschäftigtenzahl ausgingen, war im Osten mit per saldo 23% deutlich geringer als im Westen (37%).

Die westdeutschen **Großhandelsunternehmen** stufen ihre aktuelle Geschäftslage erneut negativer ein als im Vormonat. Dies ist vor allem auf die Verschlechterung im Nahrungs- und Genussmittelbereich zurückzuführen, während im Ge- und Verbrauchsgüterbereich sogar eine leichte Aufwärtsentwicklung zu erkennen war. Die Perspektiven haben sich

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

weiter eingetrübt, so dass die Unternehmen bei nach wie vor zu großen Lagern keinen Anlass zur Lockerung ihrer restriktiven Orderpolitik sahen. In den neuen Bundesländern überwogen nach der Aufwärtstendenz in den letzten drei Monaten die ungünstigen Geschäftslageurteile wieder etwas deutlicher. In den Erwartungen drückte sich weiterhin Skepsis aus, die sich auch in den zurückhaltenden Bestellplanungen widerspiegelte. Die ostdeutschen Unternehmen sahen etwas größere Spielräume für Preissteigerungen in den nächsten Monaten als ihre Kollegen im Westen. Einen Rückgang der Zahl der Mitarbeiter erwarteten erkennbar weniger Testteilnehmer als zur gleichen Zeit des Vorjahres, sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern (per saldo 7% bzw. 13%).

Der in den beiden letzten Monaten zu beobachtende Aufwärtstrend im **Einzelhandel** Westdeutschlands hat sich im Juni nicht fortgesetzt. Bei rückläufigen Umsätzen und erhöhtem Lagerdruck wurde die Geschäftslage vermehrt als ungünstig bewertet. Auch in den Erwartungen gewannen die pessimistischen Stimmen an Gewicht, insbesondere hinsichtlich der kurzlebigen Konsumgüter. Die Orderpläne wurden nach unten korrigiert. In Ostdeutschland war zwar eine Besserung der aktuellen Geschäftslage zu beobachten, von einem zufriedenstellenden Niveau konnte jedoch bei weitem noch nicht gesprochen werden. Für die nächsten Monate befürchteten die Unternehmen sogar wieder eine Verschlechterung und beabsichtigten, die Bestellvolumina weiter zu kürzen, obwohl die Lagerüberhänge verkleinert werden konnten. Die Verkaufspreise dürften den Firmenmeldungen nach zu schließen in den neuen Bundesländern stabil bleiben, in Westdeutschland dagegen weiter zurückgehen. In beiden Berichtskreisen rechneten wieder mehr Unternehmen mit einem Personalabbau, in Westdeutschland per saldo 14%, in Ostdeutschland sogar per saldo 24%.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>

